



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Rolle der USA im Zerfallsprozess der
jugoslawischen Föderation“

Verfasser

Martin Schmidt

Angestrebter akademischer Titel

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312 / 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Alojz Ivanišević

Vorwort

Die Bilder von den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien wurden in meiner Jugend beinahe täglich via Fernseher in die Wohnzimmer Österreichs gesendet. Dass die dargestellten Szenen das reale Leben in einem Land, das an Österreich angrenzt, abbilden könnte, schien mir beinahe unvorstellbar. Während meines Studiums fesselte mich die Region immer stärker bis ich zu dem Entschluss kam auch meine Diplomarbeit über diesen Raum zu schreiben.

Mein Dank gilt Herrn ao. Univ. Prof. Mag. Dr. Alojz Ivanišević. Er war mir durch seine Hilfsbereitschaft und Geduld eine große Unterstützung bei der Erstellung dieser Arbeit. Außerdem möchte ich mich noch bei meiner Lebensgefährtin Frau Mag^a. Martina Voraberger bedanken. Sie hat mich in allen Belangen nach Kräften unterstützt und ohne sie hätte diese Arbeit wohl kaum einen Abschluss gefunden. Zuletzt gilt mein Dank auch meiner Familie, die immer, wenn ich sie brauchte, da war und mich unterstützte.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|---|-----------|
| I | Einleitung..... | 1 |
| I.1 | Periodisierung..... | 2 |
| I.2 | Nationalitäten in Jugoslawien..... | 5 |
| I.3 | Forschungslage | 8 |
| II | Der Zerfall Jugoslawiens | 10 |
| II.1 | Vorgeschichte | 10 |
| II.1.1 | Das Zweite Jugoslawien | 13 |
| II.1.2 | Wirtschaftliche und politische Probleme..... | 19 |
| II.2 | Die Teilrepubliken | 22 |
| II.2.1 | Serbien | 22 |
| II.2.2 | Slowenien | 26 |
| II.2.3 | Kroatien | 29 |
| II.3 | Bosnien und die Herzegowina | 35 |
| II.3.1 | Kriegsziele | 39 |
| II.3.2 | Das Ende des Krieges in Bosnien..... | 41 |
| II.3.3 | Internationale Friedensverhandlungen für Bosnien..... | 42 |
| II.4 | „Ethnische Säuberungen“ | 45 |
| II.4.1 | Die Gefangenenlager | 50 |
| II.4.2 | Belagerung von Städten..... | 51 |
| II.5 | Zusammenfassung | 53 |
| III | Die Phasen der US-Politik im Zerfallsprozess Jugoslawiens..... | 55 |
| III.1 | Phase 1: Primat der Einheit Jugoslawiens | 55 |
| III.1.1 | Der Kongress | 57 |
| III.1.2 | Scheitern der US-Strategie | 58 |
| III.1.3 | Zusammenfassung | 60 |
| III.2 | Phase 2: Das europäische Problem und der Wahlkampf | 62 |
| III.2.1 | Der Anerkennungsstreit..... | 63 |
| III.2.2 | Internationalisierung der Krise | 65 |
| III.2.3 | Der Wahlkampf Bush - Clinton..... | 66 |
| III.2.4 | Zusammenfassung: | 68 |
| III.3 | Phase 3: Beginn der Präsidentschaft Clinton..... | 70 |
| III.3.1 | Der Vance-Owen-Plan..... | 71 |
| III.3.2 | <i>Lift and Strike</i> | 72 |
| III.3.3 | <i>Joint Action Programme</i> | 74 |
| III.3.4 | Zusammenfassung | 76 |
| III.4 | Phase 4: Die Rückkehr der Großmächte..... | 78 |
| III.4.1 | Das Washingtoner Abkommen..... | 78 |
| III.4.2 | Die Bosnien-Kontaktgruppe | 81 |
| III.4.3 | Innenpolitischer Druck | 84 |
| III.4.4 | Zusammenfassung | 86 |

| | | |
|--------------|---|------------|
| III.5 | Phase 5: Das Ende des Krieges..... | 87 |
| III.5.1 | Verhandlungen von Robert Frasure..... | 90 |
| III.5.2 | Die <i>Endgame</i> – Strategie | 91 |
| III.5.3 | NATO- Luftangriffe im August und September 1995 | 93 |
| III.5.4 | Die Verhandlungen von Dayton..... | 94 |
| III.5.5 | Zusammenfassung | 97 |
| IV | Schlussbemerkungen | 99 |
| | Abkürzungsverzeichnis | 102 |
| | Gedruckte Quellen | 103 |
| | Literatur..... | 104 |

I Einleitung

In den 1990er Jahren kommt es auf dem Balkan zu einer Reihe von Kriegen im Zusammenhang mit dem Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaates. Dieser Zerfall dauert bis heute an und die damit verbundenen Kriege forderten eine Unzahl von Toten und Vertriebenen. Im Frühjahr 1991 erklären sich die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien von Jugoslawien unabhängig. Daraufhin kommt es zu militärischen Auseinandersetzungen in diesen beiden Teilrepubliken. 1992 weiten sich die Kämpfe auf Bosnien-Herzegowina aus. Während die Unabhängigkeit Sloweniens bereits recht früh unbestritten ist, dauern die Kämpfe in Kroatien und Bosnien bis 1995 an. Vor allem am Krieg in Bosnien-Herzegowina nimmt die westliche Öffentlichkeit regen Anteil. Westliche Medien berichten intensiv über massive Menschenrechtsverletzungen, immer wieder werden Analogien zum Zweiten Weltkrieg und den damaligen Verbrechen gezogen. Dadurch wird auch auf die Regierenden der westlichen Demokratien Druck ausgeübt, diesen Konflikt zu beenden. Trotz allem dauert wird erst im Herbst 1995 ein Friedensabkommen erreicht.

Der Vertrag von Dayton im November 1995 beendet die erste Phase des Zerfalls Jugoslawiens. Mittlerweile sind beinahe dreizehn Jahre seit diesen Vertragsverhandlungen vergangen. Viele Befürchtungen, die mit dem Vertragswerk verbunden sind, haben sich mittlerweile bewahrheitet. So kommt es Ende der 1990er Jahre im Kosovo erneut zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen albanischen Rebellen und serbischen Truppen, zu Vertreibungen und Menschenrechtsverbrechen. Dieser Konflikt endet mit massiven Bombardements der NATO. 2001 folgt schließlich auch in Mazedonien ein militärischer Konflikt zwischen Mitgliedern der albanischen Minderheit und Einheiten der mazedonischen Regierung. Einige Krisenherde existieren bis heute weiter, wie zum Beispiel das Kosovo, und bedeuten bis heute Instabilität für die Region. Noch immer sind Soldaten der EU in Bosnien-Herzegowina stationiert und ein großer Teil der Macht liegt immer noch beim Hohen Repräsentanten¹. Mazedonien wird durch die militärischen Auseinandersetzungen zwischen albanischen Aufständischen und der Regierung beinahe auseinander gerissen.

Aber die Verhandlungen von Dayton und das damit verbundene Abkommen haben die kriegesischen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina und Kroatien beendet.

¹ Das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina wird im Vertrag von Dayton geschaffen. Er soll die Implementierung der zivilen Bestimmungen des Vertragswerkes überprüfen. Seit 1995 hatten sechs Personen dieses Amt inne, darunter auch der Österreicher Wolfgang Petritsch 1999-2002.

Slowenien ist mittlerweile Mitglied der Europäischen Union, Kroatien kurz davor. Diese Vorgänge lassen eine Stabilisierung des Gebietes des ehemaligen Jugoslawien erhoffen.

All diese Ereignisse stehen in Verbindung mit der Auflösung des jugoslawischen Staates. Dieser Staat wird nach dem Ersten Weltkrieg aus verschiedenen Gebieten der Habsburgermonarchie und den Königreichen Serbien und Montenegro gebildet. Darin werden Gebiete vereinigt, die zuvor über Jahrhunderte unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt gewesen sind. So verläuft auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die Grenzen zwischen der West- und der Ostkirche, sowie dem Islam. Marie-Janine Calic betont aber die Durchlässigkeit dieser Grenzen, die Entstehung von „Übergangszonen“² und die Entwicklung eigener „multiethnisch, -konfessionell und –kulturell geprägte[r] regionale[r] Identitäten“³. Bosnien-Herzegowina liegt, laut Calic, in dieser Übergangszone und entwickelt eine eigene Identität.⁴

Der Balkan ist seit der Antike für die verschiedenen Großmächte Europas von Interesse. Immer wieder bestimmen diese die Entwicklungen in Südosteuropa.⁵ Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung des Zerfalls des Vielvölkerstaates bis zum Abkommen von Dayton. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika geschenkt, die die Ereignisse im zerfallenden Jugoslawien massiv mitgestaltet haben.

1.1 Periodisierung

Um eine möglichst nachvollziehbare Darstellung der Ereignisse zu gewährleisten, wird die Arbeit in zwei Teile geteilt. Der erste soll die Ereignisse in den Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien darstellen. Darauf wird auch in der Struktur der Kapitel Rücksicht genommen. So können die verschiedenen oft auch parallel verlaufenden Ereignisse am leichtesten nachvollziehbar dargestellt werden. Am Ende dieses Teils wird auf die Menschenrechtsverletzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien eingegangen. Vor allem diese sind es, die die mediale Berichterstattung über diesen Krieg in den Medien in Westeuropa und den USA dominieren und so einen öffentlichen Druck auf die handelnden Politiker in diesen Ländern erzeugen.

² Marie-Janine Calic: Krieg und Frieden in Bosnien Herzegowina. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1996, S. 21.

³ Calic: Krieg (21996) S. 21.

⁴ Ebd. S. 21.

⁵ Horst Haselsteiner: Die Politik der europäischen Großmächte. In: Der Balkan. Friedenzone oder Pulverfaß? Hrsg. v. Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Wiener Osteuropa Studien Bd. 7). Frankfurt a. M. 1998, S. 79-90, hier S. 79.

Der zweite Teil der Arbeit setzt sich mit der Rolle der USA beim Zerfall Jugoslawiens auseinander. Um die verschiedenen Phasen der US-Politik deutlich machen zu können, geben diese die Struktur für diesen Teil der Arbeit vor.

Das US-Engagement während des Zerfalls Jugoslawiens teilt sich in fünf verschiedene Phasen. Mitte der 80er Jahre beginnt, mit der Ernennung Michail Gorbachevs zum Generalsekretär der KPdSU am 15.3.1985 und seinen Reformbestrebungen, eine Phase der Entspannung zwischen Ost und West.⁶ In Jugoslawien markiert die 8. Sitzung des Zentralkomitees des serbischen Bundes der Kommunisten den Beginn der Ära Slobodan Milošević'.⁷ Mit ihm ist die Nationalisierung der Politik in Serbien aufs Engste verbunden. Diese erste Phase endet mit den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens und dem damit verbundenen Scheitern der US-Politik, die eine Einheit Jugoslawiens zum Ziel hat. Die US-Politik in dieser Phase ist anfangs von einem starken Desinteresse gegenüber Jugoslawien geprägt, auch aufgrund der Entspannung zwischen den Blöcken und dem damit verbundenen Bedeutungsverlust Jugoslawiens. Es sind neue Themen, die eine wichtige Position in der US-Außenpolitik einnehmen. Themen wie Menschenrechte und Demokratisierung sowie marktwirtschaftliche Reformen werden für die außenpolitischen Akteure in den USA immer wichtiger und finanzielle und wirtschaftliche Hilfe wird immer stärker an Fortschritte in diesen Bereichen geknüpft.

Nach den Unabhängigkeitserklärungen ziehen sich die USA diplomatisch zurück (Phase II). Sie beschränken sich auf verbale Unterstützungen europäischer Initiativen. Dabei verlieren die USA die Führung unter den westlichen Verbündeten. Es sind die EG-Staaten, die nach dem Ende des Kalten Krieges neues Selbstvertrauen besitzen und sich als regionale Ordnungsmacht etablieren wollen, die die Verhandlungen für eine friedliche Lösung in Jugoslawien führen. Die Entfernung der USA von der europäischen Position wird im Anerkennungsstreit mit Deutschland deutlich. Zusätzlich eingeschränkt wird der Handlungswille der politisch Verantwortlichen in Washington, durch den Präsidentschaftswahlkampf. Der Herausforderer William Jefferson Clinton nutzt eben diese mangelnde Handlungsbereitschaft um die Außenpolitik Bushs anzugreifen. Dennoch sind es innenpolitische Faktoren die zur Niederlage George H. W. Bushs führen. Dadurch ist das Land vom Sommer bis zum Wechsel der Präsidentschaft nur eingeschränkt handlungsfähig.

⁶ Klaus-Detlev Grothusen: Weltpolitische Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa. In Südosteuropa-Mitteilungen 4/1991, S. 286-98, hier S. 287.

⁷ Florian Bieber: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević. Wien 2005, S. 180/81.

Mit der Präsidentschaft Clintons beginnt die Phase III in der Politik der USA gegenüber dem zerfallen(d)en Jugoslawien. Obwohl Clinton im Wahlkampf stärkere Positionen gegenüber Serbien gefordert hat, führt er anfangs die Politik von Bush fort. Er legt sein Hauptaugenmerk auf innenpolitische Reformen. Verschiedene Initiativen der US-Regierung bleiben im Ansatz stecken und werden auch nicht mit dem nötigen Nachdruck propagiert.

Erst im Winter 1993/94 zeigt sich ein neuer Wille zur Lösung des Problems (Phase IV). Die Clinton-Administration beginnt nach dem Scheitern der „europäischen“ Vermittlungsbemühungen nun selbst die Initiative an sich zu reißen. Gemeinsam mit Russland und den EG-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland wird die so genannte „Kontaktgruppe“ ins Leben gerufen. Darin spielen die USA eine viel größere Rolle als bisher. Im März 1994 kommt es zu einem von den USA und Deutschland vermittelten Abkommen zwischen dem Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Damit soll auch den Teilungsgelüsten der Präsidenten von Serbien und Kroatien ein Riegel vorgeschoben werden. Dieses Bündnis zwischen der bosnischen und kroatischen Regierung hält bis zum Ende des Krieges. Im Mai 1994 schließlich starten die USA eine Initiative zur Lösung des Konflikts. Auch wenn diese Initiative nicht von Erfolg gekrönt ist, so sind die USA doch wieder viel stärker in den Verhandlungen um eine Friedenslösung engagiert als zuvor.

Im Frühjahr 1995 beginnt schließlich die letzte Phase der US-Politik in Bosnien-Herzegowina (Phase V). Nachdem die Entscheidung für eine Strategie zur Lösung des Konfliktes am Balkan gefallen ist, wird diese mit allen Mitteln umgesetzt. Neben den diplomatischen Bemühungen von Richard Holbrooke werden Luftschläge gegen Stellungen der bosnischen Serben durchgeführt. Gleichzeitig werden außerdem die bosnische und die kroatische Armee unterstützt und ausgebildet. Militärischer und diplomatischer Druck führen schließlich dazu, dass sich alle Parteien zu den Verhandlungen von Dayton bereit erklären.

Warum hat es so lange gedauert bis die Regierungen der USA sich zu einem entschlossenen Vorgehen beim Zerfall Jugoslawiens durchringen können? Welche Veränderungen sind eingetreten, die es den USA ermöglichen, eine so dominante Rolle in der Friedensvermittlung spielen? Welche Interessen haben die US-Politik dabei geleitet? Welche Einflüsse und Bedingungen haben es schließlich im Frühjahr 1995 ermöglicht, das Ende der Kampfhandlungen in Bosnien und Kroatien zu bewerkstelligen? Diese Fragen werden in der folgenden Arbeit untersucht.

1.2 Nationalitäten in Jugoslawien

Die Idee der Nation wird nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen auch nach Südosteuropa gebracht. In Südosteuropa ist der Begriff Nation auch stark durch die deutsche Idee der „Kulturnation“ beeinflusst. Dieser enthält eine romantische, verklärende Aufladung.⁸ Im Osmanischen Reich ist die Religionszugehörigkeit im so genannten Milet-System von besonderer Bedeutung für die Verwaltung. Die Bevölkerung wird anhand der Religionszugehörigkeit unterteilt.⁹ Das erklärt auch, weshalb sich die „Nation“ nicht primär an der Sprach- sondern an der Religionsgemeinschaft orientiert.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kommt es auf dem Gebiet der Militärgrenze zu einem Bedeutungswandel des Begriffs „christlich-orthodox“. Bezeichnete er bisher „nur“ eine religiöse Gruppe, werden nun alle dieser Gruppe zugehörigen als „serbisch“ bezeichnet. „So wurde“, nach Jäger, „aus einer polyethnischen Glaubensgemeinschaft eine monoethnische Gruppe geformt.“¹⁰

In den 1830er Jahren entwickelt sich in Kroatien die erste „nationale“ Strömung, der „Illyrismus“. Träger dieser Idee sind vor allem Intellektuelle und Priester. Sie fordern erstmals die Einheit aller Südslawen.¹¹ Dennoch vollziehen sich die Nationsbildungsprozesse erst langsam im Laufe des 19. Jahrhunderts. Diese verlaufen auch keineswegs gleichzeitig. Bei Serben und Kroaten kommt es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu ersten nationalen Bewegungen – im Falle der Bosniaken/Bosnier dauert es bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts.¹² Diese Prozesse sind zum Teil bis heute nicht abgeschlossen.

Die verschiedenen Staatsgründungen im 19. und 20. Jahrhundert werden auch durch die Politik der Großmächte beeinflusst, die versuchen ihre Interessen in Südosteuropa durchzusetzen. Im Westeuropa taucht mit diesen Staatsgründungen der Begriff „Balkanisierung“ auf. Der Brockhaus von 1987, also noch vor dem Staatszerfall Jugoslawiens, definiert den Begriff „Balkanisierung“ wie folgt:

„...Zerstückelung größerer politischer und wirtschaftlicher Einheiten sowie oft damit verbundene Instabilität... Sie wird besonders von Großmächten zu eigenen politischen Zwecken gefördert und ausgenützt.“¹³

⁸ Michael W. Weithmann: Der Balkan zwischen Ost und West. In: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. Hrsg. v. Michael W. Weithmann. München 1993, S.7-43, hier S. 14/15.

⁹ Svein Mønnesland: Land ohne Wiederkehr. Ex-Jugoslawien: Die Wurzeln des Krieges. Klagenfurt/Celovec 1997, S. 18.

¹⁰ Friedrich Jäger: Bosniaken, Kroaten, Serben. Ein Leitfaden ihrer Geschichte. Frankfurt a. Main 2001 S. 173.

¹¹ Margaret MacMillan: Paris 1919. Six months that changed the World. New York 2002, S. 110 bzw. Jäger: Bosniaken (2001) S. 203-04.

¹² Calic: Krieg (1996) S. 23.

¹³ Brockhaus (1987) Stichwort: „Balkanisierung“, zit. nach Weithmann: Balkan (1993) S. 15. In der 21. Aufl. aus dem Jahr 2006 findet sich noch der Zusatz: „Neue Aktualität erhielt der Begriff nach dem Auseinanderbrechen des bisherigen Bundesstaates Jugoslawien und dem Ausbruch militär. Auseinandersetzungen um die Segregation

So wird zum Beispiel die Gründung des albanischen Staates 1913 von Deutschland und der Habsburgermonarchie gefördert um Serbien und dem mit Serbien verbündeten Russland den Weg zur Adria zu versperren.¹⁴

Auch die Anfänge eines bosnischen Nationalgefühls sind mit den Interessen einer Großmacht verbunden. Der Begriff „Bosniak“ geht auf den k. u. k. Finanzminister Benjamin v. Kállay zurück. Nach der Okkupation Bosnien-Herzegowinas versucht er durch Förderung eines eigenen „bosniakischen“ Nationalgefühls den „großserbischen und großkroatischen Ideen“ entgegen zu treten. So entsteht der „national und konfessionell“ wertfreie Begriff „Bosniak“.¹⁵ Dieser Begriff wird nach der Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas 1992 wieder aufgegriffen und von der bosnischen Regierung erstmals im Washingtoner Abkommen im März 1994 verwendet. Damit soll der übernationale und –konfessionelle Charakter des Staates betont werden.

Erst in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen entwickelt sich eine eigene bosnisch-muslimische nationale Identität. Vorher betrachten sich die bosnischen Muslime als Religionsgemeinschaft und nicht als eigene nationale Gruppierung. Ein Indiz dafür sind die relativ großen Erfolge der Kroatischen Bauernpartei beim Versuch muslimische Intellektuelle vom Kroatentum zu überzeugen.¹⁶ Gerade die „bosnische Nation“ wird von den beiden Nachbarn, den Kroaten und den Serben, nie anerkannt. Alojz Ivanišević konstatiert einen „ideologischen Kampf“ zwischen Serben und Kroaten über den „Anspruch“ auf Bosnien-Herzegowina. Dieser Konflikt erreicht 1908/09 einen Höhepunkt in der „Annexionskrise“. Beide Seiten erheben Anspruch auf Bosnien und die Herzegowina als Teil ihres Landes.¹⁷ Dieser Anspruch taucht wieder in den Plänen zur Teilung Bosnien-Herzegowinas von Milošević und Tuđman in den 1990er Jahren auf.

1918 kommt es zur Errichtung des Königreiches SHS. Der erste jugoslawische Staat versucht sich selbst als Nationalstaat zu definieren. Dabei wird eine „südslawische“ Nation imaginiert, die aus Kroaten, Serben und Slowenen bestehen soll. Weder die Bosnier, die Mazedonier noch die Montenegriner werden dabei als eigene Völker betrachtet, sondern einem der drei Ethnien zugeordnet. Die Sicht eines einheitlichen, zentralistischen Nationalstaates scheitert, auch an Gegensätzen zwischen den Völkern Jugoslawiens. Versuche einer Einigung und Lösungen für diese Konflikte zu erreichen kommen zu spät. Im Zweiten

der versch. Bevölkerungsgruppen in den selbstständig gewordenen ehem. Teilrepubliken.“ Vgl. Brockhaus (2006) Stichwort: „Balkanisierung“.

¹⁴ Weithmann: Balkan (1993) S. 18.

¹⁵ Jäger: Bosniaken (2001) S. 267.

¹⁶ Alojz Ivanišević: Das Pulverfaß Bosnien – Zum historischen Hintergrund der gegenwärtigen Tragödie. In: Südosteuropa-Mitteilungen 3/1993. S. 212-23, hier S. 217 bzw. 214.

¹⁷ Ebd. S. 213-17.

Weltkrieg bricht neben dem Kampf gegen die Besatzung durch die Achsenmächte ein Bürgerkrieg aus, der zahlreiche Opfer fordert und schließlich von den Partisanen Titos für sich entschieden werden kann. Ein Aspekt für die anziehende Wirkung der Partisanen auf die Bevölkerung liegt in Titos Ideologie der Versöhnung zwischen den Völkern Jugoslawiens („Brüderlichkeit und Einigkeit“).

Bereits während des Zweiten Weltkrieges wird die föderale Organisation des Staates proklamiert.¹⁸ 1946 organisiert die Kommunistische Partei den Staat neu. Es werden sechs Teilrepubliken und zwei autonome Gebiete geschaffen. Mit dieser föderalen Struktur sollen die Probleme des Ersten Jugoslawien gelöst werden.¹⁹ Weiters werden fünf Nationen (Kroaten, Makedonier, Montenegriner, Serben, Slowenen) anerkannt. Erst bei der Volkszählung 1968 ist es für die Muslime möglich „Muslim“ als Nationalität zu wählen.²⁰ Sie sind damit die sechste offizielle Nation Jugoslawiens.

Es werden nur südslawische Völker zu „Nationen“ erklärt, die Albaner die zahlenmäßig größer sind als die Montenegriner bekommen keine eigene Teilrepublik zugesprochen. Zusätzlich gibt es noch offiziell anerkannte Minderheiten (Albaner, Bulgaren, Italiener, Rumänen, Ruthenen, Slowaken, Tschechen, Türken, Ungarn) und so genannte „ethnische Gruppen“ (Deutsche, Griechen, Juden, Roma („Zigeuner“), Ukrainer, Walachen).²¹ Diese Vielzahl unterschiedlicher ethnischer Gruppen ist durch zahlreiche Veränderungen der Machtkonstellationen stark durchmischt und es gibt kaum ethnisch „reine“ Gebiete. Nach der slawischen Landnahme vom sechsten bis zum neunten Jahrhundert²², kommt es ab dem 14. Jahrhundert zur osmanisch-türkischen Expansion, die ab dem 17. Jahrhundert von der habsburgischen abgelöst wird. Während des österreichisch-türkischen Krieges Ende des 17. Jahrhunderts wandern beispielsweise orthodoxe Slawen in Richtung Nordwesten, in die von den Habsburgern kontrollierten Gebiete, aus und siedeln sich im Bereich der so genannten Militärgrenze (heutige Krajina) an. Gleichzeitig wandern albanische Bauern in das Kosovo ein.²³ Die Kroaten leben im 19. Jahrhundert in sieben verschiedenen historischen Regionen und lassen sich in drei verschiedene Dialektgruppen unterteilen. Auch die Serben sind auf

¹⁸ Dennison Rusinow: The Yugoslav Experiment 1948-1974. Berkeley und Los Angeles 1977, S. 2.

¹⁹ Holm Sundhaussen: Geschichte Serbiens. Wien u. a. 2007, S. 340.

²⁰ Unter anderem auch deshalb um die Beziehungen zu muslimischen Staaten innerhalb der Blockfreien Bewegung zu verbessern. Ivanišević: Pulverfaß (1993) S. 219.

²¹ Mønnesland: Land (1997) S. 28.

²² Genauer zur slawischen Besiedlung südlich der Donau vgl. Noel Malcolm: Kosovo. A short history. London u. a. 1998, S. 23-25.

²³ Holm Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens 1918-1980. Stuttgart u. a. 1982, S. 13.

mehrere Siedlungsräume verstreut.²⁴ Damit ergibt sich eine sehr große Durchmischung zwischen den einzelnen Religions- bzw. ethnischen Gruppen.

Während der jugoslawischen Zerfallskriege stehen sich diese Gruppen in den verschiedenen Teilrepubliken teilweise als Feinde gegenüber. Über die Medien wird eine Welt geschaffen, in der die Konfliktlinien entlang der ethnischen Gruppen verlaufen. Doch in Bosnien beispielsweise sind ethnische Kroaten in der Regierung der Teilrepublik vertreten, während bereits die Kroaten der Herzegowina ihren eigenen Staat ausgerufen haben. Andererseits kämpft der ehemalige Mitstreiter von Izetbegovic Fikred Abdić mit den bosnischen und kroatischen Serben gegen die bosnischen Regierungstruppen.

1.3 Forschungslage

Im Falle Jugoslawiens verwenden die meisten AutorInnen den Terminus „Staatszerfall“ um das Auseinanderbrechen des Staates zu beschreiben. Die Voraussetzung für einen Staatszerfall ist ein schwacher Staat. Das heißt ein Staat, der „nicht mehr in der Lage ist, die drei Funktionen zu erfüllen, die ein stabiler Staat gemeinhin erfüllt: *security*, *capacity*, und *legitimacy*.“²⁵ Unter *security* versteht man die Sicherheitsfunktion des Staates. Ein schwacher Staat ist nicht mehr oder nur noch sehr unzureichend in der Lage die Sicherheit auf seinem Staatsgebiet durch Militär und Polizei zu gewährleisten.²⁶ *Capacity* beschreibt die Fähigkeit des Staates für die Bevölkerung grundlegende Güter bereit zu stellen und die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zu verteilen. Bösst ein Staat diese Fähigkeit ein, geht dies häufig mit dem Verlust der Sicherheit einher.²⁷ Die dritte grundlegende Funktion des Staates (*legitimacy*) umfasst die zwei Aspekte. Zum einen geht es um ein gewisses Maß an Rechtstaatlichkeit, das in einem stabilen Staat herrschen muss, zum anderen um die Legitimität der Rechtsetzung. Wird diese Funktion des Staates von der Bevölkerung nicht akzeptiert deutet auch das auf das Scheitern des Staates hin.²⁸

Gründe für den Zerfall eines Staates können in religiöser oder ethnischer Vielfalt bestehen. „Angesichts der kulturellen Diversitäten bedeutet eine allfällige Politisierung der Religion immer auch eine Eskalation vorhandener kultureller Clevages.“²⁹ Durch das Ende

²⁴ Calic: Krieg (1996). S. 24.

²⁵ Jodok Troy: Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Wien, 2007, S. 31.

²⁶ Ebd. S. 32.

²⁷ Ebd. S. 32.

²⁸ Ebd. S. 33.

²⁹ Ebd. S. 48.

des Kalten Krieges geht ein stabilisierender Faktor verloren und es brechen vermehrt ethnische Konflikte auf.³⁰ Dies trifft auf Jugoslawien zu.

Zum Thema des Zerfalls Jugoslawien liegen bereits viele Arbeiten vor.

WissenschaftlerInnen und Interessierte aus vielen verschiedenen Bereichen haben ein vielschichtiges Bild dieses Konfliktes und seiner Ursachen gezeichnet. Trotz des relativ kurzen zeitlichen Abstands gibt es dennoch bereits eine ganz erstaunliche Fülle an Sekundärliteratur und Quellen.³¹ Nach Möglichkeit wurde versucht dieser auch entsprechend Raum zu geben. Dazu kommen noch einige „Augenzeugenberichte“, wie das Buch des EG/EU-Vermittlers Lord David Owen³², sowie das Werk seines Nachfolgers als Sonderbeauftragter und erstem Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina Carl Bildt.³³ Auch das Buch von Wolfgang Petritsch³⁴ soll hier erwähnt werden. Es stellt einen ganz gelungenen Versuch einer Verbindung zwischen einer wissenschaftlichen Aufarbeitung und eines autobiographischen Werkes dar. Petritsch war von 1999-2002 Hoher Repräsentant in Bosnien.

Für die US-Politik in der letzten Phase des Konflikts stellt der Bericht des US-Vermittlers Richard Holbrooke³⁵, eine wichtige Quelle dar. Auch das Buch des *director for European Affairs* des *National Security Council* der Jahre 1995 und 1996, Ivo H. Daalder³⁶, gibt einen guten Einblick in die Diskussionen innerhalb der US-Administration zum Thema Bosnien. Dabei wird auch klar, worin das Problem derartiger autobiographischer Werke liegt, die Subjektivität der Darstellung. Daalder geht zum Teil direkt auf das Buch Holbrookes ein und widerspricht dessen Darstellung.³⁷ Ansonsten stützen sich meine Ausführungen auf eine breite Sekundärliteratur.

³⁰ Troy: Staatszerfall (2007) S. 55.

³¹ Siehe Anhang

³² David Owen: Balkan-Odyssee. München und Wien 1996.

³³ Carl Bildt: Peace Journey. London 1998.

³⁴ Wolfgang Petritsch: Bosnien und die Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance? Klagenfurt u. a. 2001.

³⁵ Richard Holbrooke: Meine Mission. München und Zürich 1998.

³⁶ Ivo H. Daalder: Getting to Dayton. The Making of America's Bosnia Policy. Washington 2000.

³⁷ So zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Op-Plan 40-104 (NATO-Abzugsplan für die UNPROFOR): Holbrooke meint, das er der erste war, der die gesamte Tragweite dieses Plans erkannt habe und Clinton darauf aufmerksam gemacht hat. (Vgl. Holbrooke: Mission (1998) S. 117). Daalder widerspricht Holbrooke und meint Clinton wäre sich immer über die Bedeutung dieses Planes im Klaren gewesen (Vgl. Daalder: Dayton (2000) S. 59/60).

II Der Zerfall Jugoslawiens

II.1 Vorgeschichte

Der erste jugoslawische Staat wird 1918 als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Königreich SHS) gegründet. Die Führung des serbischen Königreichs versucht bereits vor dem Ersten Weltkrieg das serbische Territorium zu vergrößern. Als Ziel gilt dabei die Vereinigung aller Serben in einem Staat. Aufgrund der machtpolitischen Gegebenheiten wird versucht Serbien in Richtung Süden zu erweitern.³⁸ Durch den Weltkrieg sieht die serbische Regierung aber die Chance auch im Norden und Westen eine Erweiterung zu erreichen. Noch während des Krieges informiert die Regierung Serbiens die Alliierten, dass sie nach dem Krieg einen gemeinsamen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen errichten will. Doch dabei steht die Vereinigung des „serbischen Volkes“ im Vordergrund und nicht der Zusammenschluss aller Südslawen in einem Staat.³⁹

Die zweite wichtige Gruppe, die versucht die Zukunft der südslawischen Völker zu beeinflussen, sind politische, vor allem kroatische, Emigranten aus der Habsburger Monarchie, die sich in London und Paris zum so genannten „Jugoslawischen Komitee“ („Jugoslavenski odbor“) zusammenschließen. Diese Gruppe versucht mit der serbischen Regierung zusammen zu arbeiten, um so eine gleichberechtigte Vereinigung aller Kroaten, Serben und Slowenen in einem föderalen Staat zu erreichen. Unterstützt wird das Komitee hauptsächlich von Exilgruppen in Westeuropa und Amerika.⁴⁰

Während des Ersten Weltkrieges gibt es erste Kontakte zwischen diesen beiden Vertretungen. Doch erst mit den militärischen Rückschlägen Serbiens 1915, dem Sturz des russischen Zaren und dem damit verbundenen Verlust des wichtigsten serbischen Verbündeten lässt sich der serbischen Ministerpräsident Pašić auf direkte Verhandlungen über einen künftigen südslawischen Staat ein.⁴¹ So treffen sich Vertreter des Komitees mit Pašić und Vertretern der serbischen Regierung auf Korfu, wo die serbische Regierung seit dem Fall Belgrads ihren Sitz hat. Am 20. Juli 1917 wird die Deklaration von Korfu verabschiedet.⁴² In dieser Deklaration werden die Grundpfeiler einer künftigen Staatsorganisation umrissen. Doch die innere Organisation des Staates, ob föderal oder zentralistisch, bleibt ungeklärt.

³⁸ Rudy Weißenbacher: Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration. Wien 2005, S. 33-34.

³⁹ Ivo Banac: The national question in Yugoslavia. 2. Aufl. New York 1992, S. 116.

⁴⁰ MacMillan: Paris (2002) S. 114 und Banac: Question (1992) S. 118. Als dritte relevante Gruppe gibt es noch den so genannten „Jugoslawischen Klub“. Dieser fordert eine Vereinigung aller südslawischen Gebiete innerhalb der Habsburger Monarchie. Er verliert aber durch die politischen Umstürze an Einfluss. Vgl. Weißenbacher: Jugoslawien (2005) S. 36.

⁴¹ Ivo J. Lederer: Yugoslavia at the Paris Peace Conference. New Haven und London 1963, S. 25.

⁴² Ebd. S. 25-26.

Darin sieht der slowenische Historiker Janko Prunk die völlige Niederlage des Komitees gegenüber Pašić und den Sieg des zentralistischen „serbischen“ Konzeptes.⁴³

Nach der Niederlage der Mittelmächte im Herbst 1918 soll der neue Staat gegründet werden. Die Slowenische Volkspartei unter Anton Korošec und die Kroatische Bauernpartei unter Stjepan Radić fordern jedoch zuerst die Ausarbeitung einer Verfassung mit einer föderalen Organisation des Staates.⁴⁴ Durch Unruhen im Inneren und durch die Politik Italiens, das beginnt die im Londoner Vertrag versprochenen Gebiete zu besetzen, unter Druck, entschließt sich die kroatische und slowenische Seite über eine Vereinigung mit Serbien zu verhandeln.⁴⁵ Ende November 1918 beschließen auch die Nationalräte der Vojvodina und Montenegros den Anschluss an Serbien.⁴⁶ Am 1. Dezember 1918 wird das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) von Prinzregent Aleksandar Karađorđević proklamiert.

Bereits während des Ersten Weltkrieges beeinflussen die USA die Bildung des SHS-Staates. Die Pläne Wilsons zum Selbstbestimmungsrecht der Völker dienen als Argumentationshilfe für die Schaffung des neuen Staates am Balkan. Damit wird versucht den Ambitionen Italiens auf Teile des späteren Staatsgebietes entgegenzutreten.⁴⁷ Italien sind 1915 im Vertrag von London für den Kriegseintritt weit reichende Gebietsgewinne sowohl im Norden als auch an der östlichen Adriaküste versprochen worden.⁴⁸ Deshalb verweigert Italien dem neuen Staat die Anerkennung und auch Großbritannien und Frankreich sehen aus Rücksicht auf Italien, dessen Wohlwollen man in Hinblick auf die Friedensverhandlungen nicht aufs Spiel setzen will, von einer Anerkennung des Staates ab.⁴⁹ So sind es die USA, die den neuen Staat im Februar 1919 als erstes anerkennen.⁵⁰ Auch der mit Serbien 1881 abgeschlossene Handelsvertrag wird wieder in Kraft gesetzt.⁵¹ Doch der US-Präsident Woodrow Wilson ist, genauso wie der britische Premierminister Lloyd George, skeptisch, was einen gemeinsamen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben betrifft. Beide bevorzugen

⁴³ Janko Prunk: Die Gründung des jugoslawischen Staates. In: Als Mitteleuropa zerbricht. Hrsg. v. Stefan Karner und Gerald Schöpfer. Graz 1990. S. 27-42, hier S. 34.

⁴⁴ Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens (1982) S. 38.

⁴⁵ Prunk: Gründung (1990) S. 41.

⁴⁶ Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens (1982) S. 38.

⁴⁷ Linda Killen: Testing the Peripheries. US-Yugoslav economic relations in the Interwar Period. Boulder 1994, S. 7.

⁴⁸ Zu den Verhandlungen mit Italien um den Kriegseintritt vgl.: Lederer: Yugoslavia (1963) S. 5-15.

⁴⁹ John R. Lampe: Yugoslavia as History. Twice there was a country. Cambridge 1996, S. 111.

⁵⁰ MacMillan: Paris (2002) S. 111.

⁵¹ Killen: Peripheries (1994) S. 15.

den Fortbestand der Donaumonarchie.⁵² Erst im Herbst 1918 rückt Wilson von seiner austrophilen Position ab.⁵³

In Bezug auf die Grenzstreitigkeiten mit Italien hofft der SHS-Staat auf die Unterstützung Wilsons. Dieser, so die Hoffnung, wird, da die USA keine Interessen in Europa verfolgen, als Verteidiger der kleineren Staaten gegen die Ansprüche der Großmächte auftreten. Dies erfüllt sich jedoch nur teilweise und so muss der neu gegründete Staat nach der Wahlniederlage Wilsons und dem Erstarken des US-amerikanischen Isolationismus, dem Druck der europäischen Großmächte nachgeben und einige Forderungen Italiens akzeptieren.⁵⁴ Im Vertrag von Rapallo 1920 werden die Grenzen zwischen den Staaten vertraglich fixiert.⁵⁵ Dem Königreich SHS ist es gelungen, fast die gesamte dalmatinische Küste zu erhalten, muss aber auf Istrien und Teile Sloweniens verzichten.⁵⁶ Susan Woodward sieht in der Schaffung Jugoslawiens den Versuch der Großmächte den Balkan zu stabilisieren.⁵⁷

Doch die Zeit zwischen den Weltkriegen ist in Jugoslawien⁵⁸ durch den Konflikt zwischen Zentralisten und Föderalisten gekennzeichnet. Bereits bei der Verabschiedung der so genannten „Vidovdan-Verfassung“⁵⁹ am 28. Juni 1921 werden diese Konflikte deutlich. Die kroatische Bauernpartei lehnt die Verfassung ab.⁶⁰ Erst mit dem Regierungseintritt Radić im November 1925 kommt es zu einer Entspannung, die aber mit seiner Ermordung 1928 schnell wieder endet.⁶¹ In der Folge errichtet König Aleksandar I. eine Diktatur. Doch auch dieser fällt 1934 einem Mordanschlag zum Opfer.⁶² Mit dem Einmarsch NS-Deutschlands und Italiens in Jugoslawien 1941 endet der erste jugoslawische Staat. Während des Krieges wird das Land geteilt und es kommt zu einem äußerst blutigen Krieg, der sowohl Elemente eines Befreiungskampfes, als auch eines Bürgerkrieges aufweist.

⁵² Sundhaussen: Geschichte Serbiens (2007) S. 233.

⁵³ Ebd. S. 235.

⁵⁴ Ebd. S. 237.

⁵⁵ Weißenbacher: Jugoslawien (2005) S. 40.

⁵⁶ Jože Pirjevec: Italian Policy toward the Slovenes from 1915 to 1994. In: Slovene Studies 15/1-2 (1993), S. 63-73, hier S. 63.

⁵⁷ Susan L Woodward: Balkan Tragedy. Washington D. C., 1995, S. 23.

⁵⁸ Das „Königreich SHS“ wurde 1929 in „Königreich Jugoslawien“ umbenannt. Vgl. Lampe: Yugoslavia (1996) S. 160.

⁵⁹ Die „Vidovdan-Verfassung“ trägt ihren Namen nach dem Tag der Verabschiedung. Der 28. Juni ist in der serbischen Geschichte ein besonders bedeutsamer Tag. Sowohl die Schlacht am Amselfeld, als auch das Attentat auf den habsburgischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo fanden am Sankt Veits Tag statt.

⁶⁰ Sundhaussen: Geschichte Serbiens (2007) S. 260-61.

⁶¹ Misha Glenny: The Balkans 1804-1999. London 2000, S. 403-05.

⁶² Ivo Banac: Jugoslawien 1918-1941. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden, 2007. S. 153-169, hier 162-63.

II.1.1 Das Zweite Jugoslawien

Aus dem Zweiten Weltkrieg gehen die kommunistischen Partisanen Titos als Sieger hervor. Diese schaffen am Ende des Zweiten Weltkrieges ein föderales System für Jugoslawien. Es sieht eine weit reichende Autonomie für die sechs Teilrepubliken, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien, vor.

Während des Krieges werden Titos Partisanentruppen ab 1943 von der britischen Armee unterstützt.⁶³ Der britische Premierminister Winston Churchill versucht den britischen Einfluss in Jugoslawien auch bei Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion im Oktober 1944 abzusichern. Dies geschieht im so genannten „Prozentabkommen“. Churchill beschreibt in seinen Memoiren⁶⁴, wie er die Namen ostmittel- und südosteuropäischer Länder auf einen Zettel schreibt und gibt dahinter den russischen Einfluss und den der Westalliierten in Prozent an. Im Falle Jugoslawien einigen sie sich auf eine 50:50 Lösung. Das heißt die beiden Großmächte teilen sich den Einfluss in Jugoslawien.⁶⁵

Ab 1947 mit der so genannten „Truman-Doktrin“ übernehmen die USA die Rolle Großbritanniens als Schutzmacht für die Türkei und Griechenland und damit in weiterer Hinsicht auch für Jugoslawien.⁶⁶ Dennoch bleibt das Verhältnis Jugoslawiens zu den Westalliierten anfangs gespannt. Einige Konflikte belasten das gegenseitige Verhältnis. Die Frage des künftigen Status der Stadt Triest und andere Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarstaaten belasten das Verhältnis zwischen Jugoslawien und den Westalliierten. Zusätzlich kommt es zum Abschuss von US-Militärmaschinen über jugoslawischem Gebiet.⁶⁷ Der neu entstehende Staat wird in den USA als Teil der kommunistischen Welt wahrgenommen.⁶⁸ Erst als es im Juni 1948 zum Bruch zwischen der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien kommt nähert sich Tito den Westmächten an.⁶⁹ Dieser Bruch wird durch den Ausschluss der jugoslawischen Kommunistischen Partei aus der Kominform deutlich. Er ist eine Folge unterschiedlicher Entwicklungen in der UdSSR und in

⁶³ Lampe: Yugoslavia (1996) S. 213.

⁶⁴ Winston S. Churchill: The Second World War. Vol. VI: Triumph and Tragedy. London 2000, S. 180-81.

⁶⁵ Beatrice Heuser: Western ‚Containment‘ policies in the Cold War. The Yugoslavia Case, 1948-1953. London und New York 1989, S. 18. Stanković bezweifelt in seinem Artikel die Richtigkeit der Aussagen Churchills in seinen Memoiren, da sie in russischen wissenschaftlichen Artikeln nicht bestätigt werden. Slobodan Stanković: Moscow Denies Churchill's "Deal" with Stalin Over Yugoslavia in 1944. von: <http://files.osa.ceu.hu/holdings/300/8/3/text/86-2-28.shtml>, zuletzt am 23.9.2008.

⁶⁶ Woodward: Tragedy (1995) S. 24.

⁶⁷ Vladimir Dedijer: Stalins verlorene Schlacht. Wien u. a. 1970, S. 85.

⁶⁸ Nick Ceh: U.S. diplomatic records on relations with Yugoslavia during the early Cold War, 1948 – 1957. Boulder 2002, S. X.

⁶⁹ Eric A Witte: Die Rolle der Vereinigten Staaten im Jugoslawien-Konflikt und der außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland (1990-96). In: Osteuropa-Institut München Mitteilungen Nr. 32 (März 2000) S. 8.

Jugoslawien und der auch mit der Entwicklung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens verbundenen Eigenständigkeit der jugoslawischen Führung. Das jugoslawische politische System unterscheidet sich von dem der UdSSR in drei wesentlichen Punkten, eine starke Dezentralisierung, größere Partizipationsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft und eine neutralen Außenpolitik.⁷⁰ Bereits ab Februar 1948 eskaliert Stalin die Situation zwischen Jugoslawien und der UdSSR.⁷¹ Mit der Forderung nach einer jugoslawisch-bulgarischen Föderation versucht Stalin die Voraussetzung für eine spätere Eingliederung der Gebiete in die UdSSR zu schaffen. Dieses Vorgehen wird von Tito zurückgewiesen. Kurz danach beginnt Moskau einen Wirtschaftskrieg gegen Jugoslawien.⁷² Tito reagiert auf die Forderungen Moskaus mit der Inhaftierungen und Verfolgung von Moskau-treuen Kommunisten. Über 30.000 Personen werden festgenommen.⁷³

Die USA betrachten den Bruch zwischen Jugoslawien und der UdSSR anfangs sehr skeptisch. Jugoslawien gilt vielen als der engste Verbündete Moskaus. Erst nach ca. einem Jahr verändern sich die Beziehungen der beiden Länder blitzartig.⁷⁴ Die USA haben ein mehrfaches Interesse an einem von Moskau unabhängigen Jugoslawien. Zum einen sind es strategische Gründe, da es einen Riegel bildet, der die Macht der Sowjetunion im Mittelmeer beschränkt. Außerdem deckt Jugoslawien auch Oberitalien und sorgt für eine Landverbindung zwischen den europäischen NATO-Staaten. Andererseits und vielleicht noch wichtiger ist der ideologisch-propagandistische Effekt eines unabhängigen kommunistischen Staates.⁷⁵ Die USA gehen dabei von der falschen Annahme aus, dass der Bruch zwischen Stalin und Tito von den jugoslawischen Kommunisten ausgeht. Darauf bauen die US-Diplomaten die Hoffnung, dass andere kommunistische Führer dem Beispiel Titos folgen könnten.⁷⁶

Die USA versuchen Jugoslawien in das westliche Bündnisse einzugliedern. 1948 kommt es zu einem Abkommen über Militärhilfe zwischen den USA und Jugoslawien.⁷⁷ 1951 kommt es zu ersten Waffenlieferungen der USA an Jugoslawien.⁷⁸ In folgenden Jahren werden weitere militärische und wirtschaftliche Abkommen mit den Staaten des Westens abgeschlossen.⁷⁹ Diese Unterstützung für Jugoslawien wird zum Großteil von den USA

⁷⁰ Ivo Banac: *With Stalin against Tito*. Ithaca 1988, S. 258.

⁷¹ Vgl. dazu: Dedijer: *Schlacht* (1970) S. 95-105.

⁷² Ebd. S. 92.

⁷³ Srećko M. Džaja: *Die politische Realität des Jugoslawismus*. München 2002, S. 123.

⁷⁴ Branko Pribičević: *Relations with the Superpowers*. In: *Beyond Yugoslavia*. Hrsg. v. Sabrina P. Ramet und Ljubiša S. Adamovich. Boulder u. a. 1995, S. 331-349, hier S. 337.

⁷⁵ Witte: *Rolle* (2000) S. 8/9.

⁷⁶ Heuser: *Containment* (1989) S. 208/09.

⁷⁷ Witte: *Rolle* (2000) S. 9/10.

⁷⁸ Heuser: *Containment* (1989) S. 163.

⁷⁹ Witte: *Rolle* (2000) S. 9/10.

finanziert.⁸⁰ In den Jahren 1945 bis 1962 fließen über 2,3 Mrd. \$ aus den USA nach Jugoslawien.⁸¹ 1953 wird der Balkan-Pakt zwischen Jugoslawien und den beiden NATO-Mitgliedern, Griechenland und der Türkei, geschlossen, der 1954 in eine militärische Allianz umgewandelt wird. Damit ist Albanien von den anderen kommunistischen Staaten abgeschnitten und der Westen hat eine Landverbindung zwischen Westeuropa und Griechenland und der Türkei geschaffen.⁸² Haben die USA anfangs noch versucht Bedingungen an die Hilfe, die sie Jugoslawien gewähren, zu knüpfen, ändert sich diese Haltung aber, da die Führung in Belgrad sich allen derartigen Bestrebungen widersetzt.⁸³

Mit dem Tod Stalins und der beginnenden Entstalinisierung verbessert sich das Verhältnis zur UdSSR wieder. Mit der Belgrader Deklaration wird auch der jugoslawische Weg als legitime Variante des Sozialismus durch die UdSSR anerkannt.⁸⁴ Dennoch wird Jugoslawien nicht wieder in die Kominform aufgenommen. Auch unterstützt Moskau weiterhin die jugoslawischen Exilgruppen, die 1948 vor den Säuberungen der Partei durch Tito geflohen waren.⁸⁵

Bereits 1956 verschlechtern sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder, da Moskau Belgrad eine Mitschuld am Aufstand in Ungarn gibt. Erst mit dem Bruch zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China in den 60er Jahren beginnt sich das Verhältnis zwischen den Staaten wieder zu verbessern, da Moskau Verbündete sucht.⁸⁶

Tito betrachtet Jugoslawien nicht als Teil des westlichen Bündnisses, sondern immer als Teil der kommunistischen Welt. Er widersteht sowohl den Angeboten des Westens sich dem Bündnis anzuschließen als auch den Versuchen Moskaus Jugoslawien wieder in den sowjetisch kontrollierten kommunistische Block zu integrieren.⁸⁷ Für Srećko M. Džaja kommt es zu einer Entspannung zwischen Moskau und Belgrad

„[...] allerdings ohne Rückkehr Jugoslawiens in den Ostblock. Noch weniger ließ sich Jugoslawien in den Westblock einbinden. Der westlichen Welt blieben die jugoslawischen Kommunisten ideologisch fern.“⁸⁸

Immer wieder gibt es Krisen sowohl im Verhältnis zwischen den beiden kommunistischen Staaten⁸⁹, als auch zwischen Jugoslawien und den USA⁹⁰. Bei Konflikten

⁸⁰ Pribićević: Relations (1995) S. 338.

⁸¹ Džaja: Realität (2002) S. 124.

⁸² Witte: Rolle (2000) S. 8/9.

⁸³ Annemarie Große-Jütte und Rüdiger Jütte. Jugoslawien und die USA 1968-1978. In: Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Hrsg. v. Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl und Wolfgang Höpken. Bd. 1 Außenpolitik. München und Wien 1983, S. 59-98, hier S. 61.

⁸⁴ Banac: Stalin (1988) S. 258.

⁸⁵ Ebd. S. 259.

⁸⁶ Ebd. S. 260/61.

⁸⁷ Ceh: Records (2000) S. XIII.

⁸⁸ Džaja: Realität (2002) S. 125.

zwischen den Blöcken verhält sich Jugoslawien neutral, dies gilt aber nicht, wenn es sich um ideologische Kontroversen handelt.⁹¹ Diese Neutralität hat auf viele Länder der so genannten Dritten Welt eine große Anziehung und es entwickelt sich die „Bewegung der Blockfreien“. Diese Bewegung verfolgt eine Politik der Äquidistanz zu beiden Blöcken.⁹² Durch die Gründung der „Bewegung der Blockfreien“ gelingt es Tito, der darin eine Führungsrolle übernimmt, sein eigenes außenpolitisches Gewicht und damit das Jugoslawiens erheblich zu erhöhen. Dennoch bleibt Jugoslawien ein kommunistisches Land. 1973 definiert Tito in einem Interview die Position seines Landes zwischen den beiden Blöcken so:

*Die UdSSR sei ein sozialistisches Land und führe gegen niemanden Krieg, während sich die USA seit vielen Jahren immer wieder gegen den Freiheitskampf der Völker stelle und aktiv in Kriege verwickelt sei.*⁹³

Während der 70er Jahre kommt es in Jugoslawien immer wieder zu Kritik an den USA, denen vorgeworfen wird, die Agitation und die terroristischen Akte von nationalistischen Exil-Kroaten und -Serben, zu unterstützen.⁹⁴ Doch auch die Rolle der USA in Vietnam und in den israelisch-arabischen Kriegen nutzt die jugoslawische Presse immer wieder für Angriffe.⁹⁵ Diese eigenständige Außenpolitik führt aber auch immer wieder dazu, dass die USA ihre Wirtschaftshilfen zeitweise einstellen.⁹⁶

Jugoslawien gelingt es, in politischer Hinsicht einen eigenständigen Weg zu gehen. In wirtschaftlicher Hinsicht gerät das Land jedoch in starke Abhängigkeit zum Westen. Der Anteil der Exporte in den Westen an den gesamten Exporten Jugoslawiens nimmt von 19,3% 1947 auf 65,7 1953 zu. Im Jahr davor, 1952 erreichen die Exopрте in den Westen den Spitzenwert von 80,6%. Die Importe aus de westen steigen von 23,6% 1947 auf 78% 1953.⁹⁷ Die USA verweigern Jugoslawien die Aufnahme in das *European Recovery Programme* („Marshall Plan“).⁹⁸ Aber bereits in den 1950er Jahren entwickeln sich Deutschland und

⁸⁹ Hier sind vor allem die Spannungen nach den Interventionen in der Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 zu nennen. Vgl.: Othmar Nikola Haberl: Jugoslawien und die Sowjetunion seit 1968. In: Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl und Wolfgang Höpken (Hg.): Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Bd. 1: Außenpolitik. München und Wien, 1983, S. 1-58.

⁹⁰ Vor allem die immer stärkere Internationalisierung der jugoslawischen Außenpolitik in der Blockfreien Bewegung sorgt immer wieder für Verstimmungen zwischen den beiden Staaten. Aber auch zum Beispiel während des Jom-Kippur-Krieges 1967, als Jugoslawien der UdSSR Überflugsrechte einräumt. Vgl.: Große-Jütte und Jütte: Jugoslawien. (1983) S.59-98.

⁹¹ Džaja: Realität (2002) S. 125.

⁹² Pribićević: Relations (1995) S. 339.

⁹³ Tito in einem Gespräch mit der Zagreber Tageszeitung Vjesnik vom 23.2.1973. zit. nach: Große-Jütte und Jütte: Jugoslawien. (1983) S. 71.

⁹⁴ Ebd. S. 69.

⁹⁵ Lampe: Yugoslavia (1996) S. 316.

⁹⁶ Woodward: Tragedy (1995) S. 26.

⁹⁷ Lampe: Yugoslavia (1996) S. 261.

⁹⁸ Woodward: Tragedy (1995) S. 25.

Italien zu den wichtigsten Handelspartnern Jugoslawiens.⁹⁹ Das größte Hindernis in Bezug auf Italien stellt die ungelöste Frage der Region um Triest dar, doch 1954 kann auch dieses durch britische und US-amerikanische Vermittlung gelöst werden. Nur zwei Monate später schließen Italien und Jugoslawien einen Handelsvertrag ab.¹⁰⁰ Der Westen beliefert Jugoslawien mit Lebensmitteln und Rohstoffen, die dem Aufbau der jugoslawischen Industrie dienen. Es gelingt dem Land aber nie, das Handelsdefizit zu den Staaten Westeuropas auszugleichen.¹⁰¹

In einem Dokument zur Jugoslawien-Politik der USA aus dem Jahr 1984 wird die besondere Bedeutung Jugoslawiens für die westlichen Verbündeten nochmals betont. Vor allem die Opposition zu Moskau und die Rolle in der Bewegung der Blockfreien werden als besonders wichtig für die USA herausgestrichen. Auch die finanzielle Lage Jugoslawiens wird erwähnt und darauf verwiesen, dass gemeinsam mit den Verbündeten eine Lösung für die finanziellen Schwierigkeiten gefunden werden muss.¹⁰²

Jugoslawien gilt in den westlichen Demokratien, vor allem für die Linke, als beste Form des Kommunismus.¹⁰³ Über Repressionen und die Verfolgung Andersdenkender sowie über andere Verstöße gegen die Menschen- und Bürgerrechte wird hinweggesehen.¹⁰⁴ Dies gilt in gewisser Weise auch für die USA. 1967 schreibt John C. Campbell über Jugoslawien:

*“Internally it is a Communist state which was introduced the most drastic modifications of the totalitarian system through new institutions, recognition of the rights of individual, and tolerance of dissent.”*¹⁰⁵

Wenn diese Aussage auch in Relation zu anderen kommunistischen Staaten getätigt wird, so zeigt es doch die positive Sicht auf Jugoslawien.

Mitte der 1980er Jahre verändert sich die internationale politische Landschaft. In Moskau wird Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Er beginnt Reformen umzusetzen. Darunter fällt auch der Rückzug großer Teile der Roten Armee aus Ostmitteleuropa. Es kommt zu einer Entspannung zwischen den beiden großen Machtblöcken des Kalten Krieges.

Ein Kuriosum der jugoslawischen Politik ist, dass das Land einerseits von der Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen und kapitalistischen Block durch

⁹⁹ Lampe: Yugoslavia (1996) S. 271.

¹⁰⁰ Lampe: Yugoslavia (1996) S. 272. 1975 wurde die Grenze zwischen Italien und Jugoslawien im Vertrag von Osimo „once and for all“ festgelegt. Pirjevec: Policy (1993) S. 71.

¹⁰¹ Ceh: Records (2000) S. XV/XVI.

¹⁰² National Security Decision Directive 133 (NSC-NSDD-133) on Yugoslavia (March 19, 1984), von <http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-133.htm>, zuletzt am 31.3.2008.

¹⁰³ James Gow. Triumph of the Lack of Will. London 1997, S. 25.

¹⁰⁴ Ivanišević: Pulverfaß (1993) S. 222.

¹⁰⁵ John C Campbell. Tito's Separate Road. New York 1967, S. 161.

Wirtschafts- und Militärhilfe profitiert und andererseits sich gleichzeitig im Rahmen der „Bewegung der Blockfreien“ für ein Ende des Kalten Krieges einsetzt. Anton Bebler formuliert das daraus resultierende Dilemma 1991 so:

*„Auch Jugoslawien leidet schwer unter dem kontinentweiten Tauwetter [...]. Wie sich inzwischen [...] gezeigt hat, hing die Existenz Jugoslawiens und sein relativ großes Prestige in den internationalen Beziehungen von einem möglichst hohen Niveau der Ost-West-Spannung ab, wenngleich die politischen Führer der SFRJ nicht müde wurden, sich für seine umfassende und dauerhafte Entspannung zu engagieren.“*¹⁰⁶

Bebler betonte auch die integrative Bedeutung, die die Rolle als Führungsstaat in der Bewegung der Blockfreien für die jugoslawischen Völker spielte.¹⁰⁷ Auch in Bezug auf die Beziehungen zu den USA vollzieht sich ein Wandel. Die Unterdrückung der Albaner im Kosovo, aber auch die Veränderungen in Ostmitteleuropa im Allgemeinen, führen dazu, dass sich das Bild Jugoslawiens in den USA langsam wandelt. Immer wieder gibt es Debatten im Kongress über die Menschenrechtslage im Kosovo. Dies hat jedoch noch keinen Wandel in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten zur Folge. Zu wichtig ist die strategische Lage des Landes im Kalten Krieg. Das Hauptaugenmerk der US-Politik liegt in der Lösung der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Probleme des Landes.¹⁰⁸ Doch mit der fortschreitenden Entspannung zwischen Ost und West und den Reformen in den Ländern des Ostblocks verliert Jugoslawien immer mehr an Bedeutung. Vor allem im Kongress wird über eine härtere Haltung gegenüber Jugoslawien, vor dem Hintergrund von Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefiziten, debattiert.¹⁰⁹

In Jugoslawien selbst wird der Föderalismus immer weiter ausgebaut. Bereits in den 1960er Jahren fordern die Teilrepubliken immer vehementer größere Selbstständigkeit. Ab 1969 wird so ein Prozess in Gang gesetzt der in der neuen Verfassung von 1974 mündet. Diese Verfassung stärkt die regionalen Eliten und schwächt die Zentrale in Belgrad.¹¹⁰ Die Föderalisierung ermöglicht es beispielsweise einzelnen Teilrepubliken Beschlüsse von Bundesorganen zu blockieren und führt in weiterer Folge zur Handlungsunfähigkeit der Bundesorgane.¹¹¹ So ist die jugoslawische Regierung nicht mehr in der Lage die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.

¹⁰⁶ Anton Bebler: Jugoslawiens Zukunftsperspektiven. Widerstreitende Konzeptionen zur Neuordnung des Staates. In: Südosteuropa 40 (1991) S. 1.

¹⁰⁷ Ebd. S. 1.

¹⁰⁸ Thomas Paulsen. Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-94. Baden-Baden 1995, S. 20. Vgl. auch Kapitel II.1.2 Wirtschaftliche und politische Probleme.

¹⁰⁹ Ebd. S. 21.

¹¹⁰ Calic: Krieg (1996) S. 34.

¹¹¹ Ebd. S. 37.

II.1.2 Wirtschaftliche und politische Probleme

Die wirtschaftlichen Probleme Jugoslawiens beginnen bereits in den 1970er Jahren. Als Folge der Ölkrise und der zunehmend deutlicher werdenden Ineffizienz der Arbeiterselbstverwaltung stürzt das Land in eine Schuldenkrise. Die Lösung dieser wirtschaftlichen Probleme gelingt dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) nicht. In den 80er Jahren gerät die jugoslawische Wirtschaft in starke Turbulenzen. Die Auslandsverschuldung wird zu einem immer größeren Problem.¹¹² 1979 wird diese aber vor der Bevölkerung und vor einem Teil der Parteiführung noch geheim gehalten. Erst 1981 wird das Ausmaß der Auslandsverschuldung, mittlerweile 20 Mrd. \$, bekannt.¹¹³ Doch Versuche die Verschuldung zu reduzieren, scheitern. Der industrielle Sektor, vor allem in strukturell schwachen Gebieten, leidet unter den Importbeschränkungen der Regierung.¹¹⁴ Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellt Bedingungen an Jugoslawien für die Gewährung neuer Kredite. Doch die Umsetzung der geforderten Maßnahmen verschärfen die ökonomischen Probleme weiter. Vor allem die Inflation und die wachsende Arbeitslosigkeit werden zu den Sorgenkindern der Reformer.¹¹⁵ Im Dezember 1989 erreicht die Inflation einen Wert von ca. 2400%.¹¹⁶ Außerdem kommt es 1987 zu großen Streikwellen gegen das Einfrieren der Löhne.¹¹⁷

Bei dem Versuch, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, erweist sich die neue Verfassung von 1974 als Hindernis. Bereits in den 1960er Jahren föderalisiert Tito die Kommunistische Partei und die Polizei. Mit der Verfassungsreform von 1974 wird die Dezentralisierung weiter vorangetrieben. Die Macht der Zentralregierung wird mit jeder Reform immer stärker auf die Ebene der Republiken verlagert. Die Armee bleibt als einzige zentralistisch- organisierte Organisation Jugoslawiens übrig.¹¹⁸ Mit dem Tod Titos 1980 verliert Jugoslawien die Persönlichkeit, der es immer gelungen ist, die kommunistischen Führungen der verschiedenen Republiken unter Kontrolle zu halten.¹¹⁹ Durch die dezentralistischen Reformen seit den 1960er Jahren fehlen dem Bund die nötigen Mittel, ein Programm zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der sich verknappenden Ressourcen sind auch die reicheren Teilrepubliken Slowenien und Kroatien immer weniger bereit zu kooperieren. Slowenien, zum Beispiel, weigert sich immer

¹¹² Viktor Meier: Wie Jugoslawien verspielt wurde. München 1995, S. 29.

¹¹³ Branka Magaš: The Destruction of Yugoslavia. 3. Aufl. London und New York 1993, S. 94.

¹¹⁴ Ebd. S. 95.

¹¹⁵ Ebd. S. 96.

¹¹⁶ Bebler: Zukunftsperspektiven (1991) S. 2.

¹¹⁷ Sabrina P. Ramet: Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962-91. Bloomington und Indianapolis, 1992. S. 174, zit. nach Weißenbacher: Jugoslawien (2005) S. 173.

¹¹⁸ Witte: Rolle (2000) S. 18.

¹¹⁹ Ebd. S. 20.

stärker, in die unterentwickelten Gebiete zu investieren. Diese verlangen gleichzeitig nach immer mehr Unterstützung um die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen. Dieser Verteilungskampf wird oft auf der Basis nationalistischer Argumente geführt. Jede Teilrepublik betrachtet sich als benachteiligt. Dies verstärkt nationalistische Gefühle, die schließlich den Zerfall Jugoslawiens herbeiführen.¹²⁰

Florian Bieber zeigt in seinem Buch über den Nationalismus in Serbien drei Punkte auf, die das Aufkommen von Nationalismus bzw. von nationalen Spannungen begünstigen, ideologische, wirtschaftliche und institutionelle Krisen.¹²¹

„Ideologische Krisen entstehen, wenn die grundlegende ideologische Basis des politischen Systems diesem keine Legitimität mehr verleihen kann. Derartige Krisen manifestieren sich entweder in massiver Unzufriedenheit der Bevölkerung, oder durch den profunden Zweifel der politischen Elite an dem ideologischen Fundament des Staatswesens.“¹²²

Er argumentiert, dass wirtschaftliche Krisen vor allem dann zu nationalen Spannungen führen,

„wenn sich der gesamte Umfang des wirtschaftlichen Wohlstandes verringert und eine Neuverteilung auf niedrigerem Niveau ausgehandelt werden muss“.¹²³

Außerdem kann sich die Situation verschärfen, wenn es ein starkes ökonomisches Gefälle zwischen den Nationen eines Staates gibt. Wichtig für nationale Spannungen ist dabei nicht das Faktum, sondern die Meinung, die bei den Mitgliedern der verschiedenen Nationen vorherrscht.¹²⁴

Als bedeutsamsten Auslöser solcher Spannungen, sieht Bieber aber eine Krise im institutionellen Gefüge des Vielvölkerstaates.¹²⁵ Durch eine institutionelle Krise werden eine Umstrukturierung des Machtgefüges des Staates und eine „Austarierung des gesellschaftlichen Gleichgewichts“ erforderlich. Die Positionen bei dieser Umstrukturierung folgen oft nationalen Argumentationslinien.¹²⁶

„Während diese drei Dimensionen der Krise zu einer verstärkten Politisierung des Nationalismus führen können, besteht auch die Möglichkeit, dass nationalist entrepreneurs derartige Krisen bewusst herbeiführen, um nationale oder eigene Interessen durchzusetzen.“¹²⁷

Genau dieses Phänomen kann man in Jugoslawien feststellen. Eine wirtschaftliche Krise offenbart die Schwächen des politischen Systems. Die Vertreter des BdKJ sind aber nicht

¹²⁰ Witte: Rolle (2000) S. 21/22.

¹²¹ Bieber: Nationalismus (2005) S. 29.

¹²² Ebd. S. 30.

¹²³ Ebd. S. 30.

¹²⁴ Ebd. S. 30.

¹²⁵ Ebd. S. 31.

¹²⁶ Ebd. S. 31.

¹²⁷ Ebd. S. 31.

mehr in der Lage, eine gemeinsame Lösung zu finden, sondern es zeigen sich die Interessensunterschiede entlang der Grenzen der Teilrepubliken. Meier konstatiert:

*„Das kommunistische Regime [...] widersetzte sich sowohl demokratischer Öffnung als auch ernsthaften Reformen des wirtschaftlichen Systems.“*¹²⁸

¹²⁸ Meier: Jugoslawien (1995) S. 67.

II.2 Die Teilrepubliken

II.2.1 Serbien

Vor allem in Serbien lässt sich in den 80er Jahren ein Anwachsen der nationalistischen Strömungen beobachten. Laut Bieber war der Nationalismus in Serbien der siebziger Jahre noch eine Randerscheinung. Doch in den achtziger Jahren gelangt der Nationalismus über Diskussionen, getragen von Intellektuellen und Medien, an eine immer breitere Öffentlichkeit.¹²⁹

Anfang der 80er Jahre kommt es im Kosovo zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der albanischen Mehrheitsbevölkerung und serbischen Sicherheitskräften. In Serbien wächst das Gefühl, dass Tito Serbien gezielt geschwächt hat, indem er unter anderem auch zwei autonome Provinzen, das Kosovo und die Vojvodina, der Kontrolle durch Belgrad weitgehend entzogen hat. Gezielt werden die Vorgänge im Kosovo von den Medien zur nationalistischen Mobilisierung genutzt.¹³⁰ Es werden massive Strafmaßnahmen gegen die albanischen „Separatisten“ durchgeführt. Eine Folge dieser Unruhen ist, dass eine Gruppe von „Hardlinern“, die sich für ein hartes Vorgehen im Kosovo aussprechen, in Serbien ihren Aufstieg beginnt.¹³¹ Die Medien berichten sehr intensiv und stärken antialbanische Ressentiments. Gleichzeitig stellen sie die Orthodoxe Kirche als Verteidigerin des Serbentums im Kosovo dar. In den achtziger Jahren verstärkt die Kirche durch Publikationen die Thematik der „Bedrohung der serbischen Nation“ weiter.¹³² Die Kommunistische Partei stellt sich gegen die erstarkende Kirche und versucht sie an den Rand zu drängen. Doch langsam verbessern sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche und mit der Machtergreifung Milošević’ erfahren sie eine völlige Wandlung. Nicht mehr der Kampf gegen den Einfluss der Kirche steht im Vordergrund, sondern das Erreichen gemeinsamer Ziele.¹³³

Nationalistische serbische Intellektuelle werden nach Titos Tod wieder verstärkt aktiv. Dobrica Ćosić veröffentlicht 1983 ein Buch, das Bieber als „erste legale Publikation des serbischen Nationalismus“¹³⁴ bezeichnet. In den frühen 1980er Jahren entsteht eine ganze Reihe von Büchern und Theaterstücken, die sich mit einer neuen nationalistischen Sicht der

¹²⁹ Bieber: Nationalismus (2005) S. 88.

¹³⁰ Ebd. S. 90-91.

¹³¹ Ebd. S. 92-93.

¹³² Ebd. S. 96 bzw. 106-07.

¹³³ Ebd. S. 108.

¹³⁴ Ebd. S. 109.

Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Zeit danach beschäftigten.¹³⁵ Viele sehen in der Zeit nach Tito die Möglichkeit, das politische System einer stärkeren Kritik zu unterziehen.¹³⁶

Das Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU), das den serbischen Nationalismus nochmals untermauert, wurde 1986 öffentlich.¹³⁷ Bieber betont aber, dass die in dem Memorandum vorgetragenen Thesen keineswegs neu sind. Vielmehr handelt es sich um bereits einige Jahre bekannte Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten, denen es aber nie gelungen ist, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.¹³⁸ Bieber konstatiert:

*„Die literarische und historiographische Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit in den frühen achtziger Jahren stellt nicht nur das Selbstverständnis des Bundes der Kommunisten in Frage, sondern bezweifelte auch das Nachkriegs-Jugoslawien als passende Staatsform für die serbische Nation. Die demokratische Kritik am kommunistischen System schlug somit schnell in eine nationalistische Kritik um.“*¹³⁹

Dieser Nationalismus ermöglicht schließlich auch die Vereinigung der Interessen der kommunistischen Partei Serbiens und der Intellektuellen um Ćosić, die zumindest eine kurze Zeit eine gemeinsame Position vertreten.

Slobodan Milošević kommt von dieser nationalistischen Welle unterstützt in Serbien an die Macht. Als „Anfang vom Ende Jugoslawiens“ bezeichnen Hajo Funke und Alexander Rhotert die Rede Milošević’ in Kosovo Polje am 24. April 1987. Ivan Stambolić, Präsident von Serbien und Milošević’ Förderer, sendet ihn ins Kosovo, wo er vor einer aufgebracht Menge, die sich über die Lage der Serben im Kosovo beschwert, eine Rede hält, in der er den berühmt gewordenen Satz „Niemand soll es wagen, Euch zu schlagen“¹⁴⁰ formuliert. Mit dieser Rede macht er sich zu einem Verfechter des serbischen Nationalismus. Es wird vermutet, dass dieser Auftritt von Milošević genauestens geplant wurde. Deshalb ist auch das serbische Fernsehen anwesend und überträgt die Rede.¹⁴¹

Auf der achten Sitzung des Zentralkomitees des serbischen Bundes der Kommunisten (23./24. September 1987) putscht sich Milošević an die Macht. Diese Sitzung wird zur Abrechnung mit dem gemäßigten Flügel der Partei. In den folgenden Monaten „säubert“

¹³⁵ Vgl. Bieber: Nationalismus (2005) S. 111-115 für literarische und S. 117-124 für wissenschaftliche Literatur. Zur unterschiedlichen Themensetzung in der Historiographie in Kroatien, Slowenien und Serbien siehe auch: Robert M. Hayden: Recounting the Dead. The Rediscovery and Redefinition of Wartime Massacres in Late- and Post-Communist Yugoslavia. In: Memory, history and opposition. Hrsg. v. Rubie S. Watson. Santa Fe 1994, S. 167-84.

¹³⁶ Bieber: Nationalismus (2005) S. 135.

¹³⁷ Witte: Rolle (2000) S. 21.

¹³⁸ Bieber: Nationalismus (2005) S. 169. Ausführlich zur Entstehung, zum Inhalt und zur Verbreitung des Textes siehe: Ebd. S. 156-169.

¹³⁹ Ebd. S. 171/72.

¹⁴⁰ Hajo Funke und Alexander Rhotert. Unter unseren Augen. Berlin 1999, S. 16.

¹⁴¹ Ebd. S. 16.

Milošević die Kommunistische Partei Serbiens. Zahlreiche Personen werden aus hohen Partei- und Staatsfunktionen entfernt.¹⁴² Darunter ist auch sein früherer Förderer Ivan Stambolić, dessen Amt, das des serbischen Staatsoberhauptes, Milošević im Dezember 1987 übernimmt.¹⁴³ Durch geschicktes Ausnützen der nationalistischen Tendenzen und Organisieren von Massenkundgebungen gelingt es ihm sowohl die politische Führung der autonomen Provinzen, des Kosovo und der Vojvodina, als auch der Teilrepublik Montenegro mit seinen Gefolgsleuten zu besetzen.¹⁴⁴ Damit kontrolliert er die Hälfte der Stimmen in der Bundesregierung in seiner Hand und kann so die Politik Jugoslawiens zumindest blockieren. Milošević kann anfangs mit seiner Vorstellung eines starken serbischen Zentralismus auch weite Kreise der zentralistisch eingestellten Kommunisten begeistern. Der BdKJ betrachtet den Nationalismus zwar als Herausforderung der sozialistischen Ordnung, sieht aber in der Stärkung des Zentralismus ein gemeinsames Ziel.¹⁴⁵ In Milošević' scheinen beide Ziele, der alleinige Machtanspruch des BdKJ und die Stärkung des Zentralismus vereint.¹⁴⁶

Dieser „serbische Nationalismus“ vertieft den Graben zwischen den Teilrepubliken und lässt eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme immer unwahrscheinlicher erscheinen. Kroatien und vor allem Slowenien geraten immer stärker in Opposition zur Politik Milošević'. Vor allem die serbische Politik im Kosovo und die damit verbundene Debatte einer Änderung der Verfassung von 1974 rufen offenen Widerstand hervor.¹⁴⁷ Die slowenischen Kommunisten ermöglichen ab Jänner 1989 die Zulassung anderer Parteien. Im September 1989 wird im slowenischen Parlament das Recht auf Sezession gebilligt.¹⁴⁸ Der Konflikt zwischen Slowenien und Serbien verschärft sich weiter und führt im Jänner 1990, am 14. Parteikongress des BdKJ, zum Zerfall der jugoslawischen kommunistischen Partei. Kroatien und Slowenien versuchen, Jugoslawien auf der Basis einer losen Konföderation zu erhalten, doch alle Vorschläge werden vom Block um Milošević blockiert. Das bewegt die slowenische und kroatische Delegation den Kongress zu verlassen und aus dem BdKJ auszutreten. Versuche den Kongress auch ohne die beiden Delegationen fortzusetzen, scheitern am Widerstand der mazedonischen und bosnischen Delegation.¹⁴⁹

¹⁴² Bieber: Nationalismus (2005) S. 179/80.

¹⁴³ Meier: Jugoslawien (1995) S. 76.

¹⁴⁴ Die Regierung Montenegros trat im Jänner 1989. Kurz darauf wurde auch die Parteiführung des Kosovo abgesetzt. Heinz Vetschera und Andrea Smutek-Riemer: Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung in Jugoslawien. In: Sicherheitspolitik Deutschlands. Hrsg. v. Wolfgang Heydrich. Baden-Baden 1992, S. 287-330, hier S. 310. vgl. auch: Bieber: Nationalismus (2005) S. 191-195.

¹⁴⁵ Vetschera und Smutek-Riemer: Signale (1992) S. 308-09.

¹⁴⁶ Witte: Rolle (2000) S. 23-24.

¹⁴⁷ Bieber: Nationalismus (2005) S. 208/09 bzw. S. 216-17.

¹⁴⁸ Calic: Krieg (1996) S. 38.

¹⁴⁹ Sabrina P. Ramet: Balkan Babel. 4. Aufl. Boulder 2002, S. 55 bzw. Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

Dieser Konflikt zieht auch eine Spaltung im Rechtssystem und im gemeinsamen Wirtschaftsraum nach sich.¹⁵⁰ Im März 1990 verkündet Slowenien seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und stellt Zahlungen an Belgrad ein. Der Bund steht damit knapp vor dem finanziellen Kollaps. Die Teilrepubliken beginnen einen Wirtschaftskrieg gegeneinander. Separate Zahlungsmittel, Strafsteuern auf Importe aus anderen Republiken werden eingeführt. So wird auch der gemeinsame Wirtschaftsraum zerstört. In allen Bereichen beginnen die Republiken eine vom Bund unabhängige Politik zu machen, dies gilt auch für die Außenpolitik und den Bereich des Militärs.¹⁵¹

Im Jahr 1990 kommt es in allen Teilrepubliken Jugoslawiens zu freien Wahlen. Dabei setzen sich in Slowenien im April, in Kroatien im Mai und in Mazedonien im November nicht kommunistische Parteien durch. In Bosnien-Herzegowina gewinnen drei nationale Parteien, die der Muslime, die der Serben und die der Kroaten, die Wahlen im November und Dezember. Nur in Serbien und Montenegro können sich die kommunistischen Parteien bzw. ihre Nachfolgepartei SPS (Socijalistička Partija Srbije – Sozialistische Partei Serbiens) behaupten. Bei allen Wahlen gewinnen Parteien mit einer nationalistischen Orientierung. Der Widerstand gegen den serbischen Nationalismus wird stärker, doch besteht dieser, wie Bieber schreibt, „meist in antagonistischen Nationalismen“¹⁵². Die Ergebnisse dieser freien Wahlen beschleunigen den Zerfall Jugoslawiens. Die Gegensätze wurden nun offener artikuliert.¹⁵³

¹⁵⁰ Witte: Rolle (2000) S. 26-28.

¹⁵¹ Calic: Krieg (1996) S. 39.

¹⁵² Bieber: Nationalismus (2005) S. 224.

¹⁵³ Witte: Rolle (2000) S. 28-30.

II.2.2 Slowenien

Die ersten freien Wahlen finden am 8. April 1990 statt. Das Mitte-Rechts Bündnis „Demos“ gewinnt mit 55% der Stimmen und übernimmt die Regierung. Premierminister wird Lojze Peterle und der Parteichef der ehemaligen Kommunisten Milan Kučan wird bei der Direktwahl im zweiten Wahlgang mit 58,3% der Stimmen zum Präsident gewählt.¹⁵⁴ Die neue Regierung beschreitet fortan den Weg zur Verselbständigung.¹⁵⁵

In Slowenien herrscht schon vor den Wahlen ein relativ liberales Klima. Es entwickelt sich eine breite Jugendkultur und Medienlandschaft.¹⁵⁶ Bereits 1988 und 1989 haben sich zahlreiche politische Gruppierungen formiert.¹⁵⁷ Immer wieder werden, auch von der Kommunistischen Partei Sloweniens, Forderungen nach Änderungen des politischen Systems laut. Ramet stellt fest, dass es immer schwieriger wird zwischen Regierung und Opposition in Slowenien zu unterscheiden, da sie immer näher zusammenrückten um sich gegen Milošević zu verteidigen.¹⁵⁸ Ende September 1990 wird die Verfassung Sloweniens verändert.

“These amendments claimed for Slovenia the right of secession as well as the inalienable right to approve or disapprove the proclamation by federal authorities of extraordinary measures in their republic and the exclusive right to make determinations concerning the movement of military personal in the territory of the republic.”¹⁵⁹

Die Armeeführung, die serbische kommunistische Partei und die föderale Regierung kritisieren diese Änderungen scharf, dennoch werden sie im slowenischen Parlament angenommen. Die Regierung in Serbien versucht daraufhin Slowenien zu destabilisieren und fordert serbische Firmen zum Boykott slowenischer Erzeugnisse auf und den Handel mit slowenischen Firmen einzustellen.¹⁶⁰ Am 23.12.1990 wird ein Referendum über die Unabhängigkeit Sloweniens von Jugoslawien angesetzt. 88% stimmen für die Souveränität.¹⁶¹ Diesem Referendum folgte am 25. Juni die Deklaration der Unabhängigkeit.¹⁶²

In den Monaten davor arbeiten slowenische und kroatische Politiker immer wieder zusammen. So wird im Oktober 1990 ein gemeinsames Vorgehen, um den jugoslawischen

¹⁵⁴ Ramet: Babel (⁴2002) S. 55 und Lenard J. Cohen: Broken Bonds. 2. Aufl. Boulder 1995, S. 92.

¹⁵⁵ Jäger: Bosniaken (2001) S. 382.

¹⁵⁶ Ursula Rütten: Stationen politischer Gegenkultur in Slowenien. In: SOE-Mitteilungen 2/1992, S. 160-169, hier S. 163/164.

¹⁵⁷ Cohen: Bonds. (²1995) S. 89.

¹⁵⁸ Ramet: Babel (⁴2002) S. 33.

¹⁵⁹ Ebd. S. 34.

¹⁶⁰ Ebd. S. 34-35.

¹⁶¹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

¹⁶² Ebd. S. 385.

Staat in eine Konföderation umzuformen, beschlossen.¹⁶³ Die kroatische Regierung betont, Slowenien auf dem Weg in die Unabhängigkeit zu folgen.¹⁶⁴

Zwei Tage nach der Erklärung der Unabhängigkeit marschiert die JVA in Slowenien ein. Der Einsatz dient, laut Armeeführung, dem „Schutz der Einheit und Unversehrtheit Jugoslawiens“ und der Sicherheit der Grenzen. Der Oberbefehlshaber über die Armee ist das kollektive Staatspräsidium. Das Präsidium ist seit dem 15. Mai nicht mehr funktionstüchtig, da Milošević die Wahl von Stipe Mesić zum Vorsitzenden des Präsidiums verhindert hat.¹⁶⁵ Der Befehl zum Einsatz kommt vom Verteidigungsministerium und dem Premierminister Jugoslawiens Marković.¹⁶⁶

Die Armee rechnet mit der Akzeptanz des Auslands bei einer solchen Militäraktion und mit einem kurzen Einsatz in Slowenien. Der slowenische Widerstand erweist sich aber als hartnäckig. Dies ist möglich, da in Slowenien, im Gegensatz zu Kroatien, die Einsammlung der Waffen der Territorialstreitkräfte nicht abgeschlossen werden konnte.¹⁶⁷ Außerdem haben Kroatien und Slowenien ab Herbst 1990 begonnen, Waffen im Ausland anzukaufen.¹⁶⁸ Slowenien baut bis zum Juni 1991 eine 35.000 Mann starke Miliz auf.¹⁶⁹ Der slowenischen Führung ist es auch gelungen sich über die Pläne der JVA zu informieren. So gelingt es die erste Welle der Übernahme der von slowenischen Einheiten besetzten Grenzübergänge abzuwehren.¹⁷⁰

Auch in Bezug auf die internationalen Reaktionen irrt sich die JVA. Das Vorgehen der Armee wird durch den US-Außenminister James Baker und verschiedene europäische Regierungschefs scharf kritisiert. Die europäische Gemeinschaft beschließt eine Troika nach Jugoslawien zu entsenden. Diese vermittelt einen Waffenstillstand, der vorsah, dass die Armee in ihre Kasernen zurückkehrt, die Unabhängigkeit der beiden Republiken für drei Monate aufgeschoben wird und die Wahl von Mesić zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums durchgeführt werden soll. Die drei Monate der Aussetzung der Unabhängigkeit sollen für die Suche nach einer politischen Lösung genutzt werden.¹⁷¹ Erst der dritte ausgehandelte

¹⁶³ Ramet: Babel (⁴2002) S. 61.

¹⁶⁴ Ebd. S. 66.

¹⁶⁵ Christopher Cviic: Das Ende Jugoslawiens. In: Der Krieg auf dem Balkan. Hrsg. v. Angelika Volle und Wolfgang Wagner. Bonn 1994, S. 37-43, hier S. 38.

¹⁶⁶ Daniel Eisermann: Der lange Weg nach Dayton. Baden-Baden 2000, S. 35.

¹⁶⁷ Cviic: Ende (1994) S. 39.

¹⁶⁸ Ramet: Babel (⁴2002) S. 60.

¹⁶⁹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 382, Ramet spricht nur von rund 20.000. Vgl. Ramet: Babel (⁴2002) S. 66.

¹⁷⁰ Aleksandar Pavković: The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism and War in the Balkans. 2. Aufl. Basingstoke u. a. 2000, S. 137/38.

¹⁷¹ Cviic: Ende (1994) S. 39.

Waffenstillstand hält.¹⁷² Nach zehn Tagen ist der Krieg in Slowenien vorbei. Er hat ca. 50 Todesopfer und einige hundert Verletzte gefordert.¹⁷³

Am 18. Juli 1991 beschließt das „Rumpf-Staatspräsidiums“ den Verzicht auf Slowenien und die JVA beginnt am folgenden Tag mit dem Abzug der Truppen.¹⁷⁴ Dieser rasche Abzug der JVA hängt, laut James Gow, mit einer Umorientierung der Armee zusammen. Nach den Fehlschlägen in Slowenien und dem internationalen Engagement ändert die Armeeführung ihre Zielsetzung. Der Verteidigungsminister General Veljko Kadijević formuliert:

„...the JNA, ... would have to fight for borders of a “new Yugoslavia composed of those peoples who wanted to live together init and who would not allow the disintegration of such a Yugoslavia.”¹⁷⁵

In diesem Sinne konzentriert sich die Armee fortan auf Kroatien.

Die Anerkennung Sloweniens geschieht sehr rasch. Die ersten Staaten die diesen Schritt vollziehen sind Litauen, Georgien und Lettland.¹⁷⁶ Die meisten westeuropäischen Staaten folgen erst im Dezember 1991 und Jänner 1992. Frankreich und Großbritannien versuchen die Anerkennung so lange wie möglich hinauszuzögern, da sie an einer Gesamtlösung für Jugoslawien interessiert sind und eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens erst im Rahmen einer solchen vornehmen wollen. So wird Slowenien von Frankreich erst am 23. April 1992 anerkannt.¹⁷⁷

Trotz einiger Konflikte mit Italien und Kroatien geht die internationale Integration Sloweniens schnell vor sich. Im Februar 1993 tritt Slowenien der Weltbank und dem Europarat bei, im Oktober 1994 wird Slowenien Mitglied im General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), außerdem werden Handelsverträge mit der European Free Trade Association (EFTA) im Mai 1992 und mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) im April 1993 abgeschlossen.¹⁷⁸ Im Mai 2004 tritt Slowenien als erster Staat des ehemaligen Jugoslawien der Europäischen Union bei.

¹⁷² Cviic: Ende (1994) S. 39.

¹⁷³ Jäger: Bosniaken (2001) S. 386.

¹⁷⁴ Ebd. S. 386 und Cohen: Bonds. (21995) S. 227.

¹⁷⁵ Gow: Triumph (1997) S. 33.

¹⁷⁶ Ramet: Babel (⁴2002) S. 178.

¹⁷⁷ Ebd. S. 179.

¹⁷⁸ Ebd. S. 180.

II.2.3 Kroatien

Während Slowenien schon offen gegen die Politik Milošević' auftritt, bleibt die Führung der kroatischen Kommunisten zurückhaltend. Sabrina P. Ramet sieht darin möglicherweise Spätfolgen des „Kroatischen Frühlings“ des Jahres 1971. 1971 haben sich Teile der kroatischen kommunistischen Führung für Reformen des Staates ausgesprochen. Daraufhin werden einige führende Kommunisten abgelöst. Doch mit der zunehmenden Machtkonzentration Milošević' nehmen die gegenseitigen Beschuldigungen zu.¹⁷⁹ Im Jänner 1990 tritt die Kommunistische Partei Kroatiens, gemeinsam mit der Sloweniens, aus dem BdKJ aus. Beide Republiken nehmen aber an den Treffen der Republikspräsidenten bis zum Juni 1990 teil.¹⁸⁰ Diese Treffen sollen einer Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation dienen. Am 6. Juni starten die Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, Alija Izetbegović und Kiro Blagoje Gligorov, nochmals eine Initiative für die Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation. Laut Ramet haben aber Tuđman und Milošević diese Versuche bereits durch Pläne über die Aufteilung Bosniens hintertrieben.¹⁸¹

Am 29. September 1989 hat Kroatien die Einführung eines Mehrparteiensystems beschlossen, das am 14. Februar auch gesetzlich verankert wird.¹⁸² Die ersten freien Wahlen finden Ende April und Anfang Mai statt und bringen mit der HDZ von Franjo Tuđman eine nationalistische Partei als Siegerin hervor.¹⁸³ Die HDZ ist die Partei mit der besten Organisation. Nach einem Jahr der Illegalität beginnt man 1990 innerhalb kürzester Zeit in allen Städten Kroatiens, aber auch in Teilen Bosnien-Herzegowinas und der Vojvodina, Büros zu eröffnen. Finanziert wird sie teilweise von kroatischen Exilgruppen.¹⁸⁴

Die HDZ führt Kroatien auf einen stärker nationalistischen Kurs. Am 25. Juli 1990 wird das Wort „sozialistisch“ aus dem Staatsnamen gestrichen und das neue Staatswappen bestimmt.¹⁸⁵ Am 23. Dezember 1990 wird eine neue Verfassung beschlossen und zwischen dem 12. und 19. Mai 1991 das Unabhängigkeitsreferendum abgehalten. Kroatien folgt Slowenien auf dem Weg in Richtung Unabhängigkeit.¹⁸⁶

Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen den beiden Republiken – ca. 12% der Bevölkerung Kroatiens sind Serben.¹⁸⁷ Die neue kroatische Regierung hat es

¹⁷⁹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 27.

¹⁸⁰ Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

¹⁸¹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 65.

¹⁸² Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

¹⁸³ Cohen: Bonds. (²1995) S. 98. Ramet spricht vom 22. April als Wahltermin. Vgl.: Ramet: Babel (⁴2002) S. 55.

¹⁸⁴ Cohen: Bonds. (²1995) S. 95.

¹⁸⁵ Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

¹⁸⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 379.

¹⁸⁷ Ramet: Babel (⁴2002) S. 67.

unterlassen, die Serben im ersten Verfassungsentwurf überhaupt zu erwähnen. Erst nach und nach werden die Rechte der serbischen Minderheit erweitert. Dies geschieht auch in Hinblick auf eine erhoffte Anerkennung Kroatiens durch die Staaten der EG.¹⁸⁸

Doch die HDZ wird von vielen Serben als „neuen Ustaša-Bewegung“ wahrgenommen. Franjo Tuđman selbst war Mitglied der Partisanen und später General der JVA. In den 1970er Jahren wurde er als Dissident eingesperrt. Er versuchte sich auch als Historiker und war eine zentrale Figur bei der Debatte über die serbischen Opfer des Ustaša-Regimes. 1990 wird in Zagreb ein Buch von Tuđman publiziert, in dem er die Verbrechen der Ustašen relativiert.¹⁸⁹ Neben diesen „persönlichen“ Einstellungen Tuđmans betreibt die HDZ eine zum Teil anti-serbische Politik. Im Wahlkampf spricht sie gezielt nationale Wählerschichten an.¹⁹⁰ Die meisten Serben in Kroatien wählen denn auch gezielt gegen die HDZ.¹⁹¹

Nach Roland Schönfeld kommt es zu Diskriminierungen und Entlassungen von Serben nach den Wahlen 1990. Das Gefühl in einem neuen kroatischen Staat nicht erwünscht zu sein, führt dazu, dass die großserbische Rhetorik Slobodan Milošević' unter den kroatischen Serben auf fruchtbaren Boden fällt.¹⁹²

Am 17. August 1990 kommt es in Zusammenhang mit einer „Volksabstimmung über Autonomie“ in der Gegend um Knin zu ersten Aufständen. Straßenblockaden werden errichtet und die JVA verhindert ein Einschreiten der kroatischen Polizei.¹⁹³ Die im Februar 1990 in Knin gegründete „Serbische Demokratische Partei“ (SDS) wurde immer stärker als Vertreterin der Serben in Kroatien wahrgenommen.¹⁹⁴

Die serbische Bevölkerung in Kroatien konzentriert sich auf Gebiete der ehemaligen „Militärgrenze“ und stellte in einigen Gebieten die Mehrheit der Bevölkerung. In diesen beginnen sie nun so genannte serbische autonome Gebiete („Srpska autonomna oblast“, SAO), zu gründen. Am 21.12.1990 gibt sich die „SAO Krajina“ eine eigene Verfassung und am 1. März 1991 wird das „SAO Ostslawonien, Baranja und Westsyrmien“ proklamiert, gefolgt vom „SAO Westslawonien“.¹⁹⁵ Ende März des Jahres 1991 kommt es zu Zusammenstößen zwischen den Serben und der kroatischen Polizei und den ersten Opfern. Die JVA tritt daraufhin in Aktion um „die beiden Seiten zu trennen“.¹⁹⁶ Am 1. April 1991

¹⁸⁸ Jäger: Bosniaken (2001) S. 379/380 und 382.

¹⁸⁹ Hayden: Recounting (1994) S. 176.

¹⁹⁰ Cohen: Bonds. (21995) S. 96. und Roland Schönfeld: Auf dem Weg nach Dayton. In Südosteuropa-Mitteilungen 2/1996. S. 95-118, hier S. 100.

¹⁹¹ Cohen: Bonds. (21995) S. 98/99.

¹⁹² Schönfeld: Weg (1996) S. 100.

¹⁹³ Jäger: Bosniaken (2001) S. 378.

¹⁹⁴ Ebd. S. 381 und Cohen: Bonds. (21995) S. 128.

¹⁹⁵ Ebd. S. 379 und Anmerkung 13a auf S. 384.

¹⁹⁶ Ramet: Babel (42002) S. 61.

erklärt das SAO Krajina seine Unabhängigkeit und sich auch gleichzeitig zum Bestandteil eines föderativen Staatsverbandes mit Serbien.¹⁹⁷ Die Situation zwischen der kroatischen Regierung und den Einheiten der serbischen autonomen Gebiete wird immer ernster. Es kommt immer wieder zu Zusammenstößen und bewaffneten Zwischenfällen. Am 4. Mai ermächtigt das Staatspräsidium die Armee zum Einschreiten bei Nationalitätenkonflikten und am 8. Mai macht diese erstmals davon Gebrauch.¹⁹⁸

Am 25. Juni 1991 erklären Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit. Während die JVA in Slowenien einmarschierte, beginnt sich in Kroatien eine Mischung aus zwischenstaatlichem Krieg und Bürgerkrieg zu entwickeln. Die JVA und die serbische Regierung unterstützen die serbischen Milizen mit Waffen und Personal. Deshalb bestreitet Jäger die These vom „Bürgerkrieg“, da es sich um einen in Belgrad geplanten und von Belgrad finanzierten Krieg handelt.¹⁹⁹

Die Zusammenarbeit zwischen JVA, Freiwilligen aus Serbien und lokalen serbischen Milizen wird intensiviert.²⁰⁰ Im Juli und August weiten serbische Milizen das von ihnen kontrollierte Gebiet immer weiter aus. Dabei kommt es zu ersten so genannten „ethnischen Säuberungen“. ²⁰¹ Das Ziel ist es alle von Serben besiedelten Gebiete mit Serbien bzw. Rest-Jugoslawien zu vereinen.²⁰² Ende Oktober 1991 kontrollieren die Serben bereits ca. ein Drittel Kroatiens.²⁰³ Verschiedene kroatische Städte werden von serbischen Milizen und der JVA belagert. Darunter sind Vukovar, Osijek und Dubrovnik. Zagreb und andere Städte werden aus der Luft bombardiert.²⁰⁴

Nachdem die militärische Überlegenheit der serbischen Freischärler in Verbindung mit der JVA zu Beginn des Krieges unübersehbar ist, gelingt es der kroatischen „Nationalgarde“ nach und nach sich mit Waffen aus Kasernen der JVA²⁰⁵ und aus anderen Quellen zu versorgen. Ab September verfügt die kroatische Regierung über eine relativ schlagkräftige

¹⁹⁷ Am 13. Mai 1991 wird die „Republika Srpska Krajina“ (RSK) proklamiert. Dazu gehören neben dem „SOA Krajina“ auch das „SAO Ostslawonien, Westsyrmien und Baranja“ und das „SOA Westslawonien“. Die „Republik Krajina“ erklärt gleichzeitig die föderative Verbindung mit Serbien. Diese wird aber am 29. Mai von Belgrad abgelehnt. Jäger: Bosniaken (2001) S. 383/84 bzw. Ramet: Babel (⁴2002) S. 65 bzw. James Gow: Strategie und Kriegsziele. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden 2007, S. 362-376, hier S. 362-363.

¹⁹⁸ Jäger: Bosniaken (2001) S. 383/84.

¹⁹⁹ Ebd. S. 393.

²⁰⁰ Ebd. S. 386.

²⁰¹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 67. Vgl. auch das Kapitel II.4 „Ethnische Säuberungen“.

²⁰² Jäger: Bosniaken (2001) S. 393.

²⁰³ Ramet: Babel (⁴2002) S. 67.

²⁰⁴ Ebd. S. 68/69.

²⁰⁵ Die kroatischen Verbände und die Bevölkerung hatten Kasernen der JVA belagert und zum Teil ergaben sich die Soldaten und zogen ohne Waffen ab. Jäger: Bosniaken (2001) S. 398.

Truppe.²⁰⁶ Ende Dezember 1991 sind über eine halbe Millionen Menschen auf der Flucht und mindestens 3000 Menschen sind im Krieg getötet worden.²⁰⁷

Ist es der internationalen Vermittlung in Slowenien relativ schnell gelungen den Frieden wieder herzustellen, braucht es in Kroatien wesentlich länger. Zwischen Juli und Mitte November sind zwölf Waffenstillstände ausgehandelt und gebrochen worden.²⁰⁸

Am 2. Jänner 1992 werden die serbischen Aufstandsgebiete in Kroatien zu UN-Protected Areas (UNPAs) erklärt.²⁰⁹ Es wird eine internationale UN-Friedenstruppe (UN-Protection Force UNPROFOR) gebildet. Sie besteht aus 14.000 Mann und wird auf drei UNPAs aufgeteilt, Ostslawonien (Sektor E, Baranja als Teil der Županja Osijek-Baranja und Ostteil der Županja Vukovar-Srijem), Westslawonien (Sektor W) und die Krajina (Sektoren N (Banija und Kordun mit Glina) und S (Ostlika und norddalmatinisches Hinterland mit Knin)).²¹⁰

Die kroatische Armee und die JVA ziehen aus diesen Gebieten ab. Dabei lässt die JVA aber einen Teil der Mannschaften und Ausrüstung zurück, die den Kern der künftigen Armee der Krajina-Serben bilden.²¹¹ Diese erreicht dadurch eine Gesamtstärke von ca. 15.000 Mann und ist gut ausgerüstet.²¹² Die UNPAs entwickeln sich zu Quasi-Staaten unter UN-Aufsicht.²¹³ Die UNPROFOR ist nicht in der Lage ihre Aufgaben, gemäß UN-Resolutionen zu erfüllen. So konnte weder die Rückkehr der Flüchtlinge gewährleistet werden, noch werden die Grenzen zu Bosnien und Serbien wirkungsvoll überwacht. Das Mandat der UNPROFOR ist zwar auf ein Jahr begrenzt, wird aber immer wieder bis zum März 1995 verlängert.²¹⁴

Milošević übt massiven Druck auf die Krajina-Serben aus, damit diese der Stationierung der UNPROFOR überhaupt zustimmen. Im Zuge dieser Konfrontation wird Milan Babić von Milošević abgesetzt und durch Goran Hadžić ersetzt. Bei den Wahlen im Dezember 1993/Jänner 1994 muss dieser aber eine empfindliche Niederlage einstecken.²¹⁵ Nach den Wahlen kommt es in den Belgrader Medien zu Angriffen gegen Milan Babić. Schönfeld sieht darin den Bruch zwischen der RSK und dem serbischen Präsidenten.²¹⁶

²⁰⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 398.

²⁰⁷ Ramet: Babel (2002) S. 69.

²⁰⁸ Ebd. S. 69.

²⁰⁹ Schönfeld: Weg (1996) S. 101.

²¹⁰ Jäger: Bosniaken (2001) S. 399.

²¹¹ Schönfeld: Weg (1996) S. 101.

²¹² Jäger: Bosniaken (2001) S. 401.

²¹³ Ebd. S. 398.

²¹⁴ Ebd. S. 402/03.

²¹⁵ Ebd. S. 402.

²¹⁶ Schönfeld: Weg (1996) S. 101.

Die kroatische Armee rüstet in den folgenden Jahren auf. Im Februar 1995 ist die kroatische Armee besser ausgerüstet, als die Armee der Krajina Serben. Sie kann über bis zu 280.000 Soldaten verfügen, während die serbische Seite nur ca. 50.000 Mann unter Waffen hat. Zusätzlich wird sie noch von hoch qualifizierten westlichen Militärs ausgebildet.²¹⁷ Spätestens seit Herbst 1994 beginnen private US-Firmen, die zahlreiche ehemalige US-Militärs beschäftigen und dem State Departement nahe stehen, damit die kroatische Armee bei der Ausbildung zu unterstützen.²¹⁸ Anfang Mai 1995 nehmen die kroatischen Truppen einige Überfälle zum Anlass, um in den so genannten Sektor W der UNPROFOR einzurücken und das Gebiet zu erobern (Operation „Blijesak“, Blitz). Die serbische Führung in Westslawonien scheint von der Aktion der kroatischen Armee überrascht und leistet nur wenig Widerstand.²¹⁹ Die Serben reagieren mit der Gefangennahme von Blauhelm-Soldaten und Raketenangriffe auf Zagreb. Ein großer Teil der Zivilbevölkerung flieht mit den Soldaten in die Republika Srpska nach Bosnien.²²⁰

Innerhalb von gut 30 Stunden wird der Einsatz erfolgreich abgeschlossen.²²¹ Von Seiten der kroatischen Serben werden Vorwürfe gegen Milošević und Radovan Karadžić laut, dass die Niederlage auf Grund mangelnder Unterstützung passiert wäre. Ramet vermutet einen gezielten Rückzug der serbischen Streitkräfte. Milošević hat Generalleutnant Mile Mrkšić nach Kroatien entsandt, um den Oberbefehl über die Armee der kroatischen Serben zu übernehmen. Außerdem werden die Gehälter der meisten Offiziere von Belgrad bezahlt und die Armee der kroatischen Serben auch mit Waffen und anderem Material unterstützt.²²² Milošević versucht die Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Jugoslawien zu erreichen. Deshalb, so Aleksandar Pavković, konnte die kroatische Führung auch mit einer Nichteinmischung der jugoslawischen Armee spekulieren.²²³

Nur zwei Monate später startet die zweite große Aktion der kroatischen Armee in der Krajina, die Operation „Oluja“ („Sturm“). Die Region um Knin wird von kroatischen Verbänden bereits seit April 1995 bedroht. Die bosnisch-kroatische HVO beginnt eine Offensive von Süden.²²⁴ Durch die Bedrohung der bosnischen Enklave Bihać und die damit verbundene Vereinigung der serbisch beherrschten Gebiete in Bosnien und in Kroatien sieht sich die kroatische Regierung zu schnellem Handeln gezwungen.

²¹⁷ Ramet: Babel (⁴2002) S. 230.

²¹⁸ Jäger: Bosniaken (2001) S. 416.

²¹⁹ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 153.

²²⁰ Jäger: Bosniaken (2001) S. 415.

²²¹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 230.

²²² Ebd. S. 231.

²²³ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 153.

²²⁴ Jäger: Bosniaken (2001) S. 416.

Letzte Vermittlungsversuche des UN-Vermittlers Thorvald Stoltenberg scheitern, obwohl die serbische Seite unter Milan Babić weit reichende Zugeständnisse macht um einen Angriff der kroatischen Armee zu verhindern.²²⁵ Am 4. August 1995 beginnt der Angriff auf Knin. Mit einer Truppenstärke von ca. 120.000 Mann marschiert die kroatische Armee in der Krajina ein.²²⁶ Oberbefehlshaber dieser Operation ist Ante Gotovina. Er ist vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt.²²⁷ Innerhalb weniger Tage zieht sich die Armee der RSK (Republika Srpska Krajina) zurück. Dabei kommt es zu einer Massenflucht der Bevölkerung.²²⁸

Tudman weist immer wieder auf die Bedeutung der Offensive für Kroatien hin. Er sieht darin den Beweis für die militärische Stärke der kroatischen Armee. Damit in Verbindung steht, laut Ivanišević auch ein Wandel in der Wahrnehmung und Bewertung des Konfliktes. Belgrad gilt fortan nicht mehr als militärisch potenter Stabilisator des Balkans.²²⁹

Die Reaktionen des Auslands auf die militärische Offensive sind unterschiedlich. Von den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Russlands werden die Aktionen der kroatischen Armee verurteilt. Deutschland und die USA betonen zwar, dass sie eine friedliche Lösung bevorzugt hätten, begrüßen aber die Eroberungen, als Schritt hin zu einer künftigen Friedensordnung.²³⁰

Der letzte noch von Serben kontrollierte Teil Kroatiens (Sektor O der UNPROFOR) wird schließlich im Vertrag von Dayton nach einer Übergangszeit wieder der Kontrolle Kroatiens unterstellt.²³¹

²²⁵ Norbert Mappes-Niediek: „Ethnische Säuberung?“ Der Exodus der Serben aus Kroatien vom 4. bis 8. August 1995. In: Südost-Europa. Jg. 44. 1995, S. 585-92, hier S. 589-90.

²²⁶ Ramet: Babel (⁴2002) S. 231.

²²⁷ Carolin Leutloff-Grandits: Kroatiens Serben zehn Jahre nach Kriegsende – Zwischen nationaler Erinnerungspolitik, halbherzigen Rückkehrprogrammen und tristem Alltagsleben. In: Südost-Europa. Jg. 53. 2005, S. 405-30, hier S. 405.

²²⁸ Ramet: Babel (⁴2002) S. 232. Näheres dazu siehe: Kapitel II.4 „Ethnische Säuberungen“

²²⁹ Alojz Ivanišević: Kroatiens langer Weg nach Europa. In: Der Balkan. Friedenszone oder Pulverfaß? Hg. Von Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt a. Main 1998, S. 139-83, hier S. 139/40.

²³⁰ Ramet: Babel (⁴2002) S. 232.

²³¹ Zur Reintegration „Ostslawoniens“ und der internationalen Verwaltung UNTAES vgl. Jäger: Bosniaken (2001) S. 418-26.

II.3 Bosnien und die Herzegowina

Bosnien ist in Jugoslawien die Teilrepublik mit der ethnisch-heterogensten Bevölkerung. Die prozentuelle Verteilung der ethnischen Zugehörigkeit wandelt sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Noch in den 60er Jahren dominieren Serben das politische Leben Bosniens. Erst mit der Anerkennung der Muslime als Nation wird die Voraussetzung für eine stärkere Partizipation dieser Gruppe im politischen Leben geschaffen. Der Anteil derer, die sich als „Muslime im ethnischen Sinn“ bezeichnen, steigt von 26% im Jahre 1961²³² auf 44% 1991. Der Anteil der anderen Nationen nimmt demgegenüber ab. Haben sich 1961 noch 43% als Serben und 22% als Kroaten deklariert, so sind es 1991 nur mehr 31% bzw. 17,3%. Die Gründe hierfür liegen neben einer höheren Geburtenrate der Muslime auch in einer stärkeren Abwanderung der nicht-muslimischen Bevölkerungsteile.²³³

Bei den ersten freien Wahlen 1990 können sich die „nationalen“ Parteien durchsetzen. Die muslimische SDA erlangte 86 (35% der Sitze), die bosnisch-serbische SDS 72 (30%) und die bosnisch-kroatische HDZ 44 (18%).²³⁴ Diese drei Parteien bilden eine Koalitionsregierung und teilen die wichtigsten Ämter der Republik nach einem ethnischen Proporz untereinander auf. Doch die Interessen der Parteien gehen weit auseinander. Ursprünglich gibt es einen Konsens über den Erhalt der territorialen Einheit Bosniens zwischen den Parteien, aber an der Frage der Unabhängigkeit von Jugoslawien zerbricht die gemeinsame Linie.²³⁵ So fordert die SDA einen unabhängigen zentralistischen Staat, während die SDS einen Verbleib in Jugoslawien oder die Teilung Bosniens entlang ethnischer Grenzen favorisiert. Die SDA unterstützt lange Zeit auch die Option, Jugoslawien als Konföderation weiter bestehen zu lassen, doch mit der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien geht diese Möglichkeit verloren, da der Verbleib in einem gemeinsamen Staat mit Jugoslawien wenig verlockend ist. Dieser wäre wohl völlig vom serbischen Präsidenten Milošević kontrolliert worden. So widersetzen sich die Muslime und bosnischen Kroaten auch der Idee eines dritten Jugoslawiens, das Bosnien mit einschließen sollte, wie es in der „Belgrader Erklärung“, vom 12. August 1991 gefordert wird.²³⁶

²³² Bei der Volkszählung 1953 erklärt sich die Mehrheit der Muslime noch als „national unbestimmte Jugoslawen“. Erst mit der Volkszählung 1961 gibt es die Möglichkeit sich als „Muslim im ethnischen Sinn“ zu deklarieren. Bei der Zählung 1971 schließlich wird diese auf „Muslime im nationalen Sinn“ geändert. Vgl. Hans-Michael Miedlig. Wer sind die Muslime in Bosnien-Herzegowina. In: SOE-Mitteilungen 4/1994. S. 279-293, hier S. 290-291.

²³³ Calic: Krieg (1996) S. 77-78.

²³⁴ Jäger: Bosniaken (2001) S. 447.

²³⁵ Calic: Krieg (1996) S. 87.

²³⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 448.

Die HDZ will auch ein unabhängiges Bosnien, dabei aber ein föderalisiertes System, das ihr erlauben würde, die alleinige Kontrolle über die mehrheitlich kroatisch besiedelten Gebiete zu behalten.²³⁷ Erst im Sommer/Herbst 1992 äußert sich der Führer der bosnischen Kroaten Mate Boban immer deutlicher Richtung einer Zerstückelung Bosniens und dem Anschluss von Gebieten an Serbien und Kroatien.²³⁸

Die Vorgänge in Slowenien und vor allem in Kroatien wirken wie Katalysatoren auf Bosnien. Die kroatisch-muslimische Mehrheit war nun für die Unabhängigkeit des Staates und stand damit im klaren Gegensatz zu den Zielen der SDS. Erstmals im Oktober 1991 überstimmt diese die serbische Minderheit mit der Forderung der Unabhängigkeitserklärung für den Februar 1992, falls es kein gemeinsames Jugoslawien mit Serbien und Kroatien geben sollte.²³⁹ Daraufhin verlassen die serbischen Abgeordneten die Versammlung und gründen ein eigenes Parlament. Die Etablierung von so genannten „Serbischen Autonomen Gebieten“ („Srpska autonomna oblast“ (SAO)) erfolgt bereits im September 1991 und die serbischen Autoritäten fordern die Hilfe der JVA zum Schutz vor der bosnisch-kroatischen Mehrheit an. Diese entsendet 5000 Mann zum um die Grenzen der serbisch-dominierten Gebiete zu schützen.²⁴⁰ Im November wird in den serbisch-dominierten Gebieten eine Volksabstimmung über die Abspaltung von Bosnien abgehalten. 98% stimmen dafür.²⁴¹ Einige Monate später am 3. Juli 1992 proklamieren auch die Kroaten das autonome Territorium „Hrvatska zajednica Herceg-Bosna“. Dieses umfasst das von ihnen kontrollierte Gebiet in der Herzegowina.²⁴²

Im August 1992 haben sich fünf „Serbische Autonome Gebieten“ und zwei „Kroatische Gemeinschaften“ konstituiert, die ca. 80% des bosnischen Gebietes umfassen.²⁴³ Am 7. April 1992, kurz nach der Anerkennung Bosniens durch die USA und die Staaten der EG, erklären sich die Serbischen Autonomen Gebiete zu einem selbständigen Staat, der „Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina“.²⁴⁴ Dieser kooperiert mit den kroatischen Serben und es wird versucht, einen eigenen Wirtschaftsraum mit eigener Währung zu etablieren. Im

²³⁷ Pavković: Fragmentation (2000) S. 157/58.

²³⁸ Calic: Krieg (1996) S. 72.

²³⁹ Pavković weist darauf hin, dass für den Weg in die Unabhängigkeit im Parlament eine 2/3 Mehrheit nötig gewesen wäre, über die die muslimisch-kroatischen Abgeordneten nicht verfügten. Pavković: Fragmentation (2000) S. 159.

²⁴⁰ Ebd. S. 158/59 bzw. Ramet: Babel (2002) S. 205.

²⁴¹ Calic: Krieg (1996) S. 91/92.

²⁴² Jäger: Bosniaken (2001) S. 136.

²⁴³ Calic: Krieg (1996) S. 90/91.

²⁴⁴ Ebd. S. 92.

November 1992 wird die „Union der serbischen Staaten“ gebildet und Verhandlungen über eine Vereinigung der Gebiete aufgenommen.²⁴⁵

Am 20. Dezember 1991 sucht Alija Izetbegović, der Präsident Bosnien-Herzegowinas und Chef der SDA, um die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas bei den EG-Staaten an. Der Wunsch von Izetbegović nach Entsendung einer UN-Mission zur Kontrolle der bosnischen Grenzen, wird abgelehnt. Friedrich Jäger vermutet einen Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen in Kroatien, die nicht gefährdet werden sollen.²⁴⁶ Um die Anerkennung durch die Staaten der EG zu erreichen fordert die „Arbitration Commission of the Peace Conference on the Former Yugoslavia“, meistens nach ihrem Vorsitzenden kurz Badinter-Kommission genannt, die Durchführung einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Bosniens.²⁴⁷ Diese wird am 29. Februar und am 1. März 1992 durchgeführt. Die bosnischen Serben rufen dazu auf das Referendum zu boykottieren. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 63,4% der Wahlberechtigten, davon stimmen 99,8% für die Unabhängigkeit.²⁴⁸

Am 1. März kommt es zu einem ersten Zwischenfall. Bei einer Hochzeit eröffnen unbekannte Heckenschützen das Feuer auf feiernde Serben. Dabei wird ein Serbe ermordet und ein weiterer verletzt.²⁴⁹ Daraufhin werden in Sarajevo Barrikaden aufgebaut und es kommt zu ersten Kämpfen zwischen kroatischen Einheiten und der JVA bzw. serbischen Milizen in Nordbosnien und der Herzegowina. Als Antwort werden Friedensdemonstrationen in Sarajevo und Mostar abgehalten. Es kommt zu einer Deeskalation und die Barrikaden in Sarajevo verschwinden wieder. Doch mit der Anerkennung Bosniens als souveräner Staat durch die EG und die USA Anfang April 1992 beginnen die Kämpfe erneut.²⁵⁰

Ab September 1991 versuchen alle drei nationalen Parteien ihre eigenen Verbände mit Waffen auszustatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Bruch mit der Sowjetunion war die Angst vor einer Invasion groß. Deshalb entschied sich die jugoslawische Führung zu einer doppelten Verteidigungsstrategie. Neben der regulären Armee sollte eine so genannte Territorialverteidigung eingerichtet werden, die sich bei Bedarf aus Waffenlagern, die im ganzen Land verteilt waren, versorgen sollten. Bosnien war die Teilrepublik, die durch ihre

²⁴⁵ Calic: Krieg (21996) S. 95.

²⁴⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 449.

²⁴⁷ Die EG-Staaten hatten Ende August 1991 eine Schiedskommission eingesetzt. Diese sollte juristische Fragen, die während der Jugoslawienkonferenz auftauchen klären. Am 10.12.1991 stellte diese Kommission fest, dass es sich bei den Souveränitätserklärungen Sloweniens und Kroatiens nicht um Separatismus handle, sondern, dass der Staat Jugoslawien zerfalle. Bis zum Jänner 1992 sollte diese Kommission auch die Anträge um Anerkennung der jugoslawischen Teilrepubliken prüfen. Im Falle Bosniens wurde eine Volksabstimmung vorgeschlagen, um den Willen des Volkes zu ergründen. Vgl. Predrag Simić: Bürgerkrieg in Jugoslawien: Vom lokalen Konflikt zur europäischen Krise. In: Südosteuropa-Mitteilungen 1/1993, S. 35-49, hier S. 42.

²⁴⁸ Pavković: Fragmentation (2000) S. 161.

²⁴⁹ Hans Krech: Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997). Berlin 1997, S. 41.

²⁵⁰ Pavković: Fragmentation (2000) S. 161.

Binnenlage am ehesten vor einer Invasion geschützt erschien. Deshalb befinden sich mehr als die Hälfte der Rüstungsbetriebe und die größten Waffenlager in Bosnien.²⁵¹

Die muslimischen Verbände bilden den Kern der am 14. Mai 1992 gegründeten bosnischen Armee (ABiH) und diese umfasst Ende 1992 zwischen 80.000 und 100.000 Mann²⁵². In dieser Armee dienen auch Serben und Kroaten. Zusätzlich gibt es eine Vielzahl von regionalen Milizen, die offiziell zwar der Regierung in Sarajevo unterstehen, sich aber faktisch unter dem Kommando regionaler Befehlshaber befinden. Die größten Probleme der ABiH liegen in der mangelnden Ausrüstung und –bildung der Armee.²⁵³ Das Problem der Bewaffnung liegt zum Teil im Waffenembargo der UN begründet.

Die kroatische Verteidigungsliga (HOS) wird Mitte 1991 gegründet. Im kroatisch-serbischen Krieg kämpfen bereits Freiwillige aus der Westherzegowina. 1992 geht sie im kroatischen Verteidigungsrat (HVO) auf. Offiziell steht sie unter der Kontrolle der bosnischen HDZ, inoffiziell ist sie aber Zagreb unterstellt. Diese Einheiten umfassen ca. 45.000 Mann. Außerdem kämpfen in Bosnien auch noch Einheiten der kroatischen Armee (ca. 15.000-20.000 Mann).²⁵⁴

Die Stärke der Armee der bosnischen Serben schwankt zwischen 60.000 und 100.000 Mann. Diese setzen sich aus bewaffneten Milizen und Freiwilligen zusammen. Sie werden von der JVA unterstützt, die bei ihrem Abzug im Mai 1992 einen Teil der Mannschaft und des Geräts den Einheiten der bosnischen Serben überlassen.²⁵⁵ „Faktisch unterstand diese bosnisch-serbische Armee dem Generalstab in Belgrad und nicht der Regierung in Pale“. ²⁵⁶ Die JVA unterstützt die Kämpfenden auch mit Waffen, Geld und Logistik. Mit dieser überlegenen Bewaffnung gelingt es den bosnischen Serben bis Ende des Jahres 1992 ca. 70% Bosniens und der Herzegowina zu erobern.²⁵⁷ Bereits Ende des Jahres 1991 sind ca. 200.000 Menschen in Bosnien bewaffnet.²⁵⁸

Trotz eines Waffenembargos des UN-Sicherheitsrates²⁵⁹ gelingt es allen Krieg führenden Parteien sich mit Waffen zu versorgen. Am schwersten war es für die Armee der

²⁵¹ Calic: Krieg (1996) S. 98. Vgl. auch Ramet: Babel (2002) S. 205. Sie spricht davon, dass im Herbst 1991 Teile der Rüstungsbetriebe demontiert und nach Serbien gebracht wurden.

²⁵² Die Zahlen über die tatsächliche Stärke der Einheiten differieren erheblich. Dies liegt wohl auch an der großen Anzahl von paramilitärischen Einheiten, Freiwilligenverbänden usw. Vgl. Calic: Krieg (1996) S. 99/100 und Pavković: Fragmentation (2000) S. 160/61.

²⁵³ Calic: Krieg (1996) S. 100.

²⁵⁴ Ebd. S. 99/100.

²⁵⁵ Pavković: Fragmentation (2000) S. 160/61.

²⁵⁶ Calic: Krieg (1996) S. 99.

²⁵⁷ Pavković: Fragmentation (2000) S. 164.

²⁵⁸ Calic: Krieg (1996) S. 89.

²⁵⁹ Am 25. September 1991 hatte sich der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 713 für ein Waffenembargo gegen ganz Jugoslawien ausgesprochen. Vgl. Matthias Pape: Humanitäre Intervention. Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen, Baden-Baden 1997, S. 220/21.

bosnischen Regierung. Sie verfügt über keinen direkten Meerzugang und wird auch nicht von einem Nachbarstaat unterstützt. Es gelingt jedoch einen Teil der Rüstungsbetriebe zu behaupten und Waffen selbst zu produzieren.²⁶⁰

II.3.1 Kriegsziele

Die bosnischen Serben versuchen ein Gebiet zu beherrschen, das zum Einen alle wesentlichen Siedlungsgebiete der Serben in Bosnien umfasst, zum Anderen aber ein geschlossenes Gebiet darstellt, das von Serbien bis zur kroatischen Krajina reicht. Dies impliziert auch die Eroberung von mehrheitlich muslimischen Gebieten in Ostbosnien. Außerdem versuchen die Einheiten der bosnischen Serben eine Engstelle um Brčko zu verbreitern. Hier treffen sie aber auf erbitterten Widerstand sowohl bosnisch-kroatischer Einheiten als auch kroatischer Regierungstruppen.²⁶¹ Bis zum Jahresende 1992 gelingt es den serbischen Einheiten die meisten ihrer Ziele zu erreichen. Fast ganz Westbosnien, mit Ausnahme von der Region um Bihać, ist in den Händen der bosnischen Serben. Die Verbindung zwischen den serbisch kontrollierten Gebieten in Kroatien und Bosnien mit Serbien ist erreicht. Die Frontlinien stabilisieren sich denn auch und verändern sich bis 1995 kaum mehr.²⁶²

Den bosnischen Kroaten geht es im Wesentlichen um die Kontrolle über die kroatisch besiedelte Westherzegowina und über die Posavina. Um den Jahreswechsel 1992/93 beginnen sie aber auch Angriffe auf von Muslimen gehaltene Gebiete in Zentralbosnien. Diese neue strategische Ausrichtung geht mit einer Änderung des Kriegszieles einher. Die kroatische Führung setzt nun auf einen eigenen kroatischen Staat in Bosnien und eine mögliche Vereinigung mit Kroatien selbst. Bereits im Juli 1992 erklären sich die kroatischen Gebiete zu autonomen Territorien. Im Herbst kommt es zu vereinzelten Kämpfen zwischen den muslimischen und den kroatischen Truppen, die sich bis zum April 1993 zu einem offenen Krieg ausweiteten.²⁶³

Im Juni 1993 treffen sich die Präsidenten von Serbien und Kroatien, Milošević und Tuđman um über einen Plan zur Aufteilung Bosnien-Herzegowinas zu sprechen. Die Begehrlichkeiten der Nachbarstaaten auf Bosnien haben eine lange Vorgeschichte. Bereits im 19. Jahrhundert richtet sich das Expansionsstreben des serbischen Königreiches auf Bosnien

²⁶⁰ Calic: Krieg (21996) S. 101/102.

²⁶¹ Pavković: Fragmentation (22000) S. 162/63 bzw. Calic: Krieg (21996) S. 105/06.

²⁶² Pavković: Fragmentation (22000) S. 164.

²⁶³ Ramet: Babel (42002) S. 211.

aus.²⁶⁴ Diese Interessen kollidieren mit kroatischen Interessen, die in der Bevölkerung Bosniens einen Teil des „kroatischen ethnischen Corpus“²⁶⁵ sehen. Immer wieder versucht die eine oder andere Seite die Kontrolle über Bosnien zu erlangen.²⁶⁶ Der Plan Bosnien zu teilen prägte auch den Owen-Stoltenberg-Plan im Sommer 1993.²⁶⁷ Dieser sieht eine Dreiteilung Bosnien-Herzegowinas entlang der ethnischen Zugehörigkeit vor. Er wird aber von der bosnischen Regierung abgelehnt.²⁶⁸

Der lokale Führer der bosnischen Muslime in der Region um Bihać, Fikred Abdić akzeptiert hingegen den Owen-Stoltenberg-Plan im Oktober 1993. Abdić war ein ehemaliger Industrieller und Mitstreiter von Izetbegović. Nachdem die Regierung in Sarajevo den Friedensplan abgelehnt hat, proklamiert er die „Autonome Region West-Bosnien“.²⁶⁹ Zuvor hat Abdić Verhandlungen mit Karadžić aufgenommen. Am 7. November 1993 unterzeichnen sie einen Vertrag, der Abdić die Unterstützung der bosnischen Serben sichert. Fortan wird er mit serbischen Waffen im Kampf gegen die bosnische Armee versorgt.²⁷⁰ Die Kämpfe in der Region um Bihać dauern bis zum Ende des Krieges an und führen zu Zehntausenden Flüchtlingen. Vor allem Anhänger von Abdić fliehen nach einer erfolgreichen Offensive der bosnischen Regierungstruppen im August 1994 in benachbarte von Serben gehaltene Gebiete.²⁷¹

Die bosnische Regierung hat als erklärtes Ziel ein vereintes, zentralistisches Bosnien-Herzegowina in den Grenzen von 1991. Dafür müssen die Begehrlichkeiten der Serben und später auch der Kroaten abgewehrt werden. Nachdem es gelungen ist die kroatischen Angriffe auf Zentralbosnien abzufangen, beginnt die bosnische Armee ihrerseits Angriffe in Richtung Adria zu unternehmen, um so einen Korridor zum Meer zu erkämpfen.²⁷² Die Kämpfe zwischen der bosnischen Armee und den kroatischen Truppen dauern bis Februar 1994 an. Dann gelingt es Deutschland und den USA einen Waffenstillstand zu vermitteln und das „Washingtoner Abkommen“ zwischen Kroatien und Bosnien auszuhandeln.

²⁶⁴ Ivanisevic: Pulverfaß (1993) S. 216.

²⁶⁵ Ebd. S. 213.

²⁶⁶ Siehe Kapitel I.2 Nationalitäten

²⁶⁷ Schönfeld: Weg (1996) S. 98.

²⁶⁸ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 173

²⁶⁹ Ebd. S. 165.

²⁷⁰ Ramet: Babel (⁴2002) S. 213/14.

²⁷¹ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 165/66.

²⁷² Calic: Krieg (²1996) S. 106.

II.3.2 Das Ende des Krieges in Bosnien

Mit dem „Abkommen von Washington“ im Februar 1994 ändert sich die Lage am Kriegsschauplatz Bosnien. Der Vertrag sieht eine enge Kooperation zwischen den Einheiten der kroatischen und der bosnischen Armee vor. Waffen gelangen ab nun leichter über Kroatien nach Bosnien.²⁷³ Bereits einige Wochen zuvor ist auch ein Bruch zwischen Milošević und den bosnischen Serben zu bemerken. Die Unterstützung der bosnischen Serben durch Serbien nimmt in der Folge merkbar ab.²⁷⁴ Vor diesem Hintergrund beginnt die bosnische Armee bereits Ende Mai 1994 eine Offensive in Nordbosnien und Anfang Juli 1994 in Zentralbosnien.²⁷⁵ Ende des Jahres 1994 gelingt es dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter einen viermonatigen Waffenstillstand zu vermitteln. Dieser dauerte von Dezember bis März und wird von allen Kriegsparteien genutzt, um aufzurüsten.²⁷⁶

Im März 1995 beginnen die bosnischen Truppen eine Reihe größerer Offensiven. Diese haben aber kaum Erfolg. In Ostbosnien starten die bosnischen Serben Angriffe auf die Schutzzone Srebrenica und Žepa. Die Schutzzonen sind vom UN-Sicherheitsrat 1993 eingerichtet worden um Flüchtlinge im Kriegsgebiet zu schützen. Durch die militärischen Auseinandersetzungen, aber vor allem die Methode der „ethnischen Säuberungen“ werden riesige Flüchtlingsströme ausgelöst.²⁷⁷ Diese Schutzzonen sollen nun einen Teil der Flüchtlinge aufnehmen. Die Entmilitarisierung und Überwachung der Zonen wird der UNPROFOR übertragen.²⁷⁸ Jäger sieht in der Einrichtung der Schutzzonen auch den Versuch der westlichen Mächte die Debatte über eine Militärintervention zu beenden.²⁷⁹ Der UN-Sicherheitsrat erklärt mit den Resolutionen 819 (16. April 1993) und 824 (6. Mai 1993) insgesamt sechs Gebiete zu so genannten „safe areas“. Die Idee wurde vom ICRC (*International Committee of the Red Cross*) aufgebracht und soll mit einer Aufstockung der UNPROFOR-Truppen zum Schutz dieser Zonen einhergehen.²⁸⁰ Die Entmilitarisierung der Schutzzonen gelingt aber nur unvollständig. Immer wieder werden sie von Einheiten der bosnischen Armee als Gebiete benutzt, in denen sich die Truppen ausruhen und weiter ausgebildet werden können. Im Frühjahr und Sommer 1995 führen die bosnischen Serben den Angriff gegen die muslimischen Enklaven in Ostbosnien, Srebrenica und Žepa. Es kommt zu

²⁷³ Ramet: Babel (⁴2002) S. 217.

²⁷⁴ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 166.

²⁷⁵ Ramet: Babel (⁴2002) S. 217.

²⁷⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 514-15.

²⁷⁷ Zum Begriff der „Ethnischen Säuberung“ Siehe Kapitel II.4 „Ethnischen Säuberung“

²⁷⁸ Resolutionen des UN-Sicherheitsrats 819 (1993) und 824 (1993). Vgl.:

<http://www.un.org/Docs/scres/1993/scres93.htm>; vom 28.3.2008.

²⁷⁹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 506.

²⁸⁰ Report of the Secretary-General pursuant to General-Assembly Resolution 53/35 (1998) S. 16-17, von: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/348/76/IMG/N9934876.pdf?OpenElement>, vom 27.9.2008.

massiven Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Zehntausende werden ermordet oder vertrieben.²⁸¹

II.3.3 Internationale Friedensverhandlungen für Bosnien

Die ersten internationalen Friedenskonferenzen haben immer das Ziel eine Lösung für den gesamten jugoslawischen Raum zu erreichen. Die EG-Staaten ernennen Lord Carrington zu ihrem Verhandlungsführer. Dieser versucht in den Verhandlungen in Den Haag eine Gesamtlösung für Jugoslawien zu erreichen. Für Bosnien wird 1992 der EG-Sonderbeauftragte José Cutileiro berufen. Bei den Verhandlungen von Lissabon am 22. und 23. Februar 1992 wird ein Plan ausgearbeitet der einen gemeinsamen Staat, bestehend aus drei konstitutionellen Einheiten vorsieht. Dieser Plan scheitert aber schließlich am Widerstand der bosnischen Regierung bei den Detailverhandlungen über die Grenzziehung zwischen den Einheiten.²⁸² Izetbegović wehrt sich auch gegen eine zweite Variante des Cutileiro-Planes. Cutileiro präsentiert eine Karte in der kleinere Gebiete nach ethnischen Mehrheiten zugeordnet werden. Dadurch entstehen völlig zersplitterte Einheiten. Die Akzeptanz des ethnischen Prinzips durch die Verhandler der EG verstärkt nach Eisermann auch den Drang die Grenzen einer künftigen Friedensordnung militärisch zu verschieben und „ethnisch zu säubern“.²⁸³ Nachdem die Bemühungen von Cutileiro gescheitert sind, kommt es am 14. August 1992 zur letzten Plenarsitzung der Haager EG-Friedenskonferenz in Brüssel.²⁸⁴ Noch im selben Monat soll die Londoner Konferenz stattfinden, die dann in die Internationale Jugoslawienkonferenz in Genf übergehen und eine viel größere Zahl an Organisationen umfassen soll.²⁸⁵

Ab Herbst 1991 werden die UN immer wichtiger für den Friedensprozess. Das Engagement begann Ende September 1991 mit einer, von Österreich, Kanada, Ungarn und der jugoslawischen Bundesregierung geforderten Sitzung des Sicherheitsrates der UNO zur Krise in Jugoslawien.²⁸⁶ Bei dieser Sitzung am 25. September 1991 wurde Jugoslawien mit einem Waffenembargo belegt.²⁸⁷ In den folgenden Jahren waren die Gremien der UN immer wieder mit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien und der damit verbundenen Kriege befasst. Es werden auch eine Reihe von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verabschiedet. Diese

²⁸¹ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 167.

²⁸² Eisermann: Weg (2000) S. 97/98.

²⁸³ Ebd. S. 99/100.

²⁸⁴ Ebd. S. 128.

²⁸⁵ Ramet: Babel (⁴2002) S. 208.

²⁸⁶ Pape: Intervention (1997) S. 218.

²⁸⁷ Roland Schönfeld: Balkankrieg und internationale Gemeinschaft. In Südosteuropa-Mitteilungen 4/1994. S. 257-78, hier S. 264.

reichen von Wirtschaftssanktionen, Zwangsmassnahmen im Rahmen des Kapitels 7 der UN-Charta bis hin zu Stationierung von Friedenstruppen. Am 8. Oktober 1991 wurde der ehemaligen US-Außenminister Cyrus Vance vom UN-Generalsekretär zum Sonderbeauftragten für Jugoslawien ernannt.²⁸⁸ Ab diesem Zeitpunkt gibt es bei den Konferenzen immer zwei so genannte Co-Vorsitzende.

Im August 1992 wird die so genannte Londoner Konferenz etabliert. Lord Carrington ist bereits vor der Konferenz zurückgetreten und durch David Owen ersetzt worden.²⁸⁹ Diese Konferenz erkennt die Grenzen Bosnien-Herzegowinas an und verurteilt Serbien und Montenegro als Aggressoren. Außerdem fordert sie die Aufstellung einer UN-Friedenstruppe für Bosnien.²⁹⁰ Unter dem gemeinsamen Vorsitz der UN und der EG nehmen eine Vielzahl anderer Organisationen an den Verhandlungen teil. Darunter fallen unter anderem die KSZE, die Islamische Konferenz, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Insgesamt nahmen Delegierte aus ca. 40 verschiedenen Ländern teil.²⁹¹

Die beiden Co-Vorsitzenden der Konferenz Cyrus Vance und David Owen erarbeiten einen Plan, der vorsieht, dass Bosnien in zehn Kantone geteilt wird, in denen es jeweils eine klare ethnische Mehrheit gibt. Diese zehn Kantone werden aber so eingeteilt, dass sie keine ethnischen Großgebiete zulassen sollen.²⁹² Dieser Plan wird im Jänner 1993 vorgestellt.²⁹³ Die bosnischen Kroaten stimmen dem Plan zu, Izetbegović auf massiven Druck des Westens auch, aber die bosnischen Serben lehnen den Plan am 12. Jänner 1993 ab.²⁹⁴ Als Reaktion erhöhen der Westen und die UN den Druck auf Restjugoslawien. Am 6. April 1993 drohen die EG-Staaten Serbien und Montenegro mit einer lang anhaltenden politischen Isolation. Am 13. April 1993 werden die Sanktionen gegen Restjugoslawien weiter verschärft.²⁹⁵ So soll auch der Druck auf die bosnischen Serben erhöht werden. Milošević gelingt es auch Karadžić am 2. Mai 1993 dazu zu bringen den Vertrag zu unterschreiben, aber das Parlament der bosnischen Serben in Pale lehnt den Vertrag, trotz des Drucks von Milošević, ab.²⁹⁶ Ramet sieht in diesen Vorgängen auch den Beginn des Zerwürfnisses zwischen der Führung der bosnischen Serben und Milošević.²⁹⁷

²⁸⁸ Witte: Rolle (2000) S. 66

²⁸⁹ Eisermann: Weg (2000) S. 133.

²⁹⁰ Ramet: Babel (⁴2002) S. 208.

²⁹¹ Eisermann: Weg (2000) S. 129.

²⁹² Ramet: Babel (⁴2002) S. 209.

²⁹³ Witte: Rolle (2000) S. 114.

²⁹⁴ Ramet: Babel (⁴2002) S. 209/10.

²⁹⁵ Ebd. S. 210.

²⁹⁶ Hugh Macdonald: Lessons of the Yugoslav war succession. In: The South Slav Journal 3-4/1996, S. 3-34, hier S. 17.

²⁹⁷ Ramet: Babel (⁴2002) S. 210-11.

Doch auch der bosnische Präsident Izetbegović stand dem Vance-Owen-Plan kritisch gegenüber. Er hofft auf den neuen US-Präsidenten William Jefferson Clinton. Der Gouverneur von Arkansas verlangt im Wahlkampf im Sommer 1992 ein härteres Vorgehen gegen die serbische Seite. Izetbegović hofft nun, dass von Clintons Präsidentschaft ein deutlicher Impuls zugunsten der bosnischen Muslime ausgehen werde. Der Co-Vorsitzende David Owen gibt auch den USA die Schuld für die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der bosnischen Muslime.²⁹⁸ Nach dem Scheitern des Vance-Owen-Planes tritt Cyrus Vance zurück und wird durch den norwegischen Politiker Thorvald Stoltenberg ersetzt.²⁹⁹

Unter dem Eindruck kroatisch-serbischen Verhandlungen zur Aufteilung Bosniens legen die beiden Co-Vorsitzenden im August 1993 einen neuen Plan, den Owen-Stoltenberg-Plan, vor. Dieser sieht eine Dreiteilung Bosniens entlang ethnischer Zugehörigkeit vor. Hat die bosnische Regierung dem Plan anfangs noch zugestimmt, zieht sie diese nach bekannt werden der Details zurück.³⁰⁰

Zu Jahresbeginn 1994 wird die so genannte Bosnien-Kontaktgruppe ins Leben gerufen. Sie umfasst die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Diese Staatengruppe übernimmt fortan die Verhandlungen. Vor allem die USA und Russland werden in den Verhandlungen immer wichtiger.³⁰¹ Am 26. April kündigen die Außenminister Frankreichs und Russlands einen neuen Friedensplan an. Im Mai werden die ersten Details des Planes bekannt. Die Landfläche soll zwischen der bosniakisch-kroatischen Föderation und den bosnischen Serben im Verhältnis 51%:49% geteilt werden.³⁰² Diese Forderung fand schließlich auch in die Verhandlungen von Dayton Eingang. Aber auch der Plan der Kontaktgruppe scheiterte am Widerstand der bosnischen Serben. Milošević akzeptiert den Plan der Kontaktgruppe um so eine Lockerung der UN-Sanktionen zu erreichen. Nach der Ablehnung durch die bosnischen Serben bricht er die Beziehungen zu den bosnischen Serben ab und unterstützt die Blockade des bosnisch-serbischen Gebietes.³⁰³

²⁹⁸ Glenn Alan Atkins: United States Policy in former Yugoslavia. The Clinton Transition. In: The South Slav Journal. London 1996. Heft 3-4, S. 84-93, hier S. 92-93.

²⁹⁹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 212.

³⁰⁰ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 173.

³⁰¹ Schönfeld: Weg (1996) S. 106.

³⁰² Eisermann: Weg (2000) S. 245-47.

³⁰³ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 174

II.4 „Ethnische Säuberungen“

Während der Zerfallskriege werden auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und hier vor allem in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verübt. Vor allem diese Verbrechen sorgen für Aufmerksamkeit der Medien in aller Welt. Neben dem Thema der Gefangenenlagern, das im Sommer 1992 mitten in den US-Präsidentschaftswahlkampf platzt und den amtierenden Präsidenten George Bush unter Druck setzt, sind es Berichte über Massenvergewaltigungen, „ethnische Säuberungen“ und über die Belagerung Sarajevos, die sich am stärksten im öffentlichen Bewusstsein der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit verankern.³⁰⁴

Bereits im Krieg, der auf die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens folgt, kommt es zu ersten Menschenrechtsverletzungen. In den von Serben kontrollierten Gebieten kommt es zu gezielten Vertreibungen kroatischer Bewohner und zur Zerstörung ganzer Dörfer. Neben der Vertreibung von Teilen der Bevölkerung werden auch Kulturgüter, wie katholische Kirchen und Klöster zerstört.³⁰⁵ Doch auch im von der kroatischen Regierung kontrollierten Gebiet werden einige, der dort lebenden, Serben vertrieben und deren Häuser zerstört.³⁰⁶

Am 6. Oktober 1992 beschließt daher der Sicherheitsrat die Resolution 780 (1992), in der er die Vereinten Nationen beauftragt eine Expertenkommission mit der Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen einzurichten.³⁰⁷ In ihrem ersten Zwischenbericht gibt die Kommission bereits eine Definition für „ethnische Säuberungen“ und der dabei verwendeten Methoden:

*“[...] ‘ethnic cleansing’ means rendering an area ethnically homogenous by using force or intimidation to remove persons of given groups from the area. [...] ‘ethnic cleansing’ has been carried out by means of murder, torture, arbitrary arrest and detention, extra-judicial executions, rape and sexual assaults, confinement of civilian population in ghetto areas, forcible removal, displacement and deportation of civilian population, deliberate military attacks or threats of attacks on civilians and civilian areas, and wanton destruction of property. Those practices constitute crimes against humanity and can be assimilated to specific war crimes. Furthermore, such acts could also fall within the meaning of the Genocide Convention.”*³⁰⁸

Des Weiteren stellt der Bericht klar, dass es sich bei den „ethnischen Säuberungen“ um ein strategisches Mittel zur Erreichung politischer Ziele handelt. So betont der Bericht, dass es

³⁰⁴ Calic: Krieg (21996) S. 120.

³⁰⁵ So sollen ca. ein Fünftel aller Kulturdenkmäler zerstört worden sein. Jahresbericht 1991 des Joanneum Graz. Graz 1992, S. 115ff. zit. nach Jäger: Bosniaken (2001) S. 394.

³⁰⁶ Ebd. S. 394.

³⁰⁷ Resolution 780 (1992) des UN-Sicherheitsrates, von <http://www.un.org/documents/sc/res/1992/scres92.htm>, zuletzt am 17.4.2008.

³⁰⁸ Final Report of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992) Abschnitt III/B. Zit. nach: <http://www.his.com/~twarrick/commxyu1.htm>; zuletzt am 29.3.2008.

nicht in ganz Bosnien zu „ethnischen Säuberungen“ kommt, sondern nur in einem Bogen im Norden Bosniens, der die serbisch- kontrollierten Gebiete in Kroatien mit Serbien verbindet.³⁰⁹ Der Bericht folgt damit der Meinung von Tadeusz Mazowiecki, dem UN-Sonderberichterstatter über die Lage der Menschenrechte im ehemaligen Jugoslawien. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung meint er, dass die „ethnischen Säuberungen“ „nicht die Konsequenz dieses Krieges, sondern [...] Ziel dieses Krieges“³¹⁰ sind. Damit formuliert Mazowiecki bereits 1992 das wesentliche Merkmal dieser „ethnischen Säuberungen“. Multiethnizität ist nicht der Grund für die Konflikte, sondern sie wird gezielt benutzt um Ressentiments zwischen den Ethnien aufzubauen und auszunutzen.³¹¹ Das Ziel dieser Aktionen ist über eine ethnisch-homogene Bevölkerung einen Herrschaftsanspruch über ein Gebiet zu begründen.³¹² So soll die spätere Einverleibung des Gebietes in ein Staatsgebilde ohne Widerstand der Bevölkerung vonstatten gehen können.³¹³

Das erste Mal wird diese Methode der „ethnischen Säuberung“ im Sommer 1991 angewandt. In der Krajina werden gezielt Kroaten aus ihren Häusern vertrieben. Diese werden schließlich von Serben aus anderen Regionen besiedelt. Ende 1995 ist die Serbische Republik Krajina nahezu „rein serbisch“.³¹⁴ Im März 1992 kommt es in Bosnien zu den ersten „ethnischen Säuberungen“. Ethnisch gemischte Gebiete werden „homogenisiert“. Zu Vertreibungen kommt es auf allen Seiten. Durch diese Art der Kriegsführung werden sehr viele Menschen zu Flüchtlingen. Alleine für Bosnien muss von bis zu 2,5 Millionen Flüchtlingen, bei einer Gesamtbevölkerung von 4,36 Millionen, ausgegangen werden.³¹⁵

Stephan Müller, Paul Angeli und Andreas Richter versuchen anhand des Beispiels der Stadt Zvornik aufzuzeigen, wie „ethnische Säuberungen“ in Bosnien funktionieren.³¹⁶ Zvornik liegt im Nordosten Bosniens an der Grenze zu Serbien. Zwei Straßenbrücken und eine Eisenbahnbrücke über den Grenzfluss Drina verbinden hier Serbien und Bosnien.³¹⁷ 1991 hat Zvornik 81.111 Einwohner und 48.208 Muslime, 30.839 Serben. Rund um die Stadt leben

³⁰⁹ Final Report of the Commission of Experts (1992) Abschnitt III/B

³¹⁰ Süddeutsche Zeitung, vom 19.12.1992, zit. nach Calic: Krieg (21996) S. 123.

³¹¹ Calic: Krieg (21996) S. 123.

³¹² Ebd. S. 127.

³¹³ Karl Kaser: Das ethnische „engineering“. In: Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. Wiesbaden 1999, S. 408-422, hier S. 412-13.

³¹⁴ Ebd. S. 414.

³¹⁵ Pavković geht von einer Zahl zwischen 1,4 und 2 Millionen aus. Calic hat höhere Zahlen. Sie spricht von insgesamt von 4,25 Millionen Flüchtlingen. Von diesen sollen sich 2,23 Millionen Flüchtlingen in Bosnien, ca. 600.000 in Kroatien, ca. 500.000 in Serbien, ca. je 30.000 in Mazedonien und Slowenien und 750.000 in anderen europäischen Ländern aufhalten. Vgl. Valeria Heuberger: Krieg auf dem Balkan: Brennpunkt Bosnien-Herzegowina. In: Der Balkan. Hrsg. v. Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt a. M. 1998, S. 99-106, hier S. 99; Pavković: Fragmentation (2000) S. 168; bzw. Calic: Krieg (21996) S. 121.

³¹⁶ Stephan Müller, Paul Angeli und Andreas Richter: „Ethnische Säuberungen“ in Bosnien-Herzegowina. In: SOE 5/1995, S. 290-309.

³¹⁷ Ebd. S. 291.

weitere 14.660 Menschen, knapp 9.000 Muslime und über 4.000 Serben.³¹⁸ Zum Jahreswechsel 1991/92 werden die ersten Einheiten der JVA in diese Region verlegt; im Februar/März 1992 kommt es zu weiteren Truppenstationierungen.³¹⁹ Anfang April erfolgt der Angriff auf die Stadt. Beteiligt sind neben verschiedenen paramilitärischen Einheiten³²⁰ auch verschiedene Einheiten der JVA aus Bosnien und Serbien. Es beteiligen sich auch Einheiten, die vor dem Rückzug der JVA aus Kroatien, dort stationiert gewesen sind.³²¹

Die paramilitärischen Einheiten kooperieren mit der JVA und sind teilweise gar nicht von deren Infanterieeinheiten zu unterscheiden. Nach Auflösung der bosnischen Territorialverteidigung beginnt die SDS eine eigene serbische Territorialverteidigung aufzubauen. Auch diese Einheiten unterstehen dem Kommando der JVA. Zusätzlich dienen sie als Informanten.³²² Während des Angriffs auf die Stadt kommt es zu ersten Übergriffen und Morden. Das führt zu einer ersten Fluchtwelle. Ca. die Hälfte, der aus Zvornik geflüchteten, geben bei Befragungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte an die Flucht selbst organisiert zu haben.³²³ Nach einer Phase der Entspannung beginnen die organisierten Deportationen. Zuerst muss das persönliche Eigentum bis zum 15. Mai bei der Polizei registriert werden.³²⁴ Diese Daten dienen als Grundlage für die Erfassung der männlichen muslimischen Bevölkerung. Bereits bei der Registrierung kommt es zu ersten Verhaftungen und Deportationen.³²⁵ Das Verlassen der Stadt ist der muslimischen Bevölkerung nur nach dem Verzicht auf ihr Eigentum erlaubt. Es kommt aber auch zu individuellen Fluchtaktionen.³²⁶

Muslime, die nicht freiwillig die Stadt verlassen, werden aus Zvornik nach Serbien deportiert und von dort an die ungarische Grenze gebracht. Dort erhalten sie jugoslawische Pässe und werden mittels Korridorzügen über Ungarn nach Österreich geschickt. Den genannten Autoren zufolge deutet diese Organisation der Deportationen auf eine überregionale Zusammenarbeit und damit eine Involvierung der serbischen Regierung in die Vorgänge hin.³²⁷

³¹⁸ Müller, Angeli und Richter: „Ethnische Säuberungen“ (1995) S. 291/92.

³¹⁹ Ebd. 292.

³²⁰ Es handelte sich um verschiedene paramilitärische Einheiten. Neben sogenannten „Weekend-Tschetniks“, kämpften auch organisierte Freischärler Verbände, wie die sogenannten „Arkanovci“, die „Šešeljevci“ und die „Beli Orlovi“. Die letztgenannten sahen sich in der Tradition einer faschistischen, militärischen Organisation während des Zweiten Weltkriegs. Sie wurde 1990 reaktiviert. Ebd. Anm. 10 S. 295.

³²¹ Ebd. S. 292.

³²² Ebd. S. 293.

³²³ Ebd. S. 305.

³²⁴ Ebd. S. 302.

³²⁵ Ebd. S. 303.

³²⁶ Ebd. S. 304.

³²⁷ Ebd. S. 309.

Die Autoren der Untersuchung schließen aus den Berichten, dass die Eroberung Zvorniks, sowohl in militärischer als auch ziviler Hinsicht von langer Hand vorbereitet worden ist. Ende März, also ca. ein Monat vor dem Angriff auf die Stadt, werden „Evakuierungsübungen“ für die serbische Bevölkerung durchgeführt. SDS-Mitgliedern verteilen Waffen an die serbische Bevölkerung.³²⁸ Die meisten Kriegsverbrechen nach der Einnahme der Stadt werden durch die paramilitärischen Einheiten begangen. Die JVA beteiligte sich kaum daran, „toleriert“ aber allem Anschein nach das Vorgehen der Paramilizionäre.³²⁹

Zu „ethnischen Säuberungen“ kommt es auf allen Seiten, so zum Beispiel bei den Kämpfen um die Stadt Mostar im Mai 1993. Tausende Muslime und Serben werden von kroatischen Einheiten aus der Region vertrieben.³³⁰ So entstehen enorme Fluchtbewegungen in ganz Bosnien. Vor allem die muslimischen Flüchtlinge sammeln sich in relativ kleinen von der bosnischen Armee gehaltenen, abgeschlossenen Gebieten in Nord- und Ostbosnien. Vor allem in diesen Gebieten finden „ethnische Säuberungen“ statt, da sie von strategischem Interesse für die bosnischen Serben sind. Es kommt immer wieder zu Kämpfen um diese Enklaven. Im Juli 1995 erobern Truppen der bosnischen Serben und paramilitärische Einheiten Srebrenica. In der Stadt, die durch die Resolution 819 des UN-Sicherheitsrates als so genanntes „safe area“ dem Schutz der UNPROFOR untersteht, befinden sich zehntausende Menschen. Luftunterstützung durch NATO-Flugzeuge, die mehrmals durch das in Srebrenica stationierte UNPROFOR- Bataillon gefordert wird, gibt es nicht. In den Tagen nach der Eroberung der Enklave werden mehrere tausend Menschen, meist Männer, ermordet.³³¹ Zehntausende flüchten oder werden von den bosnischen Serben auf das, von der bosnischen Regierung kontrollierte, Gebiet gebracht. Von den bosnischen Muslimen wird der damalige Oberbefehlshaber der UNPROFOR General Bernard Janvier verdächtigt, gegenüber den Serben auf weitere Luftschläge verzichtet zu haben. Im Gegenzug soll es die Freilassung, der im Juni gefangen genommenen UNPROFOR- Soldaten erreicht haben.³³²

Auch bei den kroatischen Eroberungen im Mai und August 1995 flüchtet ein Großteil der serbischen Bevölkerung aus den ehemaligen Serbischen Autonomen Gebieten. In

³²⁸ Müller, Angeli und Richter: „Ethnische Säuberungen“ (1995) S. 306.

³²⁹ Ebd. S. 307/08.

³³⁰ Suche nach Gerechtigkeit. Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker – BiH (2000). Zit. nach: <http://gfbv.ba/index.php?id=143>, vom 13.2.2008.

³³¹ Zu den Ereignissen nach der Eroberung Srebrenicas vgl.: Mark Danner: The Killing Fields of Bosnia. In: New York Times Review on Books, vom 24.9.1998, S. 63-77.

³³² Jäger: Bosniaken (2001) S. 504/05. Detaillierter findet sich diese Sicht auch bei Funke und Rhotert: Augen (1999) S. 160-242.

Westslawonien flüchten zwischen 8.000 bis 13.000 Menschen, nur eine kleine Zahl bleibt zurück.³³³ Norbert Mappes-Niediek betont die Rolle der kroatischen Armee.

„Zahlreiche Zeugenaussagen [...] legen den Verdacht nahe, daß Terror und Einschüchterung durch die Armee für diesen Entschluß [zur Flucht Anm. des Verfassers] verantwortlich waren.“³³⁴

Bei der Eroberung der Krajina flüchten ca. 150.000 Menschen vor der anrückenden kroatischen Armee. Die Umstände dieser Flucht sind nicht ganz klar. Geht Jäger von einer von der Führung der Krajina-Serben geplanten Flucht der Bevölkerung aus, sieht Norbert Mappes Niediek die Hauptschuld für die Flucht des Großteils der serbischen Bevölkerung in der Politik Kroatiens.

„Die kroatische Führung hat politisch und militärisch eine Taktik verfolgt, die willentlich auf die Vertreibung der serbischen Bevölkerung in der Krajina zielte. Dabei hat sich die Angst und Paranoia der Zivilbevölkerung sowie die mangelnde Flexibilität, die taktische Ungeschicklichkeit, den Radikalismus und die Dummheit der Politiker in Knin zunutze gemacht.“³³⁵

Auch die Berichte aus Westslawonien haben dazu beigetragen die serbische Bevölkerung in der Krajina in Panik zu versetzen.³³⁶

Carolyn Leutloff-Grandits gibt in ihrem Aufsatz auch keine klare Antwort, versucht aber ein differenziertes Bild zu zeichnen. Sie argumentiert, dass die Furcht der serbischen Bevölkerung vor der kroatischen Armee eine Folge der Propaganda des Jahres 1990 ist. Sowohl die neu gewählte Regierung in Kroatien als auch die Politik Milošević' haben das Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen verstärkt.³³⁷

Bei der Offensive der kroatischen Armee sind ca. 73% der Häuser serbischer Eigentümer teilweise oder völlig zerstört worden. Der Anteil der geplünderten Häuser wird noch höher geschätzt.³³⁸ Laut Leutloff-Grandits ist nicht klar, ob diese Plünderungen von staatlicher Seite geplant oder als individuelle Aktion ausgeführt wurden. Jedenfalls war das Bedrohungspotenzial für die serbische Bevölkerung groß.³³⁹ Der Anteil der serbischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Kroatiens fällt jedenfalls von 12% 1991 auf 3%³⁴⁰ nach dem Krieg.³⁴¹

³³³ Ramet: Babel (⁴2002) S. 230.

³³⁴ Mappes-Niediek: „Ethnische Säuberungen“ (1995) S. 589.

³³⁵ Ebd. S. 592.

³³⁶ Ebd. S. 589.

³³⁷ Leutloff-Grandits: Serben (2005) S. 409.

³³⁸ Ebd. S. 412.

³³⁹ Ebd. S. 413.

³⁴⁰ Ramet bezieht sich hier auf einen New York Times Artikel, vom 10. August 1995, S. A4. zit. nach: Ramet: Babel (⁴2002) S. 233 Anm. 225.

³⁴¹ Ebd. S. 232.

II.4.1 Die Gefangenenlager

Eine weitere Fassade der „ethnischen Säuberungen“ sind Lager in denen großteils Zivilisten interniert werden. Nachdem Dörfer oder Städte erobert wurden, wird die Bevölkerung zusammengetrieben und in verschiedene Lager verbracht. Unterstützt werden die Eroberer dabei häufig von lokalen Persönlichkeiten.³⁴² In im Abschlussbericht der bereits erwähnten UN-Expertenkommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen vom 27. Mai 1994 wird die Zahl von insgesamt 715 Lagern genannt, über die Informationen erlangt werden konnten.

“237 were operated by Bosnian Serbs and the former Republic of Yugoslavia; 89 were operated by the Government and army of Bosnia and Herzegovina; 77 were operated by Bosnian Croats, the Government of Croatia, the Croatian Army and the Croatian Defence Council; 4 were operated jointly by the Bosnian Government and Bosnian Croats; and 308 camps for which it is not known with certainty under whose effective control they were.”³⁴³

Die hohe Zahl an Lagern, bei denen es nicht möglich ist die genaue Zuständigkeit zu klären, erklärt die Kommission im Bericht damit, dass die Kontrolle der Lager sich relativ schnell ändern konnte. Neben den Regierungen und Armeen können kleine militärische Gruppen oder auch lokalen Autoritäten ein Lager „übernehmen“. Das macht es unmöglich, eine genaue Zuordnung vorzunehmen.³⁴⁴

Im Falle der Gefangenenlager werden die meisten Verbrechen der serbischen Seite angelastet. Nicht nur, dass die größere Zahl an Lagern unter ihrer Kontrolle steht, auch die Bedingungen in diesen Lagern sollen viel schlimmer gewesen sein. In den Lagern kommt es zu Morden, Folterungen und Vergewaltigungen.³⁴⁵ Einen Eindruck von den Zuständen in den Lagern gibt Mark Danner in seinem Artikel im New York Review on Books vom 4.12.1997.³⁴⁶ Darin zitiert er immer wieder Berichte von Überlebenden, die von systematischen Misshandlungen und Folterungen berichten.³⁴⁷ Auf Grund des internationalen Drucks wird zwischen den Kriegsparteien die Freilassung aller Gefangenen bis Ende Oktober 1992 vereinbart.³⁴⁸

In diesen Lagern, aber nicht nur dort, kam es auch zu systematischen Vergewaltigungen. Ab Sommer 1992 nehmen in Bosnien Berichte darüber zu. Das Ausmaß

³⁴² Final Report of the Commission of Experts (1992) Abschnitt IV/E/3.

³⁴³ Ebd. Abschnitt IV/E.

³⁴⁴ Ebd. Abschnitt IV/E.

³⁴⁵ Ebd. Abschnitt IV/E/3.

³⁴⁶ Mark Danner: America and the Bosnian Genocide. In: The New York Review on Books, 4.12.1997. S. 55-65.

³⁴⁷ Er bezieht sich hier vor allem auf den Bericht von Rezak Hukanović und auf Aussagen von Zeugen vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. The Tenth Circle of Hell: A Memoir of Life in the Death Camps of Bosnia. New York, 1996. Vgl. Ebd. S. 55-57.

³⁴⁸ Calic: Krieg (1996) S. 135.

der Vergewaltigungen ist nur schwer einzuschätzen, da die UN-Kommission keinen freien Zugang zu den Lagern erhält und viele Betroffene die Aussage verweigern.³⁴⁹ Gehen kroatische und muslimische Stellen von ca. 60.000 Vergewaltigten³⁵⁰ aus, kommen Schätzungen der EG und der UN auf Zahlen zwischen 12.000 und 20.000.³⁵¹ Teilweise werden die Berichte über so genannte „Vergewaltigungslager“ bzw. über die massenhafte Vergewaltigung von Frauen übertrieben und zu Propagandazwecken missbraucht. Dennoch kommt es auf dem Gebiet Bosniens in einem großen Ausmaß zu Gewalt gegen Frauen. Dabei wird auch immer wieder festgestellt, dass „die Opfer *und* Täter unter Angehörigen aller Völker zu finden sind.“³⁵²

II.4.2 Belagerung von Städten

Neben den „ethnischen Säuberungen“ werden auch Städte belagert und durch Artillerie beschossen. Bereits in Kroatien wird diese Taktik durch die JVA angewandt. Städte wie Vukovar, Osijek und Dubrovnik werden so systematisch zerstört und die Bevölkerung terrorisiert.³⁵³

Auch in Bosnien werden Städte belagert. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, Sarajevo, da sich das westliche Medieninteresse fast ausschließlich auf diese Stadt richtet.³⁵⁴ Ab 1992 erreichen Journalisten die bosnische Hauptstadt über den geöffneten Flughafen. Die Berichte dieser Journalisten prägen wesentlich die Berichterstattung in den westlichen Medien über den Konflikt.³⁵⁵ Dadurch haben die Ereignisse in und um Sarajevo auch größere Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Europa und den USA als Ereignisse in anderen Teilen Bosniens.

Die Vorbereitungen für die Belagerung von Sarajevo beginnen bereits Ende 1991. Die JVA umstellt verschiedene Städte in Bosnien, u. a. Sarajevo, Mostar, Bihać und Tuzla und baut Artilleriestellungen auf.³⁵⁶ Nach dem Rückzug der JVA aus Bosnien übernehmen die bosnischen Serben diese Waffen. Ab dem Frühjahr 1992 ist Sarajevo in Belagerungszustand. Die Verteidiger der Stadt, bosnische und kroatische Einheiten, sind den bosnischen Serben zwar an Zahl überlegen, doch in Bezug auf Feuerkraft und Anzahl an schweren Waffen

³⁴⁹ Final Report of the Commission of Experts (1992) Abschnitt IV/F.

³⁵⁰ Calic: Krieg (21996) S. 135.

³⁵¹ Pape: Intervention (1997) S. 216.

³⁵² Calic: Krieg (21996) S. 137.

³⁵³ Ramet: Babel (42002) S. 68/69.

³⁵⁴ Calic: Krieg (21996) S. 109.

³⁵⁵ Pavković: Fragmentation (22000) S. 163.

³⁵⁶ Ramet: Babel (42002) S. 205.

unterlegen.³⁵⁷ Von den Positionen in den Hügeln um Sarajevo wurde die Stadt ständig beschossen. Nach Angaben der UNPROFOR und lokalen Behörden wurden an ruhigen Tagen ca. 200 bis 300 Einschläge registriert. Es gab aber auch Tage mit bis zu knapp 4000 Einschlägen am Tag.³⁵⁸ Als Ziele für die Bombardements gelten Medien, Gebäude, die der Versorgung der Bevölkerung dienten, als auch Regierungs- und Verwaltungsgebäude.³⁵⁹ Doch auch der gezielte Beschuss der Bevölkerung durch Scharfschützen, aber auch durch Artillerie war Teil der Belagerung. Die größten Opfer forderten dabei der Granatenbeschuss einer Menschenschlange, die Brot kaufen wollte, am 27. Mai 1992³⁶⁰, der Beschuss eines Marktplatzes im Stadtzentrum am 5. Februar 1994³⁶¹ und eine weitere Granatenexplosion am Markala-Marktplatz am 28. August 1995.³⁶²

Auch die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln wird zeitweise unterbrochen. Bereits im Frühjahr 1992 übt die UN massiven Druck auf die bosnischen Serben aus, den Flughafen Sarajevos an die UNPROFOR zu übergeben. Die Führung der bosnischen Serben stimmt diesem Plan schließlich gegen den Rat der Militärs zu. Auch wenn die Flüge immer wieder unterbrochen sind, gelangen so doch Hilfsgüter in die eingeschlossene Stadt.³⁶³ Im Sommer 1993 versuchen die bosnischen Serben die letzte von der bosnischen Regierung kontrollierte Straße nach Sarajevo zu erobern. Nachdem die NATO mit Luftangriffen gedroht hat, wird der Angriff jedoch eingestellt und die Verbindung unter Kontrolle der UNPROFOR gestellt.³⁶⁴

Im Sommer 1995 kann die Belagerung Sarajevos schließlich mit Hilfe von NATO-Bombardements beendet werden. Trotz des Friedensschlusses im November 1995 verlassen ca. 90.000 Menschen im ersten Halbjahr 1996 die Stadt. Vor allem bosnische Serben ziehen in die Republika Srpska.³⁶⁵

³⁵⁷ Final Report of the Commission of Experts (1992) Abschnitt IV/B/1.

³⁵⁸ Ebd. Abschnitt IV/B/3.

³⁵⁹ Ebd. Abschnitt IV/B/4.

³⁶⁰ Dieser Angriff führte auch dazu, dass Russland seinen Widerstand gegen die Verhängung von UN-Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aufgibt. Pavković: Fragmentation (²2000) S. 170.

³⁶¹ Dieses Massaker führte dazu, dass die NATO ein Ultimatum aussprach, in dem sie verlangte, dass alle schweren Waffen in einem Umkreis von 20km abgezogen, oder unter UN-Kontrolle gestellt werden müssen. Andernfalls drohte die NATO mit Luftangriffen. Final Report of the Commission of Experts (1992) Abschnitt IV/B/6.

³⁶² Diesen Angriff nahm die NATO zum Anlass für die schwersten Luftangriffe des Krieges. Sie wurden erst eingestellt, als es zu einem Waffenstillstand in Bosnien kam. Pavković: Fragmentation (²2000) S. 176.

³⁶³ Ebd. S. 163.

³⁶⁴ Funke und Rhotert: Augen (1999) S. 180/81.

³⁶⁵ Ramet: Babel (⁴2002) S. 282.

II.5 Zusammenfassung

Die wirtschaftlichen Probleme Jugoslawiens in den 1970er und 1980er Jahren offenbaren die strukturellen Schwächen des föderalen Systems Jugoslawiens. Die Zentralregierung ist kaum mehr in der Lage Reformen durchzusetzen. Parallel dazu entwickeln sich in verschiedenen Teilrepubliken nationalistische Strömungen. In Serbien werden diese von Slobodan Milošević aufgegriffen und für seine Zwecke benutzt. So kann er die Macht in Serbien, Montenegro und den beiden autonomen Gebieten erobern und konsolidieren. Auch in Slowenien und Kroatien entwickeln sich nationale Bewegungen, die die freien Wahlen 1990 gewinnen. Die neuen Regierungen versuchen ihre jeweiligen Republiken zu souveränen Staaten zu machen.

Der Beschluss Sloweniens und Kroatiens den Weg in die Unabhängigkeit zu beschreiten, stellt für Bosnien-Herzegowina und Mazedonien ein Problem dar. Solange Kroatien Teil eines gemeinsamen Staates war, existierte ein gewisses Gleichgewicht zwischen der serbischen und der kroatischen Bevölkerungsgruppe. Durch eine Unabhängigkeit Kroatiens besteht die Gefahr eines von Serbien dominierten Restjugoslawiens. Deshalb verkünden, als klar wird, dass Slowenien und Kroatien nicht mehr in einen gemeinsamen Staat eingebunden werden können, auch diese beiden Staaten ihren Willen zur Unabhängigkeit.

Die Unabhängigkeit Sloweniens wird zwar anfangs von der Jugoslawischen Volksarmee bekämpft, doch schon nach wenigen Tagen akzeptiert. In Kroatien hingegen kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen. Im Frühjahr 1992 beginnen die Kämpfe auch in Bosnien. Hier erreichen sie ihre größte Brutalität. Bis zum Friedensschluss 1995 sterben alleine in Bosnien ca. 200.000 Menschen und ca. 50% der Gesamtbevölkerung Bosniens wird vertrieben oder ist auf der Flucht.³⁶⁶ Vor allem die „ethnischen Säuberungen“, die dazu dienen Gebiete einem künftigen Staat ohne Widerstand der lokalen Bevölkerung eingliedern zu können, stellen massive Verbrechen gegen das Menschenrecht dar.

„Im Zusammenhang gesehen, lässt sich jedenfalls das serbische Vorgehen in Bosnien unter dem Tatbestand des Völkermordes gemäß Art. II der Konvention von 1948 subsumieren“³⁶⁷

Die internationale Gemeinschaft ist jahrelang nicht in der Lage oder Willens dem Blutvergießen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien Einhalt zu gebieten. In Bezug auf Slowenien und Kroatien können zwar Vermittlungserfolge gefeiert werden, da die Kämpfe –

³⁶⁶ Petritsch: Bosnien (2001) S. 50.

³⁶⁷ Pape: Intervention (1997) S. 216.

zumindest zwischenzeitlich – beendet werden können. In Bosnien scheitern aber bis ins Jahr 1995 alle Vermittlungsversuche.

III Die Phasen der US-Politik im Zerfallsprozess Jugoslawiens

III.1 Phase 1: Primat der Einheit Jugoslawiens

Mit der Entspannung zwischen den beiden Blöcken in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, nimmt auch die strategische und ideologische Bedeutung Jugoslawiens für die USA ab.³⁶⁸ Die USA bleiben aber ein wichtiger Unterstützer der Reformen in Jugoslawien. Über das Instrument der Vergünstigungen bei Handelsbeziehungen und über die Unterstützung bei Kreditaufnahmen bei internationalen Institutionen versuchen die USA die Reformen in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft in Jugoslawien voran zu treiben.³⁶⁹ Diese Reformen gehen aber nur sehr schleppend vor sich und mit dem Ende des Kalten Krieges beginnen andere Länder in Ostmitteleuropa Jugoslawien bei den Themen marktwirtschaftliche Reformen und Demokratisierung zu „überholen“.

In den USA werden zunehmend die Themen Menschenrechte und Demokratisierung für die Außenpolitik relevant. Hatten die USA bisher mit Rücksicht auf die strategische Bedeutung Jugoslawiens zu den Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien, im speziellen im Kosovo, geschwiegen, wird dem 1989 neu ernannte US-Botschafter in Belgrad Warren Zimmermann von Lawrence Eagleburger, dem Stellvertretenden Außenminister, aufgetragen, sich stärker als bisher für die Einhaltung der Menschenrechte und für Reformen in Richtung Demokratisierung einzusetzen.³⁷⁰

Die immer deutlicher werdenden Konflikte in Jugoslawien nötigen die Bush-Administration dazu, die Einheit Jugoslawiens als oberstes Ziel zu definieren. Man will um jeden Preis eine „Vorbildfunktion“ für einen befürchteten Zerfall der UdSSR verhindern.³⁷¹ Damit wäre die Sicherheit des Atomwaffenarsenals der Roten Armee gefährdet und dessen Kontrolle gilt als eine der primären Zielsetzungen der US-Politik nach 1989. Viel mehr wollen die USA das europäische Sicherheitskonzept durch eine Allianz mit der Sowjetregierung erweitern. Deshalb nimmt man auch große Rücksicht auf die speziellen Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau und geht nur sehr behutsam in der Lösung des Jugoslawienkonfliktes vor.³⁷² Außerdem sieht man die Gefahr einer Destabilisierung Südosteuropas durch eine Auflösung Jugoslawiens. In der Einheit Jugoslawiens sieht die US-

³⁶⁸ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 21.

³⁶⁹ Ebd. S. 25/26.

³⁷⁰ Witte: Rolle (2000) S. 31/32.

³⁷¹ Thomas Halverson: American Perspectives. In: International Perspectives on the Yugoslav Conflict. Hrsg. v. Alex Danchev und Thomas Halverson. Basingstoke 1996, S. 1-28, hier S. 2.

³⁷² Gerd Koslowski: Die NATO und der Krieg in Bosnien Herzegowina. Vierow 1995, S. 115.

Regierung auch eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und schließlich die europäische Integration.³⁷³

Für die Bush-Administration liegt in der schlechten wirtschaftlichen Lage das Hauptproblem Jugoslawiens. Können diese gelöst werden, so hofft man im State Department, wird auch der immer stärker werdende Nationalismus und die ethnischen Konflikte abgeschwächt und so die Einheit Jugoslawiens erhalten bleiben.³⁷⁴ Zur Erreichung dieser Reformen setzen die USA auf den Premierminister Jugoslawiens Ante Marković. Dieser versucht marktwirtschaftliche Reformen durchzusetzen. Doch die wahre Machtbasis hat sich bereits auf die Ebene der Republiken verlagert. Im Jahre 1990 finden in allen Teilrepubliken freie demokratische Wahlen statt, durch die neue politische Parteien an die Macht kommen.³⁷⁵ Damit gerät die Zielsetzung der Reformen im Bereich Marktwirtschaft und Demokratie und die Erhaltung der Einheit Jugoslawiens immer stärker zu Gegensätzen. Im Februar 1991 findet ein Hearing des *Committee on Foreign Relations* zum Thema Jugoslawien statt. Der Senator Joseph R. Biden spricht dieses Problem recht deutlich aus:

*“Like its predecessors, the Bush administration has supported both unity and democracy in Yugoslavia,... This combination was possible because the American position, in some sense, [was] theoretical so long as no serious challenges arose against Yugoslavia unity or in favor of establishing a democracy nationally or in the republics. But now unity and democracy are at issue, and it is far from clear that the two can exist together in contemporary Yugoslavia. It is also far from clear that the United States should continue to favor unity if that objective conflicts with our interests and the principles of democracy.”*³⁷⁶

Im Gegensatz zum State Departement, das die zentrifugalen Kräfte in Jugoslawien unterschätzt, ist die CIA im Herbst 1990 in Bezug auf die Zukunft Jugoslawiens wesentlich skeptischer. In ihrer Einschätzung über die Entwicklung der nächsten zwei Jahre in Jugoslawien wird die Auflösung des Staates als wahrscheinlich bezeichnet. Auch ökonomische Reformen werden diesen nicht mehr stoppen können. Des Weiteren wird in der Einschätzung darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten auf die Vorgänge von Seiten der USA Einfluss zu nehmen äußerst beschränkt sind. Vielmehr würde jeder Versuch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten wahrgenommen.³⁷⁷

Bis zum Winter 1990/91 entwickeln sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Positionen zur US-Politik gegenüber Jugoslawien. Die eine, vertreten vom State Departement, räumt der

³⁷³ Eisermann: Weg (2000) S. 31-32.

³⁷⁴ Witte: Rolle (2000) S. 31.

³⁷⁵ Vgl. Kapitel II.2 Die Teilrepubliken

³⁷⁶ Biden in: Committee on Foreign Relations, Civil Strife in Yugoslavia. S. 2. zit. nach Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 28.

³⁷⁷ National Intelligence Estimate: „Yugoslavia Transformed“; vom 1.10.1990, S. iii; von: <http://www.foia.cia.gov/>, zuletzt am 15.4.2008

Einheit und Stabilität Jugoslawiens Priorität ein. Eine Abspaltung von Republiken kann nur unter Konsens aller beteiligten Gruppen akzeptiert werden. Dieser Position entgegengesetzt steht eine Abgeordnetengruppe rund um Senator Robert Dole. Er ist Minderheitsführer der Republikaner im Senat und interessiert sich immer stärker für die Vorgänge im Kosovo. Er propagiert den Vorrang von Menschenrechten und Demokratisierung vor dem Postulat der Einheit und Stabilität. Für ihn ist es die Einheit des Staates, die der Zustimmung aller bedarf.³⁷⁸ Die demokratisch legitimierten Regierungen der Teilrepubliken sollen, laut Dole, auch direkt unterstützt werden. Außerdem sollen Wirtschaftssanktionen den Druck auf die Bundesregierung sowie die serbische Regierung erhöhen um diese so zur Einhaltung der Menschenrechte zu zwingen.³⁷⁹

III.1.1 Der Kongress

1986 kommt es in Jugoslawien zu einem an sich unwichtigen Zwischenfall. Ein US-Bürger albanischer Abstammung wird in Jugoslawien verhaftet, da er an einer Demonstration gegen Jugoslawien in Washington teilgenommen hat. Nach der Intervention des US-amerikanischen Botschafters kommt der Mann bald wieder frei, doch ab diesem Zeitpunkt wird das Thema der Menschenrechtsverletzung im Kosovo im Kongress immer wieder diskutiert.

Es werden auch mehrere Resolutionen, in denen die Unterdrückung der Albaner verurteilt wird, verabschiedet. In diesen Resolutionen wird auch die US-Politik gegenüber Jugoslawien kritisiert. Hier ist, neben Dole, Joseph J. Dio Guardi, Abgeordneter zum Kongress und Präsident der „Albanian American Civic League“, besonders aktiv.³⁸⁰ Bis zum Jahr 1986 gibt es kaum Resolutionen zum Thema Menschenrechte in Jugoslawien. Doch ab dem Sommer werden immer wieder Resolutionen zur Menschenrechtssituation in Jugoslawien eingebracht und hier vor allem zum Thema Kosovo-Albaner. Sowohl Dio Guardi ([H.CON.RES.358](#)) als auch Dole ([S.CON.RES.150](#)) initiieren im Juni 1986 Resolutionen zu diesem Thema.³⁸¹ Im August 1990 kommt es schließlich zu einer Reise einiger Abgeordneter

³⁷⁸ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 28-30.

³⁷⁹ Ebd. S. 26-27.

³⁸⁰ Ebd. S. 21.

³⁸¹ Die Resolution H.CON.RES.358 des Repräsentantenhauses soll die Unterdrückung der ethnischen Albaner durch die Regierung Jugoslawiens verurteilen. Die Resolution S.CON.RES.150 des Senats soll die Besorgnis des Senats über die Lebensbedingungen der ethnischen Albaner in Jugoslawien ausdrücken. Vgl. Resolutionen auf: <http://thomas.loc.gov/>, zuletzt am 12.4.2008.

unter der Führung von Dole ins Kosovo.³⁸² Nach dieser Reise wird Dole zu einer der zentralen Figuren bei Debatten rund um die US-amerikanische Jugoslawienpolitik.³⁸³

Als direkte Folge dieser Reise ins Kosovo wird vom Kongress das so genannte Nickles-Amendment verabschiedet. Es handelt sich dabei um einen Zusatz zum „Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Act“. Es ist der Versuch, die Bush-Administration zu stärkerem Engagement für Menschenrechte und Demokratisierung zu bewegen, lässt der Administration aber immer noch genügend Spielraum, so dass es am 5. November 1990 von Präsident Bush unterschrieben wird.³⁸⁴ Diesem Amendment zu Folge muss die USA alle Hilfen an Jugoslawien suspendieren, wenn es nicht innerhalb von sechs Monaten zu substantiellen Verbesserungen in der Menschenrechtsfrage und zu freien Wahlen in den Teilrepubliken kommt. Außerdem wird die US-Regierung verpflichtet, die Kreditvergabe der Weltbank und des IWF an Jugoslawien zu blockieren. Am 5. Mai tritt das Amendment in Kraft, wird anfangs weder von der Öffentlichkeit in Jugoslawien noch der in den USA beachtet. Erst mit der Blockade der Wahl von Stipe Mesić zum jugoslawischen Präsidenten werden die Medien darauf aufmerksam und das State Department sieht sich zu einer Erklärung genötigt. Darin werden die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen, Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Serbien und die Blockade der Wahl Mesićs als Gründe angeführt. Nach Protesten in Jugoslawien über eine Einmischung in innere Angelegenheiten und der Feststellung, dass das Amendment die Einflussmöglichkeiten der USA in Jugoslawien reduziert, setzt die US-Regierung das Amendment am 24. Mai wieder außer Kraft.³⁸⁵

III.1.2 Scheitern der US-Strategie

Die USA versuchten zum einen die Reformen von Marković zu unterstützen und zum anderen Druck auf Milošević auszuüben, damit dieser die Unterdrückung der Albaner beendet und den föderalen Institutionen wieder volle Handlungsfähigkeit ermöglicht. So hofft man, Kroatien und Slowenien davon abhalten zu können, sich für unabhängig zu erklären.³⁸⁶ Doch die Entwicklungen in Jugoslawien laufen in eine andere Richtung. Die Bundesinstitutionen verlieren völlig an Einfluss und am 20.12.1991 tritt der Premierminister Ante Marković zurück.³⁸⁷

³⁸² Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 23/24.

³⁸³ Ebd. S. 25.

³⁸⁴ Witte: Rolle (2000) S. 34.

³⁸⁵ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 30-33.

³⁸⁶ David Gompert: How to defeat Serbia. In: Foreign Affairs 73/4 (1994) S. 30-47, hier S. 33.

³⁸⁷ Witte: Rolle (2000) S. 73.

Diese Misserfolge steigern das Desinteresse der USA an der Krise in Jugoslawien. Auch bezweifelt die US-Regierung immer stärker, dass sie auf die Entwicklungen in Jugoslawien Einfluss nehmen können. Das führt dazu, dass die USA die Vermittlungsinitiative den Europäer überlassen. Außerdem rücken zunehmend andere Probleme ins Zentrum der US-Außenpolitik. Am 15. Jänner 1991 läuft das Ultimatum der UNO an den Irak, wegen der Invasion in Kuwait ab. Die UN-Intervention zur Befreiung Kuwaits dauert schließlich bis Anfang März und ist einer der größten außenpolitischen Erfolge von Präsident Bush. Bereits am 12. Jänner 1991 haben sowjetische Luftlandetruppen die Fernseh- und Rundfunkgebäude in Vilnius besetzt. Die Ereignisse in Vilnius verstärken die Ängste um ein Ende der Demokratisierung der UdSSR. Am 11. März kommt es zur Unabhängigkeit Litauens.³⁸⁸

Dennoch werden die USA von der sich verstärkenden Krise in Jugoslawien nicht überrascht. Der frühere *Senior Director for Europe and Eurasia* im *National Security Council* von Präsident Bush David Gompert betont, dass die fehlende Initiative der USA nicht die Folge mangelnder Informationen war, sondern darin lag, dass die Bush-Administration keinen Weg sah, den blutigen Zerfall zu verhindern.³⁸⁹ Die USA verfolgen den Weg der „Einheit Jugoslawiens“ weiter. Immer wieder betont Bush als auch Botschafter Zimmermann, dass sich an dieser Haltung der US-Regierung nichts geändert habe.³⁹⁰ Erst kurz vor der angedrohten Unabhängigkeitserklärung durch Slowenien und Kroatien kommt es nochmals zu diplomatischen Versuchen der USA, die Krise friedlich beizulegen. Im Juni 1991 reist Zimmermann nach Ljubljana und Zagreb, um Druck auf die beiden Regierungen auszuüben, von der Unabhängigkeitserklärung abzusehen. Die USA unterstützen nun auch den Plan des bosnischen und des mazedonischen Präsidenten einer losen Konföderation Jugoslawiens. Doch die Regierungen Sloweniens und Kroatiens glauben nicht mehr an eine gemeinsame Lösung.³⁹¹

Am 21. Juni 1991 unternimmt der US-Außenminister James Baker einen letzten Versuch die Auflösung Jugoslawiens zu verhindern. Er führt eine Reihe von Gesprächen mit allen Republiksführern, dem Repräsentanten der Kosovo-Albaner und mit dem Premierminister Marković sowie dem Außenminister Budimir Lončar. Er betont die Unterstützung der USA für die Einheit des Staates. Den Präsidenten von Kroatien und Slowenien versucht er einzuschärfen, dass die USA eine einseitige Erklärung der Unabhängigkeit nicht unterstützen werden. Die USA werden nur das Ergebnis von

³⁸⁸ Eisermann: Weg (2000) S. 25.

³⁸⁹ Gompert: Serbia (1994) S. 32.

³⁹⁰ Witte: Rolle (2000) S. 37.

³⁹¹ Ebd. S. 39 bzw. Gompert: Serbia (1994) S. 34.

Verhandlungen und eine konsensuale Lösung akzeptieren. Eine Anerkennung neuer Staaten, die sich unilateral für unabhängig erklären, käme für die USA nicht in Frage.³⁹² Auch propagiert er nochmals das Konföderationsmodell.³⁹³ Milošević aber sieht sich nach den Gesprächen in seiner Ansicht bestärkt, dass die Bush-Administration versuchen wird, sich aus dem Konflikt herauszuhalten.³⁹⁴ Baker ist nach seiner Reise pessimistisch, was den Erfolg seiner Mission anbelangt.³⁹⁵ Trotz des Votums der EG-Außenminister am 23. Juni 1991, dass einseitige Unabhängigkeitserklärungen nicht anerkannt würden, erfolgen diese von Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991.³⁹⁶ Die Baker-Reise wird von einigen Autoren ebenfalls negativ bewertet. Er konnte den Zerfall Jugoslawiens nicht nur nicht aufhalten, sondern hat ihn sogar noch beschleunigt, da er in Belgrad die Meinung stärkt, dass eine begrenzte Militäraktion vom Westen toleriert würde³⁹⁷ und bei Kroatien und Slowenien den Eindruck erzeugt, dass sie jetzt handeln müssten.

III.1.3 Zusammenfassung

Bereits in den 80er Jahren beginnt sich das US-Engagement in Jugoslawien zu verringern. Mit dem Abschwächen des Kalten Krieges und schließlich dem Fall der Berliner Mauer verliert Jugoslawien für den Westen seine strategische Bedeutung. Die Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der albanischen Minderheit im Kosovo sorgen aber dafür, dass der Kongress in Washington sich immer wieder mit Jugoslawien beschäftigt und sich eine Gruppe von Abgeordneten und Senatoren bildet, die versucht den Themen Demokratisierung und Menschenrechte in den Beziehungen zwischen den USA und Jugoslawien mehr Gewicht zu verschaffen.

Als die Krise in Jugoslawien immer deutlicher wird, versuchen die USA zuerst über wirtschaftliche Reformen die Einheit und Stabilität des Staates zu sichern. Dabei stützt man sich auf den Premierminister der föderalen Regierung Ante Marković. Er scheint die Person zu sein, die die Forderungen nach marktwirtschaftlichen und demokratiepolitischen Reformen mit einer Stabilisierung des Staates Jugoslawien verbinden kann. Doch die realen Machtverhältnisse in Jugoslawien haben sich bereits verschoben. Die Macht im Staat liegt nicht bei den Bundesgremien, sondern auf der Ebene der Republiken und Slowenien und Kroatien bewegen sich mehr und mehr in Richtung Unabhängigkeit. Der Versuch von Baker,

³⁹² Cviic: Ende (1994) S. 37.

³⁹³ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 33 bzw. Witte: Rolle (2000) S. 39/40.

³⁹⁴ Lenard J. Cohen: Serpent in the Bosom. The Rise and Fall of Slobodan Milošević. Boulder 2001, S. 143.

³⁹⁵ Witte: Rolle (2000) S. 40.

³⁹⁶ Eisermann: Weg (2000) S. 33.

³⁹⁷ Eisermann: Weg (2000) S. 34.

quasi in letzter Minute, das Auseinanderbrechen Jugoslawiens zu verhindern, scheitert und damit auch die US-Strategie die Einheit Jugoslawiens zu erhalten. In den folgenden Monaten beschränkt sich die US-Regierung auf die Unterstützung europäischer Initiativen, auch deshalb, weil sie keine eigenen Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt sieht.³⁹⁸

Die Annahme, die europäischen Verbündeten hätten größere Einflussmöglichkeiten auf die Führung Jugoslawiens, ist auch nicht ganz von der Hand zu weisen. Seit Ende der 1980er Jahre versucht sich Jugoslawien verstärkt in europäischen Institutionen zu etablieren. Als Fernziel steht dabei eine Integration in die EG.³⁹⁹

³⁹⁸ Gow: Triumph (1997) S. 203.

³⁹⁹ Ranko Petković: Neue Prioritäten in der jugoslawischen Außenpolitik. In: SOE- Mitteilungen 1/1990. S. 6-13, hier S. 9.

III.2 Phase 2: Das europäische Problem und der Wahlkampf

Im Sommer 1991 kommt es in Moskau zum Putsch-Versuch der Armee gegen Gorbatschow. Bis Ende August erklären sich beinahe alle Sowjetrepubliken für unabhängig und Moskau erkennt die Souveränität der baltischen Staaten an. Im September werden diese in die KSZE und die UNO aufgenommen. Der Versuch Gorbatschows die Staaten in einer Art Konföderation, ähnlich der Lösung, die die Europäer für Jugoslawien vorgeschlagen haben, scheitert und so kommt es Ende 1992 zur Auflösung der UdSSR und zur Gründung der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten).⁴⁰⁰ Damit geht ein wichtiger Grund verloren, der die europäischen Staaten und die USA dazu bewogen hat, für die Einheit Jugoslawiens aufzutreten. Doch die USA bleiben noch auf der Linie, dass die Einheit Jugoslawiens gewahrt werden muss.⁴⁰¹

Am 7./8. Juli gelingt es der Vermittlung der EG die Deklaration von Brioni zu vermitteln. Dabei gelingt es ein Waffenstillstandsabkommen und die Aussetzung der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens für drei Monate zu erreichen. In der Zwischenzeit soll eine politische Lösung gesucht werden. Dies wird als großer Erfolg der europäischen Diplomatie betrachtet und als „Stunde Europas“ gefeiert.⁴⁰² Diese ersten Erfolge der EG-Vermittlung in Bezug auf Slowenien stärken einerseits das Selbstbewusstsein der Europäer⁴⁰³, andererseits die Ansicht der Bush-Regierung, dass die EG-Staaten dieses Problem alleine lösen können.⁴⁰⁴ Für die USA hingegen sieht die Bush-Regierung kaum Einflussmöglichkeiten im Konflikt. Paulsen zitiert den *Deputy Assistant Secretary of State for European Foreign Affairs* Ralph Johnson:

*„The bottom-line in this crisis, however, is that the world community cannot stop Yugoslavs from killing one another so long as they are determined to do so. What we can do is use our influence and powers of persuasion to convince parties to this conflict that they cannot win, and indeed can only lose, if violence is not stopped.“*⁴⁰⁵

Dies ist auch eines der Hauptargumente der Bush-Administration für ihre diplomatische Zurückhaltung bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts. Sie sieht keine Möglichkeit die Kriegsparteien zum Frieden zu bewegen. Die europäischen Verbündeten hingegen hätten über

⁴⁰⁰ Gow: Triumph (1997) S. 187.

⁴⁰¹ Witte: Rolle (2000) S. 55.

⁴⁰² Marie-Janine Calic: Jugoslawienpolitik am Wendepunkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B37/93, 10. 9. 1993. S. 11-20, hier S. 11.

⁴⁰³ Ljubomir Čučić: Implications of the War in Former Yugoslavia on the US – EU Relations. In: Politička misao. Croatian Political Science Review (5/1998) S. 136-150, hier S. 138.

⁴⁰⁴ Gow: Triumph (1997) S. 204.

⁴⁰⁵ Zit. nach Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 38.

ihre stärkere wirtschaftliche Verflechtung größeres Interesse an einer, als auch größere Möglichkeit für eine Lösung des Konflikts.⁴⁰⁶

Für die USA spielen aber weitere Aspekte bei der Entscheidung den Europäern die Verhandlungen zu überlassen eine Rolle. Zum einen versucht die Bush-Regierung selbst eine neue Definition der Außenpolitik der USA nach dem Kalten Krieg. Vor allem um Kosten zu sparen, sollen die europäischen Verbündeten verstärkt beim Management von Krisen, vor allem in Europa, eingebunden werden. Die USA sind nicht in der Lage und nicht willens, bei jedem Konflikt einzugreifen.⁴⁰⁷ Außerdem will man das Verhältnis zur Sowjetunion nicht komplizieren, indem man sich zu sehr in den Konflikt in Jugoslawien einmischt.⁴⁰⁸ Die Aufmerksamkeit des State Departement war ohnehin seit dem August-Putsch stark auf die Geschehnisse in Moskau konzentriert.⁴⁰⁹

In der Bush-Administration etabliert sich folgende Sicht auf den Konflikt in Jugoslawien. Es handelt sich dabei um einen ethnischen Konflikt, der großes Eskalationspotenzial besitzt. Deshalb ist auch das oberste Ziel der US-Regierung den Konflikt möglichst einzudämmen. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens gelten für die Bush-Administration diese als Anstifter des Krieges in Jugoslawien⁴¹⁰ und tragen deshalb auch selbst die Verantwortung dafür. Erst im Herbst setzt sich die Sicht durch, dass der Hauptaggressor Serbien unter Milošević ist.⁴¹¹ Mit dieser Sicht ist man mit der deutschen Regierung einer Meinung. Doch diese schwenkt im Sommer in Bezug auf die Anerkennung von Slowenien und Kroatien auf eine neue Linie ein.

III.2.1 Der Anerkennungsstreit

Der Erfolg der Deklaration von Brioni sollte auf absehbare Zeit der einzige der europäischen Vermittler bleiben. Bereits im Sommer 1991 verschärften sich die Kämpfe in Kroatien weiter. Die EG-Staaten versuchen mittels Einfrieren der Wirtschaftshilfen und einem Waffenembargo Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, aber ohne Erfolg.⁴¹² Vor diesem Hintergrund beginnt sich in Deutschland die Meinung durchzusetzen, dass die Anerkennung von Slowenien und Kroatien den Konflikt befrieden könnte.⁴¹³ Im Laufe des Sommers und im

⁴⁰⁶ Witte: Rolle (2000) S. 55.

⁴⁰⁷ Gow: Triumph (1997) S. 205/06.

⁴⁰⁸ Koslowski: NATO (1995) S. 115.

⁴⁰⁹ Witte: Rolle (2000) S. 63.

⁴¹⁰ Ebd. S. 54.

⁴¹¹ Marie-Janine Calic: Die „serbische Frage“ in der internationalen Politik. In: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen. Jg. 45 (1994)/2, S. 146-155, hier S. 146.

⁴¹² Calic: Jugoslawienpolitik (1993) S. 11.

⁴¹³ Vgl. Hans Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin, 1995, S. 945.

Herbst 1991 gelingt es Deutschland langsam die anderen EG-Staaten auf seine Linie zu bringen.⁴¹⁴ Letzte Versuche der USA, Großbritanniens, Frankreichs und des UN-Generalsekretärs, Deutschland von seiner Position abzubringen, scheitern.⁴¹⁵ Die EG-Staaten vereinbaren über die Anerkennung der Staaten, die es wünschen und die gewisse Kriterien erfüllen, am 15. Jänner 1992 zu entscheiden.⁴¹⁶ Doch die Bush-Regierung ist nicht bereit der europäischen Linie zu folgen. In der Resolution des UN-Sicherheitsrates 724, vom 15.12.1991, wird Deutschland indirekt ermahnt, nicht die Friedensgespräche zu gefährden.⁴¹⁷ Die abgeschwächte Formulierung kommt nur durch den Einfluss Großbritanniens und Frankreichs zustande. Anfang Dezember schon hatte die US-Regierung, während unter den EG-Staaten die Debatte über die Anerkennung einzelner Teilrepubliken im Gange war, noch Sanktionen gegen Gesamtjugoslawien ausgesprochen. Die EG-Staaten hatten ihre Sanktionen kurz zuvor auf Serbien und Montenegro beschränkt.⁴¹⁸

Es gibt auch in den USA, vor allem im Kongress, Stimmen die eine Anerkennung von Slowenien und Kroatien fordern⁴¹⁹, aber die Bush-Regierung bleibt bei ihrer ablehnenden Haltung. Nachdem die europäischen Verbündeten Kroatien und Slowenien anerkannt haben, ist der Bush-Regierung klar, dass auch sie diese Staaten anerkennen wird. Sie nutzt diese mögliche Anerkennung aber noch um Kroatien zur Zusage der Stationierung der UNPROFOR zu bewegen.⁴²⁰ Am 7. April erfolgt schließlich die Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und auch Bosnien-Herzegowinas durch die USA. Mazedonien wird hingegen nicht anerkannt. Damit folgt Washington der Linie der EG-Staaten, die sich auf Grund des Widerstandes Griechenlands nicht zu einer Anerkennung Mazedoniens durchringen können.⁴²¹ Gleichzeitig mit der Anerkennung der neuen Staaten werden gegenüber diesen auch die Wirtschaftssanktionen ausgesetzt. Diese bleiben nur für Restjugoslawien in Kraft.⁴²² Nach dem so genannten „Anerkennungsstreit“ sieht Glenn Alan Atkins ein stärkeres US-Engagement bei der Lösung der Krise im ehemaligen Jugoslawien.⁴²³ Die Regierung der USA versucht nun sich wieder stärker mit den europäischen Verbündeten abzustimmen und

⁴¹⁴ Vgl. Witte: Rolle (2000) S. 62-67.

⁴¹⁵ Ebd. S. 67 bzw. 69.

⁴¹⁶ Ebd. S. 71.

⁴¹⁷ Resolution des UN-Sicherheitsrates 724 (1991). Vgl.: <http://www.un.org/Docs/scres/1991/scres91.htm>; vom 24.5.2008.

⁴¹⁸ Eisermann: Weg (2000) S. 77.

⁴¹⁹ Atkins: Policy (1996) S. 87.

⁴²⁰ Die Zustimmung Miloševićs zur Stationierung erhält die Bush-Regierung gegen das Versprechen, Restjugoslawien die Rechtsnachfolge Jugoslawiens zu ermöglichen. Witte: Rolle (2000) S. 72-73.

⁴²¹ Binder sieht darin auch eine Rücksichtnahme auf die griechisch-stämmigen Wähler, die bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1992 wichtig sind. Vgl.: David Binder: Thoughts on United States Policy Towards Yugoslavia. In: The South Slav Journal. London 1995. Heft 3-4. S. 1-4, hier S. 2.

⁴²² Atkins: Policy (1996) S. 88.

⁴²³ Ebd. S. 88.

eine gemeinsame Linie zu finden. Zu diesem Zweck werden bereits Anfang März regelmäßige Konsultationen vereinbart.⁴²⁴ Doch das verstärkte Engagement wird durch den beginnenden Wahlkampf um die Präsidentschaft der USA beendet.

III.2.2 Internationalisierung der Krise

Im Herbst 1991 wird die Krise in Jugoslawien das erste Mal im UN-Sicherheitsrat diskutiert. Kanada, Österreich, Ungarn und die jugoslawische Regierung berufen eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats ein. Am 25. September 1991 wird mit der Resolution 713 (1991) das Waffenembargo einstimmig, also auch mit der Stimme Jugoslawiens, beschlossen.⁴²⁵

Die USA stehen dem Engagement der UN in Jugoslawien skeptisch gegenüber. Vor allem die Entsendung von Friedenstruppen ist für die US-Regierung ein Problem. Sie will keine Soldaten nach Jugoslawien entsenden, da dadurch die Gefahr einer Verwicklung erhöht wird. Erst als sich klar wird, dass es auf eine Friedensmission ohne Beteiligung der USA hinausläuft, gibt die Bush-Regierung ihren Widerstand auf.⁴²⁶

Langsam beginnen sich die USA stärker um die Friedensbemühungen in Jugoslawien zu bemühen. Bosnien wird durch Botschafter Warren Zimmermann ein möglicher Kurswechsel der US-Regierung angedeutet, hin zu einer Anerkennung Bosniens als souveräner Staat. Der Konsens, den man in den Verhandlungen von Lissabon (22. und 23. Februar 1992) erreicht geglaubt hatte, bröckelt wieder. Izetbegović zieht nach einer Besprechung mit Zimmermann seine bereits gemachte Zustimmung zum Lissaboner Kompromiss wieder zurück.⁴²⁷ Die USA sind dann auch die treibende Kraft hinter Anerkennung Bosniens. Damit versucht die Bush-Regierung Serbien von einer militärischen Intervention in Bosnien abzuhalten.⁴²⁸

Ab Mai 1992 beginnen die USA Restjugoslawien gezielt zu isolieren. Über die Frage der Rechtsnachfolge Jugoslawiens wird Druck auf die Regierung in Belgrad ausgeübt. Die am 27. April 1992 neu gegründete Bundesrepublik Jugoslawien, bestehend aus Montenegro und Serbien, müsse sich, so die Position der US-Regierung, um eine Vertretung in verschiedenen internationalen Organisationen neu bewerben und könne nicht einfach die Rechtsnachfolge Jugoslawiens antreten. Auch unilateral werden die Beziehungen zur Bundesrepublik Jugoslawien reduziert.⁴²⁹ Im Herbst 1992 kommt es auf Betreiben der USA zum Ausschluss

⁴²⁴ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 59.

⁴²⁵ Resolution des UN-Sicherheitsrates 713 (1991). Vgl.: <http://www.un.org/Docs/scres/1991/scres91.htm>; vom 8.5.2008.

⁴²⁶ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 54-55.

⁴²⁷ Eisermann: Weg (2000) S. 97-98.

⁴²⁸ Ebd. S. 103-05.

⁴²⁹ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 66-68.

der Bundesrepublik Jugoslawien aus der UNO. Am 22. September 1992 wird die Mitgliedschaft Jugoslawiens, auf Vorschlag des UN-Sicherheitsrates, suspendiert.⁴³⁰

III.2.3 Der Wahlkampf Bush - Clinton

In den USA stehen im Herbst 1992 Präsidentschaftswahlen an. George H. W. Bush stellt sich der Wiederwahl gegen seinen demokratischen Herausforderer Bill Clinton. Dieser setzt im Wahlkampf vor allem auf innenpolitische Themen, auch deshalb weil Präsident Bush spätestens nach dem erfolgreichen Unternehmen zur Befreiung Kuwaits als erfolgreicher Außenpolitiker gilt. Doch in Bezug auf die Krise auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ist die Regierung Bush für Clinton angreifbar. Er fordert ein viel härteres Vorgehen gegen die serbischen „Aggressoren“.⁴³¹ Zusätzlich verschärft wird die Debatte über die Rolle der USA am Balkan durch Nachrichten über Lager im Krisengebiet.⁴³² Anfang August gibt es erste Medienberichte über diese Lager auf dem Gebiet Bosniens, in denen Zivilisten gefoltert und getötet werden.⁴³³ Gleich nach Bekanntwerden dieser Berichte am 3. August verlautet von einem Sprecher des State Departement:

*„We do know from our own reports, information similar to the press reports, that the Serbian forces are maintaining what they call detention centers for Croats and Muslims, and ... that there have been abuses and torture and killings taking place in those areas,...“*⁴³⁴

Jüdische Organisationen, einflussreiche Senatoren und auch der Präsidentschaftskandidat Clinton kritisieren daraufhin die US-Regierung für ihr zu geringes Engagement in Bosnien. Der Senat der USA fordert am 5. August ein stärkeres Engagement der USA. In der Resolution 330 (S. RES. 330) beschließt der Auswärtige Ausschuss des Senats, dass Präsident Bush Planungen der Vereinten Nationen für eine Militäroperation in Bosnien veranlassen soll.⁴³⁵ Diese Resolution bringt außerdem auch die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien ins Spiel.⁴³⁶

Aufgrund des massiven Drucks sieht sich das Außenministerium genötigt, seine Angaben zu relativieren. Man habe von der Existenz der Lager zwar gewusst, habe aber keine

⁴³⁰ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 97/98.

⁴³¹ Atkins: Policy (1996) S. 89.

⁴³² Siehe Kapitel II.4.1 Gefangenenerlager

⁴³³ Der Journalist Roy Gutman startet am 2. August in Newsday eine Artikelserie zum diesem Thema. Am 5. August befindet sich der Journalist des Guardian Ed Vulliamy im Lager Omarska und am Tag danach zeigen die britischen International Television News erste Bilder von den Lagern und deren Insassen. Vgl. Danner: America (4.12.1997) S. 55.

⁴³⁴ Center for Security Policy Decision Brief, No. 92-D 86, 5.8.1992. zit. nach: Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 84.

⁴³⁵ Vgl. Resolution des Senats (S.RES.330), von: <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/thomas>, zuletzt am 8.5.2008.

⁴³⁶ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 89.

gesicherten Informationen über die Vorgänge in den Lagern.⁴³⁷ Das Ziel der Bush-Regierung ist es, sich vom Konflikt im ehemaligen Jugoslawien fernzuhalten. Die Regierung Bush weiß bereits seit Ende Juni oder Anfang Juli von der Existenz dieser Lager.⁴³⁸ Eine Debatte über die „Gefangenenlager“ hätte aber öffentlichen Druck erzeugt und die Position der Nichteinmischung erschwert.⁴³⁹

Nun gerät Bush unter eben diesen öffentlichen Druck und muss sich im Konflikt in Jugoslawien stärker positionieren.⁴⁴⁰ Baker versucht den Eindruck des mangelnden Engagements durch die Veröffentlichung eines im State Departement entwickelten Plans für die künftige Bosnien-Politik zu verwischen. Darin sind auch militärische Optionen, wie Luftschläge gegen die bosnischen Serben zur Durchsetzung von Hilfslieferungen vorgesehen.⁴⁴¹ Bush fordert die Öffnung der Lager für das Internationale Rote Kreuz, doch sein Gegenkandidat geht in seinen Forderungen gegen Serbien weiter. Clinton geht in seinen Forderungen nach Luftangriffen gegen serbische Stellungen und nach Aufhebung des Waffenembargos, damit sich die bosnischen Muslime verteidigen können, weiter.⁴⁴² Auf Grund des internationalen Drucks entschließt sich der politische Führer der bosnischen Serben Radovan Karadžić auch einige Lager für Journalisten zu öffnen. Die Bilder verstärken den öffentlichen Druck auf die US-Regierung weiter. Vor allem Medien, Menschenrechtsaktivisten, Mitgliedern des Kongress, Führern von jüdischen und muslimischen Interessengruppen fordern die Vorgänge in Bosnien als Genozid zu verurteilen.⁴⁴³ Paul Williams, Rechtsanwalt im Office of European and Canadian Affairs meint, dass

“...if the United States identifies what is occurring in Bosnia as genocide, then it ups the ante, it creates a moral obligation as well as a legal obligation to take action.”⁴⁴⁴

Deshalb wehrt sich die Bush-Administration auch dagegen, da sie darin den ersten Schritt hin zu einem Engagement am Balkan sieht und das will sie unbedingt vermeiden.⁴⁴⁵ In dieser Situation kommt es auch noch zum Rücktritt des für Jugoslawien zuständigen Abteilungsleiters im State Departement, George D. Kenney, aus Protest gegen die Politik der USA. Kenney kritisiert die Bush-Regierung für ihre Zurückhaltung in der Jugoslawien-Politik. Hierbei betont er besonders die zurückhaltende Politik in Bezug auf die

⁴³⁷ Danner: America (4.12.1997) S. 57-58 und auch Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 85/86.

⁴³⁸ Danner: America (4.12.1997) S. 64.

⁴³⁹ Ebd. S. 58.

⁴⁴⁰ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 84.

⁴⁴¹ Eisermann: Weg (2000) S. 122.

⁴⁴² Danner: Amerika (4.12.1997) S. 58.

⁴⁴³ Ebd. S. 64.

⁴⁴⁴ Aus einem nicht gesendeten Interview der ABC News “While America Watched: The Bosnia Tragedy”. Zit. nach Ebd. S. 64.

⁴⁴⁵ Ebd. S. 65.

Menschenrechtsverletzungen in Bosnien.⁴⁴⁶ Für diese Zurückhaltung sind vor allem das Pentagon und Generalstabschef Colin Powell verantwortlich. Diese haben immer wieder mit dem Hinweis auf das Debakel in Vietnam darauf hingewiesen, dass es klarer politischer Ziele bedarf und diese müssen auch mit militärischen Mitteln erreichbar sein, bevor die Armee in einen Kampfeinsatz entsandt wird.⁴⁴⁷

Das Ziel der Politik der Bush-Regierung ist es das Thema Bosnien aus dem Wahlkampf so gut wie möglich herauszuhalten. Deshalb werden Initiativen wie die Aufstockung der UNPROFOR zwar unterstützt, aber keine US-Truppen dafür zur Verfügung gestellt. Außerdem werden schärfere Wirtschaftssanktionen gegen Serbien gefordert.⁴⁴⁸

Für den Wahlkampf sind diese Debatten nur nebensächlich. Es sind innpolitische Themen, die die Auseinandersetzung dominieren und so sieht den auch Koslowski in der Niederlage Bushs ein Votum für die Innenpolitik und für eine stärkere Bezugnahme auf wirtschaftliche Interessen der USA auch in der Außenpolitik.⁴⁴⁹ Bis zum Ende der Präsidentschaft Bush ist nicht mehr mit einer großen Initiative der USA zu rechnen, zumal diese noch kurz vor der Präsidentenwahl die Intervention in Somalia begonnen hat. Eisermann zieht folgendes Fazit:

„Generell kann man sagen, dass sich der scheidende Präsident und sein Außenminister Eagleburger mit episodenhaften und folgenlosen Willensbekundungen zu Bosnien begnügten, um dafür einige positive Schlagzeilen in den heimischen Medien zu ernten.“⁴⁵⁰

III.2.4 Zusammenfassung:

Nach der gescheiterten Mission Bakers im Juni 1991 ziehen sich die USA weitgehend aus den direkten Bemühungen um eine Friedenslösung zurück. Die europäischen Verbündeten übernehmen diese und wenden sich im Herbst an die UNO um Hilfe. Die USA begnügen sich mit der verbalen Unterstützung europäischer Initiativen. Nach dem „Anerkennungsstreit“ mit Deutschland engagieren sich die USA wieder stärker im Friedensprozess. Dies äußert sich auch im Versuch, Serbien und Montenegro international zu isolieren. Die US-Regierung bezweifelt den Anspruch der neu gegründeten Bundesrepublik Jugoslawien auf die Rechtsnachfolge des zerfallenen Jugoslawien und erreicht die Suspendierung der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Doch der Präsidentschaftswahlkampf und die Niederlage des amtierenden Präsidenten führen zu einem Ende dieses kurzen

⁴⁴⁶ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 95/96

⁴⁴⁷ Eisermann: Weg (2000) S. 122/23.

⁴⁴⁸ Ebd S. 136.

⁴⁴⁹ Koslowski: NATO (1995) S. 111/12.

⁴⁵⁰ Eisermann: Weg (2000) S. 143.

Engagements. Nach der Präsidentschaftswahl ist das vorrangige Ziel der US-Politik das Verhindern einer Ausweitung des Konfliktes auf das Kosovo und Mazedonien.⁴⁵¹ Um den Konflikt auf die bereits betroffenen Gebiete einzudämmen, nimmt die US-Regierung an der Überwachung des Embargos in der Adria und des Flugverbots über Bosnien teil.⁴⁵² Clinton wird im Jänner das Amt übernehmen und damit beginnt eine neue Phase der US-Außenpolitik.

⁴⁵¹ Eisermann: Weg (2000) S. 138.

⁴⁵² Halverson: Perspectives (1996) S. 11.

III.3 Phase 3: Beginn der Präsidentschaft Clinton

Bill Clinton gewinnt die Wahl im November 1992 vor allem Dank seiner Schwerpunktsetzung auf die Innenpolitik. Die Außenpolitik überlässt er nun auch seinen Beratern. Diese debattieren die Optionen, die die USA in Bezug auf die Krise im ehemaligen Jugoslawien haben, kommen aber zu keinem Entschluss. Den starken Worten Clintons im Wahlkampf folgen keine Taten. Selbst Ivo H. Daalder, der 1995 und 1996 Director for European Affairs im National Security Council und damit zuständig für die Koordination der Politik der USA in Bezug auf Bosnien ist, konstatiert:

*„Once in power, however, the Clinton administration failed to back its forceful campaign rhetoric with concrete action.“*⁴⁵³

Die Gründe dafür liegen wohl in der neuen Rolle Clintons als Präsident der USA und der Bedeutung des Konfliktes für die USA. Mark Danner formuliert die Gründe für die Diskrepanz zwischen den Ankündigungen im Wahlkampf und der Politik als Präsident so:

*„If Bosnia had been a useful bloody flag to wave at George Bush, what use was such a conflict to Clinton? If it had represented to candidate Clinton an opportunity, to President Clinton it had become only a risk – and it was that risk that Clinton’s political advisers now emphasized.“*⁴⁵⁴

Neben den Risiken eines stärkeren Engagements stellen sich auch die europäischen Verbündeten, Frankreich und Großbritannien, mit Hinweis auf die Sicherheit der UNPROFOR- Soldaten gegen ein militärisches Vorgehen. Es gibt zwar innerhalb der Clinton-Administration einige Befürworter⁴⁵⁵ eines militärischen Engagements, doch sie müssen sich sowohl den außenpolitischen Gegebenheiten, als auch den Skeptikern⁴⁵⁶ in den USA beugen. Die Politik Clintons unterscheidet sich also kaum von der seines Vorgängers, nur die Sprache wird härter.⁴⁵⁷ So beginnt eine Phase der US-Politik, die Gow mit folgenden Worten beschreibt: „to pronounce on principle, prevaricate in practice and preempt the policies and plans of others.“⁴⁵⁸

⁴⁵³ Daalder: Dayton (2000) S. 7.

⁴⁵⁴ Mark Danner: Clinton, the UN and the Bosnian Disaster. In: New York Times Review on Books, vom 18.12.1997, S. 65-81, hier S. 67.

⁴⁵⁵ Hier sind vor allem der Vizepräsident Al Gore, die UN-Botschafterin Madeleine Albright und der Nationale Sicherheitsberater W. Anthony Lake zu nennen. Vgl. Witte: Rolle (2000) S. 115 und Daalder: Dayton (2000) S. 8.

⁴⁵⁶ Als größte Gegner einer militärischen Verwicklung gelten das Pentagon sowie der Vorsitzende des Generalstabes Colin Powell. Vgl. Koslowski: NATO (1995) S. 125.

⁴⁵⁷ Halverson: Perspectives (1996) S. 12.

⁴⁵⁸ Gow: Triumph (1997) S. 208.

III.3.1 Der Vance-Owen-Plan

Die UNO hat in Zusammenarbeit mit der EG die Jugoslawien-Konferenz ins Leben gerufen. Als Vorsitzende fungieren der ehemalige US-Außenminister Cyrus Vance, als Vertreter der UN, und der Brite Lord David Owen, als Vertreter der EG-Staaten. Sie arbeiten einen Friedensplan für Bosnien-Herzegowina aus, der vorsieht, dass das Land in zehn Kantone mit klaren ethnischen Mehrheiten geteilt werden soll. So sollen die ethnischen Spannungen auf ein Minimum reduzieren und der Konflikt bewältigt werden. Dieser Plan wird im Jänner 1993 vorgestellt. Zu dieser Zeit übernimmt Clinton auch die US-Präsidentschaft.⁴⁵⁹ Seine Administration steht dem Plan sehr skeptisch gegenüber, da er, so die Sichtweise, die bosnischen Serben mit Gebieten belohnt. Außerdem ist die Regierung Clinton von der Durchsetzbarkeit des Planes nicht überzeugt.⁴⁶⁰ Cyrus Vance und David Owen, die beiden Co-Vorsitzenden der Jugoslawien-Konferenz, reisen im Februar 1993 nach Washington, um Außenminister Warren Christopher über den Plan zu informieren. Der Besuch gerät aber zum Fehlschlag. Owen kritisiert danach den mangelnden Wissensstand des Außenministers.⁴⁶¹ Bis Mai 1993 wird der Plan von allen Konfliktparteien unterschrieben. Karadžić unterschreibt den Vertrag zwar, benötigt aber eine Abstimmung im Parlament in Pale. Am 16. Mai 1993 scheitert der Plan jedoch bei einer Abstimmung im Parlament der Republica Srpska.⁴⁶²

Die USA beschließen, sich nun wieder stärker in die Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft einzubinden. Clinton ernennt den bisherigen NATO-Botschafter Reginald Bartholomew zum Jugoslawien-Beauftragten der US-Regierung.⁴⁶³ Eine seiner Aufgaben ist es, einen Friedensplan mitzuentwickeln, der die bosnischen Muslime besser stellt als bisher.⁴⁶⁴ Sowohl Clinton selbst als auch sein Außenminister Christopher betonen immer wieder die Bedeutung des Konflikts für die US-Außenpolitik, aber ihren Worten folgen keine Taten.⁴⁶⁵ Das Bekenntnis zu einer stärkeren Rolle beim Friedensprozess ist Teil eines größeren Programms der Regierung Clinton zum Bosnien-Krieg, dem Sechs-Punkte-Plan. Dieser Plan wird am 10. Februar 1993 der Öffentlichkeit präsentiert und sieht neben dem Bekenntnis zum Verhandlungsprozess, auch eine striktere Durchsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien und Montenegro sowie stärkeren Druck auf Serbien vor. Damit soll der Konflikt eingedämmt werden. Betont wird auch das gemeinsame Vorgehen mit

⁴⁵⁹ Witte: Rolle (2000) S. 114.

⁴⁶⁰ Daalder: Dayton (2000) S. 10-11.

⁴⁶¹ Danner: Clinton (18.12.1997) S. 68.

⁴⁶² Macdonald: Lessons (1996) S. 17.

⁴⁶³ Eisermann: Weg (2000) S. 160-61.

⁴⁶⁴ Daalder: Dayton (2000) S. 11.

⁴⁶⁵ Danner: Clinton (18.12.1997) S. 68 bzw. 72.

den Verbündeten. Vor allem die Bedeutung Russlands wird dabei hervorgehoben. Als Grund für den „Sechs-Punkte-Plan“ gibt Christopher das Verhalten der Europäer und die Verantwortung der USA für die Stabilität Europas an.⁴⁶⁶ Die USA bekennen sich als Ordnungsmacht in Europa.

III.3.2 Lift and Strike

In den folgenden Wochen wächst der Druck auf die Clinton-Administration wieder, da die bosnischen Serben mit einem Angriff auf die ostbosnischen Enklaven begonnen haben.⁴⁶⁷ Um die Einnahme vor allem Srebrenicas zu verhindern, werden sechs Gebiete kurzerhand vom UN-Sicherheitsrat zu „safe areas“ ernannt.⁴⁶⁸ Selbst David Owen fordert Luftschläge gegen die bosnischen Serben, falls sie dem Vance-Owen-Plan nicht zustimmen.⁴⁶⁹ Auch ein Senatsbericht des Demokraten Joseph Biden fordert im April 1993 die Aufhebung des Waffenembargos und Luftangriffe gegen die bosnischen Serben.⁴⁷⁰

Der Kongress spricht sich aber im Frühjahr 1993 gegen unilaterale Aktionen und gegen die Entsendung von Bodentruppen aus.⁴⁷¹ Der Sprecher des Repräsentantenhauses Thomas Foley stellt am 9. Mai 1993 einige Kriterien für die Zustimmung der Kammer für einen Militäreinsatz auf. Es dürfen keine Bodentruppen eingesetzt werden und es muss eine klare Abstimmung mit Russland und den europäischen Verbündeten geben. Außerdem verlangt er eine UN-Autorisation und die Einbindung des Kongresses bei einem eventuellen Einsatz.⁴⁷²

Die außenpolitischen Berater Clintons können sich aber nicht auf eine Strategie einigen. Colin Powell meint zu den Debatten um eine Lösung der Bosnienkrise: „It wasn’t policy making. It was group therapy...“⁴⁷³ Währenddessen wird im State Department der Plan des „Lift and Strike“ ausgearbeitet.⁴⁷⁴ Er sieht vor das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben („Lift“) und gleichzeitig die Artilleriestellungen der bosnischen Serben aus der Luft anzugreifen („Strike“) um so den bosnischen Regierungstruppen die Möglichkeit zu geben sich zu bewaffnen und auszubilden.⁴⁷⁵ Außenminister Christopher fliegt nach Europa um die Meinung der Verbündeten zu diesem Plan abzufragen. Diese sprechen sich gegen „Lift and

⁴⁶⁶ Koslowski: NATO (1995) S. 120-21.

⁴⁶⁷ Halverson: Perspectives (1996) S. 17.

⁴⁶⁸ Siehe Kapitel II.3.2 Das Ende des Krieges in Bosnien

⁴⁶⁹ Eisermann: Weg (2000) S. 166-67.

⁴⁷⁰ Joseph Fitchett: „Senate Report Urges Air Strikes on Serbs,” In: International Herald Tribune, vom 27. April 1993, von <http://www.ihf.com/articles/1993/04/27/hawk.php>, zuletzt am 24.5.2008.

⁴⁷¹ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 125.

⁴⁷² Ebd. S. 128/129.

⁴⁷³ Zit. nach Danner: Clinton (18.12.1997) S. 77.

⁴⁷⁴ Ebd. S. 77.

⁴⁷⁵ Witte: Rolle (2000) S. 121-22.

Strike“ aus, da sie eine Bedrohung für ihre UNPROFOR- Soldaten befürchten.⁴⁷⁶ Mittlerweile zweifelt auch Clinton an dem Plan. Das Militär ist auch dagegen, da für die Waffenlieferungen an die bosnische Regierung ein Korridor von der Adria bis Sarajevo gesichert werden müsste, nur so könnte die ABiH mit Waffen versorgt werden. Dafür wären laut Pentagon bis zu 100.000 Soldaten nötig.⁴⁷⁷ Auch im Kongress ist mit einer Mehrheit für den Plan nicht zu rechnen.⁴⁷⁸ Danner sieht darin auch eine Strategie der Clinton-Administration. Der Plan ist nicht dazu gedacht, eine Änderung in der Situation in Bosnien zu erzeugen, sondern soll der US-Öffentlichkeit bloß suggerieren, dass die Regierung handeln würde, wenn die europäischen Verbündeten es zuließen. Das ist die perfekte Strategie für Clinton, da damit kein Risiko eines Scheiterns verbunden ist.⁴⁷⁹ Am 10. Mai lehnen die Verbündeten den Plan offiziell ab.⁴⁸⁰ Mitte Mai lehnen die bosnischen Serben den Vance-Owen-Plan in einem Referendum endgültig ab.⁴⁸¹ Dies bedeutet auch das Ende des Vance-Owen-Plans.⁴⁸² Daraufhin ziehen sich die USA diplomatisch wieder zurück.⁴⁸³ Es herrscht ein Auffassungsunterschied zwischen den USA und den EG-Staaten darüber, wie der Konflikt in Bosnien beigelegt werden soll. Wie groß diese Meinungsunterschiede sind, lässt sich auch an einer Initiative im UN-Sicherheitsrat ermesen, mit der die USA gemeinsam mit einer Reihe von islamischen Staaten die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien erreichen wollen. Diese Initiative scheitert aber am Widerstand Großbritanniens, Frankreichs, Russlands und von sechs weiteren Staaten im UN-Sicherheitsrat.⁴⁸⁴ Clinton zieht sich auf die Position zurück, dass Bosnien ein europäisches Problem ist, bei dessen Lösung auch die Europäer die Hauptrolle spielen sollten. Den Krieg in Bosnien bezeichnet er nun auch als „civil war“ und nicht mehr als einen Angriffskrieg Serbiens. Das Ziel der US-Politik ist nun wieder die Eindämmung des Konfliktes.⁴⁸⁵ Dies entspricht weitgehend wieder den Positionen der Bush-Administration.

Da die Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes auf Mazedonien und vielleicht auch auf Griechenland und die Türkei besteht, beschließt US-Regierung die Entsendung eines kleinen Truppenkontingents nach Mazedonien. Damit versuchen die USA auch die immer stärker werdende Kritik Großbritanniens und Frankreichs daran, dass die USA keine Bodentruppen

⁴⁷⁶ Witte: Rolle (2000) S. 122.

⁴⁷⁷ Danner: Clinton (18.12.1997) S. 78.

⁴⁷⁸ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 126.

⁴⁷⁹ Danner: Clinton (18.12.1997) S. 78.

⁴⁸⁰ Paulsen: Jugoslawienpolitik (1995) S. 129.

⁴⁸¹ Daalder: Dayton (2000) S. 16.

⁴⁸² Eisermann: Weg (2000) S. 169.

⁴⁸³ Ramet: Babel (⁴2002) S. 211.

⁴⁸⁴ Ein zweiter Versuch im Dezember wird von Frankreich und Großbritannien durch ein Veto verhindert.

Ramet: Babel (⁴2002) S. 212.

⁴⁸⁵ Koslowski: NATO (1995) S. 129/30.

nach Bosnien entsenden, zu entschärfen.⁴⁸⁶ Außerdem werden die diplomatischen Kontakte zu den Ländern des südlichen Balkan intensiviert.⁴⁸⁷ Vor allem Albanien zeigt sich äußerst kooperativ. So wird die Ausbildung albanischer Offiziere durch die USA vereinbart. Ab Anfang 1994 beginnt der CIA mit unbemannten Überwachungsflügen über Bosnien und Serbien von einem Stützpunkt in Albanien aus.⁴⁸⁸

III.3.3 Joint Action Programme

Im Laufe der folgenden Wochen werden die Aussagen der US-Administration zu den europäischen Initiativen immer skeptischer.⁴⁸⁹ Bereits im Mai 1993 lädt Außenminister Christopher seine Kollegen aus Russland, Frankreich, Großbritannien und Spanien ein und arbeitet mit ihnen ein 13-Punkte umfassendes Programm aus. Darin wird auch der Wille zur Schaffung eines Kriegsverbechertribunals für die Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien wieder betont.⁴⁹⁰ Bereits Eagleburger hatte im Jahr 1992 von einem derartigen Gerichtshof gesprochen.⁴⁹¹ Vor allem die Betonung des Schutzes der im April und Mai durch den UN-Sicherheitsrat eingerichteten „safe areas“, notfalls auch mit militärischen Mitteln, das heißt Luftangriffen, stellt den bedeutendsten Punkt in diesem Programm dar.⁴⁹²

Auch wenn dieses „Gemeinsame Aktionsprogramm“ keine großen Neuigkeiten enthält, markiert es doch den Beginn einer neuen Friedensvermittlung. Die EG und die UN verlieren langsam ihre herausragenden Rollen in der Friedensvermittlung. Diese wird nun von den Großmächten, allen voran den USA und Russland übernommen.⁴⁹³ Mit der Etablierung der Kontaktgruppe 1994 wird die EG genauso wie die UNO bei den Verhandlungen völlig an den Rand gedrängt.⁴⁹⁴

Im Juli reisen Lake und Bartholomew nach Paris und London und suchen um Unterstützung für Luftangriffe auf Stellungen der bosnischen Serben an, falls diese die Belagerung Sarajevos nicht beenden. Lake geht sogar soweit die NATO in Frage zu stellen, falls die europäischen Verbündeten dem Plan ihre Unterstützung verweigern.⁴⁹⁵ Anfang August einigen sich die NATO-Mitglieder, auf Druck der USA auf härtere Maßnahmen, falls

⁴⁸⁶ Eisermann: Weg (2000) S. 183/84.

⁴⁸⁷ Halverson: Perspectives (1996) S. 19.

⁴⁸⁸ Ramet: Babel (2002) S. 214.

⁴⁸⁹ Koslowski (1995) S. 133.

⁴⁹⁰ Eisermann: Weg (2000) S. 175.

⁴⁹¹ Eisermann: Weg (2000) S. 181.

⁴⁹² Halverson: Perspectives (1996) S. 19.

⁴⁹³ Eisermann: Weg (2000) S. 176.

⁴⁹⁴ Eisermann: Weg (2000) S. 242.

⁴⁹⁵ Daalder: Dayton (2000) S. 21.

humanitäre Hilfslieferungen behindert werden. Dabei soll in enger Kooperation mit dem UN-Sicherheitsrat und der UNPROFOR vorgegangen werden. Diese Maßnahmen sollen auch Luftangriffe beinhalten. Diese Luftangriffe müssen aber sowohl durch die UN, als auch durch die NATO autorisiert werden. Das ist das so genannte „Zwei-Schlüssel-Prinzip“.⁴⁹⁶ Dadurch wird aber die Möglichkeit tatsächlicher Luftangriffe reduziert, da sich sowohl die UNPROFOR- Entsendestaaten Großbritannien und Frankreich als auch die UNPROFOR-Führung vor Ort gegen Luftschläge zur Durchsetzung politischer Ziele aussprechen.⁴⁹⁷

Die NATO wird ein Kernelement der US- Bosnienpolitik.⁴⁹⁸ Am 9. August erheben die NATO-Staaten die Forderung an die bosnischen Serben, die Belagerung Sarajevos aufzuheben. Diese Forderung wurde mit der Drohung, „geeigneter Maßnahmen“ in Absprache mit der UNO zu ergreifen, falls ihr nicht entsprochen wird, Nachdruck verliehen. Bereits fünf Tage später erklärten die bosnischen Serben die Erfüllung der Forderung.⁴⁹⁹

Die Weigerung der UN und der europäischen Verbündeten Luftangriffe gegen die bosnischen Serben zu autorisieren bzw. durchzuführen, führt zu Spannungen mit den USA. Bereits im Mai 1993 nach seiner erfolglosen Mission, bei der er die europäischen Verbündeten von „Lift and Strike“ überzeugen wollte, meint Christopher, dass Bosnien „a humanitarian crisis, a long way from home, in a middle of another continent“⁵⁰⁰ ist. Für die Clinton-Administration verliert das Thema Bosnien an Bedeutung. Andere Themen treten in den Vordergrund.

Das Desaster der US-Soldaten in Somalia im September 1993⁵⁰¹ trägt weiter dazu bei, dass das Vertrauen der Clinton-Administration und der US-Öffentlichkeit in die UN sinkt.⁵⁰² Das Interesse an außenpolitischen Problemen und damit auch an Bosnien nimmt ab.⁵⁰³ Doch auch auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien scheint ein Friedensschluss weit entfernt. Seit April 1993 sind Kämpfe zwischen kroatischen Einheiten und Truppen der ABiH ausgebrochen und in der Enklave Bihać kommt es ab Herbst 1993 zu Kämpfen zwischen

⁴⁹⁶ Daalder: Dayton (2000) S. 22.

⁴⁹⁷ Eisermann: Weg (2000) S. 193.

⁴⁹⁸ Koslowski: NATO (1995) S. 137.

⁴⁹⁹ Witte: Rolle (2000) S. 129-30.

⁵⁰⁰ Cohen: Bonds (1995) S. 283-84.

⁵⁰¹ Präsident Bush hat im Herbst 1992 eine Beteiligung der USA an einer UN-Mission in Somalia zugesagt. Im September 1993 werden 18 US- Soldaten erschossen und durch die Strassen der Hauptstadt geschleift. Daraufhin beschließt Clinton den Rückzug der US-Truppen aus dem afrikanischen Land. Vgl. Hans Krech: Der Bürgerkrieg in Somalia (1988-1996). Berlin 1996, S. 90-91.

⁵⁰² Brian Urquhart: Looking for the Sheriff. In: New York Times Review on Books, vom 16.7.1998, S. 48-53, hier S. 50.

⁵⁰³ Eisermann: Weg (2000) S. 209.

Fikred Abdić und regierungstreuen muslimischen Verbänden.⁵⁰⁴ Die EG/EU⁵⁰⁵-Staaten spielen wieder eine stärkere Rolle in den Friedensbemühungen.⁵⁰⁶

III.3.4 Zusammenfassung

Nach dem Wahlsieg Clintons sind die Hoffnungen in Bosnien auf ein stärkeres Engagement der USA in der Beilegung der Krise groß. Die Ankündigungen Clintons im Wahlkampf haben diese Hoffnung genährt. Nach der Amtsübernahme versuchen die außenpolitischen Berater auch eine neue Rolle der USA in der Konfliktbewältigung zu finden, scheitern aber an den realen Gegebenheiten. Sowohl die europäischen Verbündeten als auch die UN wehren sich gegen ein militärisches Vorgehen. Im Sommer 1993 versuchen die USA nochmals die Verbündeten von Luftangriffen gegen die bosnischen Serben zu überzeugen. Auch wenn ein kurzfristiger Erfolg mit dem Rückzug der schweren Waffen von den Stellungen um Sarajevo erreicht scheint, so wird die Entscheidung über Luftangriffe verkompliziert. Durch das „Zwei-Schlüssel-Modell“ erhält die UN, die Luftangriffen skeptisch gegenüber steht, die Möglichkeit, diese zu verhindern. Dadurch werden diese auch unwahrscheinlich. Nach dem Scheitern der verschiedenen Initiativen ziehen sich die USA wieder etwas aus dem Verhandlungsprozess zurück und beschränken sich darauf, die Position der bosnischen Regierung verbal zu unterstützen, ohne Handlungen zu setzen. Dadurch könnte der Krieg verlängert worden sein, da die bosnischen Muslime eine stärkere Position in den Verhandlungen einnehmen.⁵⁰⁷

Die USA und ihre Verbündeten können sich auf keine gemeinsame Linie zur Lösung der Krise im ehemaligen Jugoslawien einigen. Die Clinton-Regierung fordert immer wieder die Aufhebung des Waffenembargos und Luftangriffe gegen die Armee der bosnischen Serben. Die europäischen Verbündeten, allen voran Frankreich und Großbritannien, behindern diese Versuche mit dem Hinweis auf die Sicherheit der UNPROFOR- Soldaten und mit der Drohung, diese abzuziehen. Im Gegenzug fordern sie von den USA sich an der UNPROFOR zu beteiligen und sich stärker zu engagieren. Die Entsendung des US-Kontingents soll diese Kritik abschwächen. Im Herbst 1993 führen die Ereignisse in Somalia dazu, die Wahrscheinlichkeit einer Beteiligung der USA an einer UN-Mission in Bosnien weiter zu reduzieren.

⁵⁰⁴ Siehe Kapitel II.3.1 Kriegsziele

⁵⁰⁵ Der am 7.2.1992 in Maastricht unterzeichnete „Vertrag über die Europäische Union“ tritt am 1.11.1993 in Kraft. Die EG-Staaten beschließen darin neben der wirtschaftlichen Integration auch eine politische voranzutreiben. Darin ist auch die Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorgesehen.

⁵⁰⁶ Eisermann: Weg (2000) S. 211-12.

⁵⁰⁷ Danner: Clinton (18.12.1997) S. 75.

Auch die anderen von den USA unterstützten oder initiierten Vorschläge dienen eher dazu die Kritiker im eigenen Land zu beruhigen als eine Lösung für den Konflikt zu finden. Dazu sind die Hilfsflüge der USA und die Abwürfe von humanitären Gütern über Ostbosnien zu rechnen, als auch die Idee des „Lift and Strike“.

Die Clinton-Administration macht eine „moralische“ Außenpolitik. Vor allem der Anthony Lake gilt als „moralistic security advisor“.⁵⁰⁸ Auch wenn die Regierung in Washington nicht bereit ist, eine eigene Politik in Bezug auf eine Lösung des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien durchzuführen, so sieht sie doch die Verteidigung der Interessen der bosnischen Muslime als ihre Aufgabe.⁵⁰⁹

⁵⁰⁸ Binder: Thoughts (1995) S. 2.

⁵⁰⁹ Ebd. S. 2.

III.4 Phase 4: Die Rückkehr der Großmächte

Am 5. Februar 1994 explodiert eine Granate auf einem Marktplatz in Sarajevo. 68 Menschen sterben und über 200 werden verletzt.⁵¹⁰ Sowohl die UN als auch die EU-Außenminister fordern die Bombardierung der bosnischen Serben, um die Belagerung Sarajevos zu beenden.⁵¹¹ Bereits am NATO-Gipfel im Jänner 1994 fordert Clinton, dass nur dann eine Drohung mit Luftangriffen ausgesprochen werden dürfe, wenn die Staaten auch bereit wären, diese Drohung in die Tat umzusetzen.⁵¹² Die USA wollen nach dem Anschlag auf den Marktplatz eine sofortige Vergeltung durch Luftangriffe auf Stellungen der bosnischen Serben, doch der französische Vorschlag, die Belagerung Sarajevos allein durch die Drohung mit Luftangriffen zu beenden, setzt sich durch. Am 9. Februar sprechen die NATO-Staaten ein Ultimatum aus. Falls nicht innerhalb von zehn Tagen alle schweren Waffen aus einem Gebiet mit 20 km Radius um das Zentrum von Sarajevo abgezogen oder unter UN-Kontrolle gestellt werden, soll es zu Luftangriffen kommen.⁵¹³ In Folge dessen setzen verstärkte diplomatische Bemühungen ein. Sowohl der UN-Generalsekretär, die britische Regierung als auch Russland wollen NATO-Luftangriffe verhindern.⁵¹⁴ Moskau entsendet den Sonderbeauftragten Tschurkin nach Zagreb, Belgrad und Pale und am 17. Februar gibt das russische Außenministerium bekannt, dass die bosnischen Serben zum Rückzug bereit sind. Gleichzeitig wird die Entsendung von russischen Blauhelm-Einheiten nach Sarajevo zur Überwachung der Aufhebung der Blockade der Stadt bekannt gegeben. Damit hat Moskau gezeigt, dass es Einfluss auf die Kriegsparteien nehmen kann und sich so als wichtige Macht bei der Suche einer Friedenslösung für Bosnien ins Spiel gebracht.⁵¹⁵

III.4.1 Das Washingtoner Abkommen

Bereits um die Jahreswende 1993/94 zeigt sich ein verstärktes Engagement der USA am Balkan. Nach dem Scheitern diverser Initiativen am Widerstand der Verbündeten sucht man in Washington nach einer neuen Strategie, wie mit dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien umzugehen sei. Für die Clinton-Regierung kommt die Entsendung von Bodentruppen in ein Kriegsgebiet nicht in Frage. Der Versuch, die bosnischen Muslime durch die Aufhebung des

⁵¹⁰ Schönfeld: Balkankrieg (1994) S. 275.

⁵¹¹ Ebd. S. 276.

⁵¹² Eisermann: Weg (2000), S. 219.

⁵¹³ Ebd. S. 221.

⁵¹⁴ Ebd. S. 222/23.

⁵¹⁵ Ebd. S. 225.

Waffenembargos zu stärken, konnte auf Grund des Widerstandes der europäischen Verbündeten nicht umgesetzt werden. Deshalb sucht man eine neue Strategie.⁵¹⁶

Für die Verantwortlichen in Washington stellt der so genannte „Krieg im Krieg“, also der muslimisch-kroatische Krieg, ein Haupthindernis für eine künftige Friedenslösung dar.⁵¹⁷ Bereits seit Mitte 1993 gibt es die Idee einer bosnisch-kroatischen Föderation.⁵¹⁸ Gemeinsam mit Deutschland starten die USA deshalb eine Vermittlungsmission, um die beiden Konfliktparteien zu versöhnen. Die Erfolge der bosnischen Armee im Herbst 1993 und der diplomatische Druck aus den USA und Deutschland bewegen den kroatischen Staatspräsidenten Franjo Tudman vom Plan der Dreiteilung Bosniens abzusehen und Verhandlungen über eine künftige Zusammenarbeit mit der bosnischen Regierung zu beginnen.⁵¹⁹ Ein erstes Zeichen für den Stimmungswandel in Zagreb stellt die Absetzung des bosnischen Kroatenführers Mate Boban am 20. Dezember dar.⁵²⁰ Erste Verhandlungen im Jänner in Bonn scheitern an den unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Parteien. Die bosnische Regierung will eine engere Verbindung mit den kroatisch beherrschten Gebieten in Bosnien, während die kroatische Regierung eine Konföderation mit Bosnien anstrebt.⁵²¹ Der Druck der USA auf Kroatien und Bosnien hält weiter an und am 2. März 1994 wird in Washington ein Abkommen unterzeichnet.⁵²²

Neben der Zusammenarbeit der Kroaten und Muslime in Bosnien wird auch eine Konföderation der beiden Staaten vereinbart. Damit werden die Forderungen der bosnischen als auch die der kroatischen Regierung in ein Abkommen übernommen.⁵²³ Vor allem von Seiten Frankreichs wird das Abkommen aber skeptisch betrachtet, da es die bosnischen Serben ausschließt.⁵²⁴ Doch genau dies ist ein Ziel der US-Strategie.⁵²⁵ Bei dem Abkommen handelt es sich um ein Rahmenabkommen die Föderation in Bosnien betreffend und einen Entwurf für die künftige Ausgestaltung der Konföderation zwischen Bosnien und Kroatien.⁵²⁶ Die weiteren Details sollten in den darauf folgenden Monaten geklärt werden. Vor allem die Konföderationspläne werden aber nie umgesetzt.⁵²⁷ Dennoch können beide Seiten aus dem

⁵¹⁶ Halverson: Perspectives (1996) S. 21.

⁵¹⁷ Daalder: Dayton (2000) S. 27.

⁵¹⁸ Cees Wiebes. Intelligence and the War in Bosnia, 1992-1995. Münster u. a. 2003, S. 165.

⁵¹⁹ Ramet: Babel (⁴2002) S. 216.

⁵²⁰ Erich Rathfelder: Der Krieg an seinen Schauplätzen. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden 2007. S. 344-361, hier S. 358.

⁵²¹ Eisermann: Weg (2000) S. 228-29.

⁵²² Ramet: Babel (⁴2002) S. 216-17

⁵²³ Eisermann: Weg (2000) S. 229.

⁵²⁴ Ebd. S. 230.

⁵²⁵ Halverson: Perspectives (1996) S. 21.

⁵²⁶ Eisermann: Weg (2000) S. 230.

⁵²⁷ Ebd. S. 233.

Abkommen Vorteile ziehen. Kroatien etabliert sich als wichtiger Verbündeter der USA am Balkan und kann auf Unterstützung aus Washington in der Frage der serbisch- kontrollierten Gebiete Kroatiens hoffen.⁵²⁸ Für die bosnische Regierung öffnen sich durch den Friedensschluss mit Kroatien die Versorgungswege zur Adria wieder, die vor allem für die militärische Versorgung wichtig sind.⁵²⁹ Trotz des UN-Waffenembargos vom 25.9.1991⁵³⁰ und der mehrmaligen Verschärfungen⁵³¹ gelangen Waffen in das Kriegsgebiet. Vor allem islamische Staaten unterstützen die bosnische Regierung. Seit 1992 weiß die US-Regierung von Waffenlieferungen des Iran an die ABiH.⁵³² Auch Firmen im Ausland, die Waffen für die Kriegsparteien besorgen, sind bekannt. In Wien existiert zum Beispiel eine Tarnfirma, die im Zeitraum von 1992 bis 1995 Waffen im Wert von 175 Millionen Dollar für die bosnische Armee besorgt.⁵³³ Nach Abschluss des Washingtoner Abkommens kommen die Waffenlieferungen wieder richtig in Gang. Ende April/Anfang Mai 1994 wird zwischen den Regierungen Kroatiens und Bosniens und der des Iran ein Vertrag über Waffenlieferungen abgeschlossen.⁵³⁴ Die USA halten sich aus direkten Waffenlieferungen heraus, da sie weitere Konflikte mit den Verbündeten befürchten.⁵³⁵ Die US-Firma *Military Professional Resources Inc.* (MPRI) unterstützt die kroatische und bosnische Armee hingegen bereits seit dem Sommer bzw. Herbst 1994 bei der Ausbildung ihrer Soldaten.⁵³⁶

Trotz der Durchlässigkeit des Embargos gibt es immer wieder Versuche das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben. Bereits im Juni 1993 kommt es zu einer gemeinsamen Initiative verschiedener islamischer Staaten und der USA. Die Aufhebung scheitert aber im UN-Sicherheitsrat an der Stimmenthaltung von neun der 15 Staaten. Unter den sich enthaltenden Staaten befinden sich u. a. Großbritannien und Spanien. Eine zweite Initiative der USA im November 1994 scheitert ebenso.⁵³⁷

Nach Lawrence S. Kaplan kann sich die Clinton-Administration in Bezug auf die Politik gegenüber der Krise im ehemaligen Jugoslawien nur zweimal gegen die Verbündeten

⁵²⁸ Eisermann: Weg (2000) S. 234.

⁵²⁹ Ramet: Babel (2002) S. 217.

⁵³⁰ Resolution des UN Sicherheitsrates 713 (1991). Vgl.: <http://www.un.org/Docs/scres/1993/scres93.htm>; vom 20.7.2008

⁵³¹ Durch die Resolutionen 787 (1992) und 816 (1993) des UN Sicherheitsrates wird versucht auch mit militärischen Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Vgl.: <http://www.un.org/Docs/scres/1993/scres93.htm>; vom 20.7.2008.bzw. Wiebes: Intelligence (2003) S. 158-59.

⁵³² Wiebes: Intelligence (2003) S. 159/60.

⁵³³ Eisermann: Weg (2000) S. 260.

⁵³⁴ Wiebes: Intelligence (2003) S. 168.

⁵³⁵ Ebd. S. 170/71.

⁵³⁶ Ebd. S. 171.

⁵³⁷ Jäger: Bosniaken (2001) S. 520/21

durchsetzen, einmal beim Washingtoner Abkommen und das zweite Mal bei der Gründung der so genannten Bosnien-Kontaktgruppe.⁵³⁸

III.4.2 Die Bosnien-Kontaktgruppe

Der diplomatische Erfolg Moskaus bei der Beilegung der Krise rund um das NATO-Ultimatum zeigt einmal mehr wie wichtig Russland bei der Beilegung des Konfliktes in Jugoslawien ist. Dieser größeren Bedeutung Moskaus tragen die USA bei der Etablierung der Bosnien-Kontaktgruppe im April 1994 Rechnung.⁵³⁹ Sie besteht neben den USA, Russland und Deutschland, auch aus Großbritannien und Frankreich, die der US-Politik bisher immer sehr skeptisch gegenüber standen.⁵⁴⁰ Damit übernehmen einzelne Großmächte die Verhandlungen; sowohl die EU als auch die UNO werden an den Rand gedrängt.⁵⁴¹ Bereits im März trifft sich der US-Außenminister Christopher mit seinem russischen Amtskollegen Kossyrew in Wladiwostok, um über ein gemeinsames Vorgehen am Balkan zu beraten. Die Arbeitsteilung zwischen den beiden Staaten sieht vor, dass die USA auf die kroatische und die bosnische Regierung, Russland auf die serbische Druck ausüben. So soll ein Friedensabkommen erreicht werden.⁵⁴²

Im Juli 1994 präsentieren die Mitglieder der Kontaktgruppe einen neuen Friedensplan. Inhaltlich basiert der Plan auf dem Owen-Stoltenberg-Plan.⁵⁴³ Der Kontaktgruppen-Plan sieht statt einer Dreiteilung Bosniens, wie im Owen-Stoltenberg-Plan, eine Zweiteilung im Verhältnis 51:49 zwischen der bosnisch-kroatischen Föderation und der Republika Srpska vor.⁵⁴⁴ Auf Wunsch Russlands findet sich auch erstmals der so genannte „Brčko-Korridor“, eine von den bosnischen Serben geforderte Landverbindung zwischen den serbischen Gebieten in Ost- und Nordbosnien, in diesem Plan. Ganz Ostbosnien mit Ausnahme der Enklaven Srebrenica, Žepa und Goražde sollten dem serbischen Teil angehören.⁵⁴⁵ Dieser Plan sollte nicht mit den Konfliktparteien verhandelt werden, sondern durch Druck der Großmächte von allen angenommen werden.⁵⁴⁶ Die bosnischen Serben lehnen den Plan aber in einem Referendum ab.⁵⁴⁷ Entgegen der ursprünglichen Idee, den Vorschlag nicht zu verhandeln, fordern die bosnischen Serben weitere Zugeständnisse. So sollen zum Beispiel

⁵³⁸ Lawrence S. Kaplan: NATO Divided, NATO United. Westport und London 2004, S. 119.

⁵³⁹ Schönfeld: Weg (1996) S. 106.

⁵⁴⁰ Čučić: Implications (1998) S. 142.

⁵⁴¹ Eisermann: Weg (2000) S. 242.

⁵⁴² Schönfeld: Balkankrieg (1994) S. 277.

⁵⁴³ Daalder: Dayton (2000) S. 28.

⁵⁴⁴ Eisermann: Weg (2000) S. 245-47.

⁵⁴⁵ Jäger: Bosniaken (2001) S. 533.

⁵⁴⁶ Daalder: Dayton (2000) S. 30.

⁵⁴⁷ Jäger: Bosniaken (2001) S. 533.

die drei ostbosnischen muslimischen Enklaven an das serbische Gebiet fallen und die Hauptstadt Sarajevo zwischen dem kroatisch-muslimischem und dem serbischen Gebiet aufgeteilt werden. Diese Forderungen gehen der bosnischen Regierung aber zu weit.⁵⁴⁸ Auf einem Treffen der G 7 im Juli 1994 wird ein härteres Vorgehen gegenüber Belgrad beschlossen. Der internationale Druck auf Milošević wird erhöht.⁵⁴⁹ Außerdem wird ihm von den USA eine Aufhebung bzw. Lockerung der UN-Sanktionen gegen Restjugoslawien in Aussicht gestellt, falls er die bosnischen Serben zu einer Annahme des Planes bewegen kann.⁵⁵⁰ Seine Vermittlungsbemühungen scheitern aber ebenso. Milošević zieht aus seinem Scheitern Konsequenzen und beendet im August 1994 die wirtschaftliche Hilfe für die bosnischen Serben, aber militärisch werden sie weiterhin aus Belgrad unterstützt.⁵⁵¹ Bereits seit Anfang 1994 ist ein Bruch zwischen Milošević und Milan Babić, dem führenden Politiker der Krajina-Serben festzustellen. Serbische Medien kritisieren Babić auffällig stark.⁵⁵² Im August folgt nun der Bruch mit Karadžić. Dafür werden die UN-Sanktionen gegen Jugoslawien gelockert.⁵⁵³ Aleksandar Pavković sieht im Bruch Milošević' mit den Führern der bosnischen und der kroatischen Serben auch das Ende der von Belgrad lange Zeit favorisierten Vereinigungspläne aller serbischen Gebiete.⁵⁵⁴

Auch in dem immer noch schwelenden Konflikt in Kroatien werden Fortschritte erzielt. Die so genannte Z4 (Zagreb 4)-Gruppe koordiniert die Verhandlungen zwischen den kroatischen Serben und der kroatischen Regierung. Sie besteht aus dem russischen und dem US-Botschafter, sowie einem Sonderbotschafter der EU und der UN. Es gelingt eine entmilitarisierte Zone entlang der Waffenstillstandslinie zu schaffen.⁵⁵⁵

Die neue Strategie der USA basiert auf drei Pfeilern. Erstmals seit Beginn des Zerfalls war es nach dem Granatangriff auf den Marktplatz in Sarajevo gelungen, eine militärische Drohkulisse aufzubauen, die mit dem Rückzug der bosnischen Serben um Sarajevo auch Erfolg hatte. Der zweite Pfeiler besteht in der Kooperation der Großmächte, vor allem der USA und Russlands, mit dem Ziel eine Friedenslösung für Jugoslawien zu erreichen. Gemeinsam wird auf diplomatischer Ebene Druck auf die führenden Politiker ausgeübt. Der dritte Pfeiler der US-Strategie besteht in der neu geschaffenen Allianz zwischen der bosnischen und der kroatischen Regierung und der militärischen Aufrüstung dieser Allianz.

⁵⁴⁸ Misha Glenny: Yugoslavia: The great Fall. In: New York Review on Books, 23.3.1995. S. 56-65, hier S. 64.

⁵⁴⁹ Cohen: Serpent (2001) S. 146.

⁵⁵⁰ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 174.

⁵⁵¹ Daalder: Dayton (2000) S. 31.

⁵⁵² Schönfeld: Weg (1996) S. 101.

⁵⁵³ Schönfeld: Balkankrieg (1994) S. 277.

⁵⁵⁴ Pavković: Fragmentation (²2000) S. 174/75

⁵⁵⁵ Eisermann: Weg (2000) S. 235.

Doch bereits im April beginnt der erste Pfeiler dieser neuen Strategie zu wanken. Die bosnischen Serben beginnen einen Angriff auf die Enklave Goražde. Dieses Gebiet gilt seit dem 6. Mai 1993 durch die Resolution 824 des UN-Sicherheitsrates als UN-Schutzzone.⁵⁵⁶ Auf Anforderung des neuen UNPROFOR- Oberbefehlshabers für Bosnien, des britischen Generals Rose, beginnt die NATO mit Luftangriffen auf Stellungen der bosnischen Serben.⁵⁵⁷ Das führt schließlich zur Geiselnahme von ca. 150 UNPROFOR- Soldaten.⁵⁵⁸ Die NATO kann sich nicht zu umfassenderen Luftangriffen durchringen. Die Meinungsunterschiede über das weitere Vorgehen verlaufen nicht nur quer durch die NATO-Mitglieder, sondern auch zwischen verschiedenen US-Ministerien. Das State Departement und das Pentagon streiten öffentlich über die richtige Strategie.⁵⁵⁹ Trotz dieser Meinungsunterschiede einigen sich die NATO-Mitglieder auf ein Ultimatum gegen die bosnischen Serben. Bis zum 24. April 1994 sollten alle Einheiten in einem 3km-Radius um das Stadtzentrum zurückgezogen werden, ansonsten droht die NATO mit weiteren Luftangriffen. Auch diesem Ultimatum wird Folge geleistet, wenn auch einige Einheiten der bosnischen Serben innerhalb der Verbotszone bleiben. NATO-Luftangriffe werden vom UN-Sonderbeauftragten Yasushi Akashi verhindert.⁵⁶⁰

Die UNPROFOR ist über das gesamte bosnische Gebiet verteilt. In kleinen Einheiten überwachen sie Waffenlager und die UN-Schutzzonen. Sie sind damit leichte Opfer für die bosnischen Serben, die als Antwort auf die NATO-Luftangriffe UNPROFOR-Soldaten als Geiseln nehmen. Im Herbst 1994 kommt es bei den Kämpfen um und in der Enklave Bihać erneut zu Geiselnahmen von UNPROFOR- Soldaten. Am 21. November fliegt die NATO Luftangriffe gegen die kroatischen und bosnischen Serben, daraufhin werden ca. 100 UN-Blauhelme als Geiseln genommen. Bei den Regierungen in London und Paris führt das Vorgehen der bosnischen Serben zu einem erhöhten Bedürfnis die eigenen Soldaten zu schützen. Hatten sie sich bisher schon häufig mit Verweis auf ihre Truppen gegen Luftschläge ausgesprochen, so verlangen sie jetzt die Einstellung der Luftangriffe.⁵⁶¹

Mit dieser Entscheidung der Regierungen von Frankreich und Großbritannien gerät die gesamte NATO in Gefahr. Daalder argumentiert, dass die US-Regierung die europäische Position akzeptiert und ihre Strategie ändert. Von nun an soll es um die Eindämmung des Konfliktes gehen, auch wenn dies bei einigen Mitgliedern der Regierung auf Widerstand

⁵⁵⁶ Resolution des UN-Sicherheitsrats 824 (1993). Vgl.: <http://www.un.org/Docs/scres/1993/scres93.htm>; vom 28.3.2008.

⁵⁵⁷ Eisermann: Weg (2000) S. 237.

⁵⁵⁸ Laura Silber und Allan Little. Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe. Graz 1995, S. 396

⁵⁵⁹ Eisermann: Weg (2000) S. 237-38.

⁵⁶⁰ Eisermann: Weg (2000) S. 240-41.

⁵⁶¹ Witte: Rolle (2000) S. 139.

stößt.⁵⁶² Damit war auch die US-Strategie Ende 1994 gescheitert. Die Idee, militärisch, durch die NATO, und diplomatisch, gemeinsam mit Russland, Druck auf die Kriegsparteien auszuüben, hat nicht funktioniert. Die NATO befindet sich in der größten Krise seit der Suezkrise 1956.⁵⁶³ Die bosnischen Serben haben mit der Geiselnahme ein Mittel gegen die Luftangriffe der NATO gefunden. Nachdem die US-Regierung nicht bereit ist, mit eigenen Bodentruppen den Konflikt zu beenden⁵⁶⁴, fehlen weitere militärische Optionen, um eine Friedenslösung durchzusetzen.

Die neue Strategie der USA ordnet alles der Einheit der NATO unter. Diese muss erhalten bleiben. Außerdem soll versucht werden, den Konflikt auf Bosnien zu beschränken und die Einheit Bosniens zu gewährleisten.⁵⁶⁵ Die Frustration über den Krieg in Bosnien erreicht in der Clinton-Administration einen neuen Höhepunkt.⁵⁶⁶ Damit gerät aber auch der Plan der Kontaktgruppe in Gefahr. Die ursprüngliche Idee, den Druck auf die Verhandlungspartner so lange zu erhöhen, bis diese dem Entwurf zustimmen, ist gescheitert, da die militärische Option von Luftschlägen verloren gegangen ist. Nun wird versucht, die bosnischen Serben über Zugeständnisse zu Verhandlungen zu bewegen. So wird ihnen eine völkerrechtliche Verbindung des serbischen Teils Bosniens mit Restjugoslawien in Aussicht gestellt.⁵⁶⁷ Außerdem könne man auch über die genaue Gebietsverteilung verhandeln. Nur der 51:49 Aufteilungsschlüssel steht außer Diskussion.⁵⁶⁸

III.4.3 Innenpolitischer Druck

Innerhalb der USA wächst der Druck auf die Regierung weiter an. Vor allem Abgeordnete des Kongresses versuchen eine härtere Position gegenüber der serbischen Seite durchzusetzen.⁵⁶⁹ Am 9. Juni 1994 spricht sich der Kongress für eine einseitige Aufhebung des Waffenembargos aus, da dieses den Aggressor bevorzuge.⁵⁷⁰ Am 11. August 1994 nimmt der Senat das Dole-Lieberman-Amendment an. Dieses sieht eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien spätestens bis zum 15. November 1994 vor.⁵⁷¹ Nachdem die Demokraten die Kongresswahlen im Herbst 1994 verlieren, stellen die Republikaner die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Robert Dole wird zum Mehrheitsführer im Senat

⁵⁶² Daalder: Dayton (2000) S. 7-8.

⁵⁶³ Ebd. S. 35-36 bzw. S. 33.

⁵⁶⁴ Cohen: Serpent (2001) S. 147.

⁵⁶⁵ Daalder: Dayton (2000) S. 34.

⁵⁶⁶ Ebd. S. 36.

⁵⁶⁷ Jäger: Bosniaken (2001) S. 516.

⁵⁶⁸ Daalder: Dayton (2000) S. 34/35.

⁵⁶⁹ Binder: Thoughts (1995) S. 3

⁵⁷⁰ Jäger: Bosniaken (2001) S. 521.

⁵⁷¹ Eisermann: Weg (2000) S. 258.

gewählt.⁵⁷² Auch wenn die Befugnisse des Kongresses in Fragen der Außenpolitik gering sind, so gibt es doch auch reale Auswirkungen auf die Außenpolitik der USA. So wird zum Beispiel der Beschluss zur Finanzierung der „Schnellen Eingreiftruppe“ verweigert. Dies muss schließlich aus dem Budget des Pentagon bezahlt werden.⁵⁷³ Eine weitere Folge dieses Drucks aus dem Kongress ist der eher symbolische Abzug der US-Kriegsschiffe, die zur Überwachung des Embargos in der Adria kreuzten.⁵⁷⁴ Dieser Schritt führt aber trotzdem zu heftigen Reaktionen der europäischen Staaten.⁵⁷⁵ Großbritannien und Frankreich drohen immer wieder mit dem Abzug ihre Blauhelm- Soldaten falls das Waffenembargo gegen Bosnien aufgehoben wird.⁵⁷⁶ Im Herbst 1994 erreichen diese Drohungen aber eine neue Qualität. Der UN-Generalsekretär gibt den Auftrag, Pläne für ein vorzeitiges Ende des UNPROFOR- Einsatzes auszuarbeiten.⁵⁷⁷ Auch wenn der Rückzug nie umgesetzt wird, entwickelt auch die NATO einen Plan zur Evakuierung der verschiedenen Einheiten.

Clinton fordert außerdem den Einsatz von Luftschlägen zum Schutz der *safe areas* und auch er verlangt die Aufhebung des Waffenembargos, aber nur im Einvernehmen mit den Verbündeten. Damit versucht er sowohl den innenpolitischen Druck zu vermindern, als auch eine Konfrontation mit Russland, das Luftangriffen sehr skeptisch gegenübersteht, zu verhindern.⁵⁷⁸

Auch die Position Frankreichs beginnt sich langsam zu ändern. Die französische Regierung rückt immer mehr von der britischen Position ab und unterstützt Luftschläge. Eisermann führt diesen Wandel auf einen Vorfall im März 1994 zurück, als ein Panzer der bosnischen Serben französische Soldaten beschießt. Die angeforderte Luftunterstützung benötigt über vier Stunden um am Ort des Geschehens zu sein, da die Bewilligung des Einsatzes so viel Zeit in Anspruch genommen hat.⁵⁷⁹ Diese französische Bereitschaft zu Luftangriffen kühlt sich nach den Geiselnahmen von UNPROFOR-Soldaten aber rasch wieder ab.⁵⁸⁰

Im Dezember 1994 gelingt es dem ehemaligen US- Präsidenten Jimmy Carters⁵⁸¹ mit den Kriegsparteien einen viermonatigen Waffenstillstand auszuhandeln. Außerdem kommt es

⁵⁷² Daalder: Dayton (2000) S. 31/32.

⁵⁷³ Jäger: Bosniaken (2001) S. 522.

⁵⁷⁴ Ebd. S. 515.

⁵⁷⁵ Eisermann: Weg (2000) S. 262.

⁵⁷⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 518/19.

⁵⁷⁷ Eisermann: Weg (2000) S: 259.

⁵⁷⁸ Jäger: Bosniaken (2001) S: 522.

⁵⁷⁹ Eisermann: Weg (2000) S. 265.

⁵⁸⁰ Ebd. S. 268.

⁵⁸¹ Es ist wohl davon auszugehen, dass Carter mit der Billigung Clintons diese Vermittlungstätigkeit übernimmt. Drashtak vermutet sogar, dass er von Clinton geschickt wird, da Clinton hofft so eine Verhandlungslösung erreichen zu können. Raphael Drashtak: Endspiel 1995. Wien 2005, S. 43-44.

im Jänner 1995 zu einem Gefangenenaustausch zwischen der bosnischen Regierung und den bosnischen Serben. Die Zeit wird aber vor allem genutzt um aufzurüsten. Die bosnischen Truppen bereiten sich auf eine Offensive im Frühjahr vor und die bosnischen Serben verbessern ihre Nachschubrouten nach Serbien.⁵⁸²

Bereits im März kommt es zu ersten Kämpfen in der Gegend von Tuzla und Travnik. Dafür werden auch Waffen aus den von der UNPROFOR bewachten Sammelstellen entwendet.⁵⁸³ Im April entbrennen weitere Kämpfe. Es kommt zu den stärksten Kämpfen in Bosnien seit Kriegsbeginn.⁵⁸⁴ Die bosnischen Serben geraten zusehends in die Defensive und beantworten die Offensiven der kroatischen und bosnischen Armee mit dem Beschuss der UN-Schutzzonen. Dieser Beschuss führt auch im Mai 1995 zu Luftangriffen, die wiederum mit der Geiselnahme von UN- Soldaten beantwortet werden. Daraufhin werden die Luftangriffe eingestellt und die UN-Soldaten freigelassen.⁵⁸⁵

Eine weitere Folge ist die Aufstellung der *Rapid Reaction Force* durch Großbritannien, Frankreich und andere Staaten. Diese Truppe soll 4000 Mann umfassen und weiteren Geiselnahmen vorbeugen.⁵⁸⁶

III.4.4 Zusammenfassung

Drei wichtige Ergebnisse hat das Jahr 1994 für die US-Politik gebracht. Auf Ebene des Konfliktes konnte eine Zusammenarbeit der kroatischen und der bosnischen Regierung erreicht werden. Beide Regierungen werden von den USA unterstützt. Diese Allianz wird auch im Vertrag von Dayton eine Rolle spielen. Sie stellt eine der beiden Entitäten dar, in die Bosnien und die Herzegowina geteilt wird.

Auf der Ebene der Verhandlungsführung ist es der US-Regierung gelungen, die Verhandlungen stärker zu beeinflussen. Mit der Etablierung der Bosnien-Kontaktgruppe werden sowohl die EU als auch die UNO teilweise zurückgedrängt. Die Großmächte, allen voran die USA und Russland, beherrschen ab nun die Verhandlungen.

Als drittes bedeutendes Ereignis ist der erstmalige Einsatz von Luftangriffen bzw. der erfolgreiche Einsatz von Ultimaten, denen mit militärischen Maßnahmen Nachdruck verliehen wurde, zu nennen. Diese drei Elemente werden auch in der Endphase des Konfliktes eine wesentliche Rolle spielen.

⁵⁸² Ramet: Babel (⁴2002) S. 234.

⁵⁸³ Ebd. S. 234.

⁵⁸⁴ Ebd. S. 235.

⁵⁸⁵ Witte: Rolle (2000) S. 141-42.

⁵⁸⁶ Ramet: Babel (⁴2002) S. 236.

III.5 Phase 5: Das Ende des Krieges

Durch die wiederholten Geiselnahmen von UNPROFOR- Soldaten durch Einheiten der bosnisch-serbischen Armee ergibt sich für die USA ein Problem. Die US-Regierung favorisiert ein härteres Vorgehen gegen die bosnischen Serben, aber die gesamte US-Politik in den Zerfallskriegen in Jugoslawien steht unter der Prämisse keine eigenen Bodentruppen ins Kriegsgebiet zu entsenden. Ein härteres Vorgehen heißt für die USA demnach, vermehrt mit Luftangriffen auf Provokationen der bosnischen Serben zu reagieren. Dagegen wehren sich Großbritannien und Frankreich, da deren Soldaten durch Luftangriffe in Gefahr geraten. Mehrmals werden Blauhelm- Soldaten als Geiseln genommen. Sie drohen für den Fall weiterer Luftangriffe mit dem Abzug ihrer UNPROFOR- Einheiten aus Bosnien. Bereits im Laufe des Jahres 1994 haben die NATO- Planungsstäbe einen Abzugsplan ausgearbeitet. Clinton sichert im Dezember 1994 die Unterstützung der USA für den Fall des Abzuges der UNPROFOR zu. Laut diesem NATO- Plan (Oplan 40104) sind insgesamt 60.000 Mann, darunter bis zu 25.000 US-Soldaten, für einen solchen Abzug nötig. Der Einsatz würde bis zu fünf Monaten dauern.⁵⁸⁷ Im Februar kommt das offizielle Ansuchen des UN-Generalsekretärs um die Ausarbeitung von Plänen für einen Abzug der UNPROFOR aus Bosnien.⁵⁸⁸ Der Abzug der UNPROFOR wird immer wahrscheinlicher.⁵⁸⁹ Es gibt bereits erste Anzeichen, dass Frankreich seine UNPROFOR- Einheiten noch vor dem Winter aus Bosnien abziehen möchte.⁵⁹⁰ Die USA wehren sich aber eigene Bodentruppen nach Bosnien zu entsenden und versuchen die UNPROFOR in Bosnien zu halten.⁵⁹¹

Im Mai wird Jacques Chirac als neuer französischer Präsident angelobt. Er verfolgt eine härtere Politik in Bezug auf die Krise am Balkan als sein Vorgänger.⁵⁹² Im Mai kommt es auch wieder zu Kämpfen um Sarajevo. Die UN sprechen ein Ultimatum zum Rückzug der schweren Waffen rund um Sarajevo aus. Nachdem es nicht erfüllt wird, beginnt die NATO am 25. Mai mit Luftangriffen gegen Stellungen der bosnischen Serben. Die Führung der Armee der RS ordnet daraufhin den Beschuss von UN-Schutzzonen an. In Tuzla sterben 71 Menschen bei einem Granatangriff. Auf die darauf folgenden Luftangriffe reagieren die bosnischen Serben mit der Gefangennahme von UNPROFOR- Soldaten.⁵⁹³ In den folgenden Tagen werden immer wieder UNPROFOR- Soldaten als Geiseln genommen bis zu einem

⁵⁸⁷ Gow: Triumph (1997) S. 274.

⁵⁸⁸ Daalder: Dayton (2000) S. 48.

⁵⁸⁹ Ebd. S. 49.

⁵⁹⁰ Gow: Triumph (1997) S. 276.

⁵⁹¹ Ebd. S. 274.

⁵⁹² Draschak: Endspiel (2005) S. 67.

⁵⁹³ Ebd. S. 75-77.

Höchststand von über 400. Diese werden dann langsam wieder freigelassen, die letzten am 18. Juni 1995.⁵⁹⁴ Frankreich, Großbritannien und die Niederlande reagieren auf die Geiselnahmen im Mai und Juni 1995 mit der Aufstellung der *Rapid Reaction Force (RRF)*. Dadurch soll die UNPROFOR besser geschützt werden. James Gow sieht darin die Wende im internationalen Engagement gegenüber Bosnien.

*“The turning point on the road to Dayton was the decision to deploy the RRF [Rapid Reaction Force] following the air strikes against Pale at the end of May. This created circumstances in which threats to use force became credible – even if they were not believed by the Bosnian Serb command which seems hubristically to have come to believe it would never face a serious use of force.”*⁵⁹⁵

Für Gow sind der Machtwechsel in Frankreich und der damit verbundene Wechsel in der Politik Frankreichs gegenüber Bosnien und die massiveren Luftangriffe gegen die bosnischen Serben die ersten Schritte in Richtung einer Friedenslösung. Für Wolfgang Petritsch wird die RRF zur Deckung des Rückzuges der UNPROFOR aus Bosnien stationiert.⁵⁹⁶ Die Aufgaben der RRF sind anfangs nicht klar definiert. Erst am 27. Juni 1995 wird bei einem Treffen der EU-Staatschefs darüber verhandelt. Es gibt zwei Varianten für den Einsatz. Einerseits kann die Truppe ein stärkeres Auftreten der UNPROFOR ermöglichen und andererseits den möglichen Abzug der UNPROFOR unterstützen. Für beide Varianten sagt Clinton die Unterstützung der US-amerikanischen Luftwaffe und Flotte zu.⁵⁹⁷

Das erhöht den Druck auf die US-Regierung, aktiv zu werden, da die Wahrscheinlichkeit eines Abzuges der französischen und britischen UNPROFOR- Truppen wahrscheinlicher wird.⁵⁹⁸ Die neue Rolle Frankreichs zeigt sich auch nach der Eroberung Srebrenicas und der Ermordung Tausender Menschen. Chirac fordert eine Reaktion der westlichen Verbündeten.⁵⁹⁹ Damit ändern sich auch die Voraussetzungen für die US-Politik. Frankreich ist nun zu einem energischeren Vorgehen bereit.⁶⁰⁰

Bei einer Konferenz in London am 21. Juli kann auch die britische Regierung von einem härteren Vorgehen überzeugt werden.⁶⁰¹ Die Konferenz ist völlig von den Ereignissen Anfang des Monats in Srebrenica überschattet. Auf dieser Konferenz wird beschlossen, dass die UN-Schutzzone Goražde verteidigt werden soll. Sollten die bosnischen Serben die UN-Schutzzone angreifen, drohen Luftangriffe. Die akut bedrohte Schutzzone Žepa hingegen

⁵⁹⁴ Drashtak: Endspiel (2005) S. 78 bzw. 92.

⁵⁹⁵ Gow: Triumph (1997) S. 277.

⁵⁹⁶ Petritsch: Bosnien (2001) S. 45.

⁵⁹⁷ Gow: Triumph (1997) Anm. 7, S. 265/66.

⁵⁹⁸ Gow: Triumph (1997) S. 265/66.

⁵⁹⁹ Daalder: Dayton (2000) S. 68.

⁶⁰⁰ Henriette Riegler: Einmal Dayton und zurück. Perspektiven einer Nachkriegsordnung im ehemaligen Jugoslawien. Wien 1999, S. 13.

⁶⁰¹ Mark Almond: Dayton und die Neugestaltung Bosnien-Herzegowinas. In: Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. Wiesbaden 1999, S. 446-54, hier S. 446.

wird aufgegeben. Am 1. August gelingt es den USA die NATO dazu zu bringen, die Drohung mit Luftangriffen auch auf alle anderen Schutzzonen auszuweiten.⁶⁰² Außerdem soll die RRF dafür eingesetzt werden, die Zufahrtswege nach Sarajevo offen zu halten. In Bezug auf die Luftangriffe soll es zu einer Vereinfachung der Befehlsstruktur kommen. Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs Akashi soll auf Wunsch der USA nicht mehr über Angriffe entscheiden dürfen.⁶⁰³ Ende Juli wird dies auch mit Boutros-Ghali vereinbart.⁶⁰⁴ Bei der Londoner Konferenz können nur minimale Übereinstimmungen gefunden werden, da Russland weitergehende Vereinbarungen blockiert.⁶⁰⁵

Die Beziehungen der USA zu den islamischen Staaten sind durch die Bosnien-Krise belastet. Nach dem Fall von Srebrenica beschließen die Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz, das Waffenembargo nicht weiter zu verfolgen.⁶⁰⁶

Auch innenpolitisch wird der Druck auf Clinton immer größer, eine Lösung für die Bosnien-Krise zu finden. Ab Beginn des Sommers 1995 ist Bob Dole als möglicher Präsidentschaftskandidat der Republikaner im Gespräch. Dole kritisiert Clinton immer wieder, ob seiner weichen unklaren Linie in Bezug auf Bosnien.⁶⁰⁷ Er fordert ganz klar die, wenn nötig auch unilaterale, Aufhebung des Waffenembargos.⁶⁰⁸ Die von ihm eingebrachte Resolution kommt am 26. Juli 1995 im Senat zur Abstimmung.⁶⁰⁹

Seit dem Fall Srebrenicas und Žepas ist die Stimmung im US-Kongress weiter gegen die Politik Clintons gekippt.

„Im Kongreß schlug diese [Empörung über den Fall der „Schutzzonen“] in Unterstützung für einen Gesetzesentwurf um, der Clinton gezwungen hätte, das Waffenembargo gegen die bosnische Regierung einseitig aufzuheben. Der Präsident legte sein Veto gegen eine solche bindende Resolution ein, es zeichneten sich aber 2/3-Mehrheiten in beiden Kammern ab, die dieses Veto überstimmt hätten.“⁶¹⁰

Diese 2/3- Mehrheit mit der das Veto Clintons überstimmt werden könnte, drohte im September bei den ersten Sitzungen des Kongresses nach der Sommerpause.⁶¹¹ Die einseitige Aufhebung des Waffenembargos würde das Verhältnis zu den NATO-Verbündeten schwer belasten.⁶¹²

⁶⁰² Drashtak: Endspiel (2005) S. 121.

⁶⁰³ Ebd. S. 113.

⁶⁰⁴ Ebd. S. 116.

⁶⁰⁵ Gow: Triumph (1997) S. 275.

⁶⁰⁶ Witte: Rolle (2000) S. 157-58. bzw. Schönfeld: Weg (1996). S. 102.

⁶⁰⁷ Drashtak: Endspiel (2005) S. 105/06.

⁶⁰⁸ Gow: Triumph (1997) S. 274.

⁶⁰⁹ Drashtak: Endspiel (2005) S. 118.

⁶¹⁰ Witte: Rolle (2000) S. 157.

⁶¹¹ Drashtak: Endspiel (2005) S. 141.

⁶¹² Gow: Triumph (1997) S. 276.

Die militärische Lage im Krisengebiet verändert sich in diesen Wochen schnell. Die nun besser ausgebildeten und ausgerüsteten Armeen Kroatiens und Bosniens beginnen Offensiven gegen die kroatischen und bosnischen Serben und erobern innerhalb kurzer Zeit weite Gebiete.⁶¹³ Vor allem der kroatischen Armee, die auf Grund von Waffenlieferungen und US-Unterstützung zur schlagkräftigsten Armee in der Region wurde⁶¹⁴, gelingt die Eroberung der Krajina und Westslawoniens.⁶¹⁵ Clinton sieht in den kroatischen Erfolgen eine Chance für den Frieden.⁶¹⁶

Am 22. und 23. Juli treffen sich auf Vermittlung der USA Izetbegović und Tuđman in Split und vereinbaren eine enge militärische Kooperation mit einer Beistandsverpflichtung.⁶¹⁷ Der US-Botschafter in Zagreb Galbraith ist bei dem Treffen anwesend.⁶¹⁸ Für die UNPROFOR hat sich die Situation auch verändert. Mit der Eroberung der ostbosnischen muslimischen Enklaven Srebrenica und Žepa und dem damit verbundenen Abzug der UN-Soldaten verringert sich die Zahl der durch Geiselnahme gefährdeten Blauhelm-Soldaten.⁶¹⁹

III.5.1 Verhandlungen von Robert Frasure

1995 kommt es zu großen Veränderungen in Bosnien. Die meisten dieser Veränderungen sind von den USA beeinflusst. Zum einen wird die kroatische Armee unterstützt. Damit ist sie in der Lage die Krajina und Westslawonien zu erobern und schließlich auch in Westbosnien zu operieren. Damit unterstützt sie auch die bosnische Regierung im Kampf gegen die bosnischen Serben. Die zweite wesentliche Veränderung besteht in der Feststellung, dass die britischen und französischen UNPROFOR- Einheiten im Herbst 1995 aus Bosnien abziehen könnten. Dieser Abzug ist für die USA aber inakzeptabel. Um ihn zu verhindern starten die USA stärkere diplomatische Aktivitäten.⁶²⁰

Bereits im Mai verhandelt Robert Frasure direkt mit Milošević. Dadurch sollen Karadžić und die Führung der bosnischen Serben isoliert werden.⁶²¹ Sein Plan besteht darin, Milošević zur Anerkennung Bosniens zu bewegen, dafür sollen die UN-Sanktionen gegen Serbien und Montenegro aufgehoben werden. Am 18. Mai wird ein Abkommen erreicht, das

⁶¹³ Almond: Dayton (1999) S. 447.

⁶¹⁴ Ebd. S. 446.

⁶¹⁵ Ostslawonien bleibt als einziger Teil Kroatiens unter serbischer Kontrolle. Dies aber nur, weil die kroatische Regierung klare Signale der US-Regierung hat, dass Ostslawonien ohnehin Teil Kroatiens bleiben soll. Vgl. Petritsch: Bosnien (2001) S. 46.

⁶¹⁶ Drashtak: Endspiel (2005) S. 133.

⁶¹⁷ Schönfeld: Weg (1996). S. 102.

⁶¹⁸ Drashtak: Endspiel (2005) S. 114.

⁶¹⁹ Gow: Triumph (1997) S. 277.

⁶²⁰ Ebd. S. 276.

⁶²¹ Drashtak: Endspiel (2005) S. 85.

aber nur wenige Tage hält, da die USA die Sanktionen nur suspendieren wollen. Dadurch wäre eine Reaktivierung einfacher und nicht von einer Zustimmung Russlands abhängig. Die Anerkennung Bosniens durch Montenegro am 3. Juni wertet Gow als Zeichen des Guten Willens von Milošević.⁶²² Er will auch ein Ende des Krieges und vor allem ein Ende der Sanktionen gegen sein Land. Deshalb nutzt er seinen Einfluss um Druck auf die bosnischen und die kroatischen Serben auszuüben. Am 21. April kommt es zu einem Treffen mit Radko Mladić, bei dem er versucht Einfluss auf Armee der RS zu gewinnen.⁶²³ Ein zweiter Versuch, die Verhandlungen doch noch zu einem Abschluss zu bringen, scheitert im Juni 1995. Danach empfiehlt Frasure sich aus den Verhandlungen zurück zu ziehen und sie dem neuen Vermittler Carl Bildt zu überlassen.⁶²⁴ Frasure ist auch Mitglied des Teams um Richard Holbrooke, das am 14. August weitere Verhandlungen aufnimmt. Dabei stirbt er am 19. August mit zwei weiteren Mitgliedern des Verhandlungsteams und einem französischen Soldaten bei einem Autounfall.⁶²⁵

III.5.2 Die *Endgame* – Strategie

Anfang des Jahres 1995 beginnt Anthony Lake, der Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten, nach möglichen Strategien für die Zeit nach einem Abzug der UNPROFOR-Truppen aus Bosnien zu suchen. Eine der ausgearbeiteten Optionen stellt eine Erweiterung der gescheiterten *Lift and Strike* -Strategie dar, das von Daalder als *Lift, Arm, Train, and Strike* bezeichnet wird. Neben dem bekannten *Lift and Strike* sollen nun die bosnischen Muslime nun auch mit Waffen ausgerüstet (*arm*) und daran ausgebildet werden (*train*). Während des Waffenstillstandes ist aber nicht die richtige Zeit für eine neue Strategie und so wird das Konzept erst im Mai, nach dem Wiederaufflammen der Kämpfe, dem *Principals Committee*⁶²⁶ vorgestellt. Bei einem möglichen Abzug der UNPROFOR-Truppen, so wird entschieden, soll das Waffenembargo multilateral aufgehoben und die bosnische Armee ausgerüstet und ausgebildet werden. Luftschläge werden hingegen abgelehnt.⁶²⁷

⁶²² Gow: *Triumph* (1997) S. 277.

⁶²³ Ebd. S. 269.

⁶²⁴ Drashtak: *Endspiel* (2005) S. 85.

⁶²⁵ Gow: *Triumph* (1997) S. 278.

⁶²⁶ Das *Principal Committee* ist das Gremium in dem während der Clinton-Präsidentschaft hauptsächlich über Themen der Nationalen Sicherheit diskutiert wird. Auch das Thema Bosnien wird hauptsächlich hier behandelt. Die Teilnehmer sind u. a. die Sicherheitsberater des Präsidenten und des Vizepräsidenten, der Verteidigungsminister und der Außenminister. David Mitchell: *Making Foreign Policy. Presidential Management of the Decision-Making Process*. Aldershot 2005, S. 142.

⁶²⁷ Daalder: *Dayton* (2000) S. 88-89.

Ende Juni entwickeln die US- amerikanische UN- Botschafterin Madeleine Albright und der Nationale Sicherheitsberater Anthony Lake die so genannte *Endgame*- Strategie. Bis Jahresende soll der Krieg in Bosnien beendet werden. Das ist das erklärte Ziel.⁶²⁸ Die Voraussetzungen für eine Lösung des Konfliktes haben sich inzwischen verbessert. Die beiden Problemfelder, Krajina und die ostbosnischen Enklaven, wurden mittlerweile militärisch gelöst⁶²⁹

Bei einer Sitzung des *Principals Committee* am 7. August fällt die Entscheidung, die Strategie durchzusetzen. Milošević erhält in der Konzeption eine zentrale Position. Es soll mit ihm verhandelt werden und er soll die Ergebnisse bei der Führung der bosnischen Serben durchsetzen. Sein Wohlverhalten soll schließlich mit der Aufhebung der Sanktionen belohnt werden. Als Grundlage für die Verhandlungen dient der Kontaktgruppenplan. So soll Bosnien als Staat erhalten bleiben, aber in zwei Entitäten in einem Verhältnis 51:49 zugunsten der kroatisch- bosniakischen Föderation geteilt werden. Die Republika Srpska soll die östlichen Enklaven Srebrenica, Žepa und Goražde erhalten. Als Entschädigung soll die Föderation Gebiete um Sarajevo erhalten. Sollten die Verhandlungen an den bosnischen Serben scheitern, würden die USA die bosnische Armee ausbilden und ausrüsten und bis zu einem Jahr mit Luftangriffen unterstützen. Falls die Muslime die Verhandlungen scheitern lassen, sollte das Waffenembargo zwar aufgehoben werden, es aber zu keiner weiteren Unterstützung durch die USA kommen. Anthony Lake fliegt am 9. August nach Europa um die Verbündeten über die neue US-Strategie zu unterrichten.⁶³⁰ Nachdem eine Einigung mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland erreicht ist, wird Richard Holbrooke mit den Verhandlungen betraut.⁶³¹

Holbrooke war bis September 1994 Botschafter in Deutschland und übernimmt dann die Europa- Abteilung im State Departement. Er fordert bereits seit Jahren ein stärkeres Engagement der USA bei der Lösung der Jugoslawienkrise und eine härtere Politik gegenüber den Serben.⁶³² Es wird ihm ein schwieriges Verhältnis zu Lake nachgesagt. Er war nicht in die Entwicklung der *Endgame*- Strategie eingebunden, weshalb er im Sommer 1995 noch mit dem Gedanken an Rücktritt spielt.⁶³³ Am 14. August beginnt Holbrooke seine Mission zur Beendigung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien.⁶³⁴

⁶²⁸ Draschtak: Endspiel (2005) S. 93.

⁶²⁹ Riegler: Dayton (1999) S. 13.

⁶³⁰ Draschtak: Endspiel (2005) S. 134-37.

⁶³¹ Draschtak (2005) S. 141-42.

⁶³² Eisermann: Weg (2000) S. 262.

⁶³³ Draschtak: Endspiel (2005) S. 94.

⁶³⁴ Witte: Rolle (2000). S. 160.

III.5.3 NATO- Luftangriffe im August und September 1995

Am 28. August wird Sarajevo wieder mit Granaten beschossen. Dabei werden 33 Menschen getötet und 84 weitere verletzt. Einem daraufhin von der NATO ausgesprochenen Ultimatum alle schweren Waffen aus einem Gebiet mit 20km Radius um das Stadtzentrum von Sarajevo zurückzuziehen, wird nicht entsprochen.⁶³⁵ Am 30. August startet die NATO umfassende Luftangriffe um die Belagerung Sarajevos zu beenden.⁶³⁶ Die Luftangriffe sollen so lange fortgesetzt werden, bis die bosnischen Serben zu einem Rückzug der schweren Waffen um Sarajevo bereit sind. Am 1. September kündigen die bosnischen Serben diesen Rückzug an. Daraufhin werden die Luftangriffe unterbrochen. Nachdem der Ankündigung aber keine Taten folgen, werden die Angriffe am 5. September wieder aufgenommen.⁶³⁷ Am 10. September werden die Angriffe auf das gesamte Gebiet der Republika Srpska ausgeweitet.⁶³⁸ Am 15. September werden die Luftangriffe vorläufig eingestellt, da sich die serbische Seite in der Frage des Rückzugs rund um Sarajevo bewegt.⁶³⁹

Die Offensive der kroatischen und bosniakischen Truppen wird durch die NATO-Luftschläge zusätzlich unterstützt. Die Zerstörung der Nachschubwege, Kommunikationsverbindungen und von Waffen- und Treibstofflagern verringert die Beweglichkeit der Truppen der bosnischen Serben.⁶⁴⁰ Russland droht der NATO mittlerweile mit Aufhebung des Waffenembargos gegen Serbien.⁶⁴¹ Am 19. September wird die Offensive der kroatischen und bosniakischen Armeen kurz vor der Eroberung von Banja Luka gestoppt.⁶⁴² Die Föderation kontrolliert im Sommer 1995 beinahe die Hälfte des bosnischen Staatsgebietes. Damit hat sie auch beinahe die im Kontaktgruppenplan vorgesehene Gebietsaufteilung 51:49 erreicht.⁶⁴³

Vor dem Hintergrund der militärischen Erfolge der bosniakisch- kroatischen Allianz führen Holbrooke und Carl Bildt die Verhandlungen fort. Die Kombination von Verhandlungen bei gleichzeitiger Ausübung militärischen Drucks stellt die neue US-Strategie dar.⁶⁴⁴ Bereits Ende August 1995 wird eine gesamtserbische Verhandlungsdelegation gebildet. Darin übernimmt Milošević den Vorsitz und ist in der Lage, die anderen

⁶³⁵ Krech: Bosnien-Herzegowina (1997) S. 139.

⁶³⁶ Petritsch: Bosnien (2001) S. 47.

⁶³⁷ Jäger: Bosniaken (2001) S. 539.

⁶³⁸ Petritsch: Bosnien (2001) S. 47.

⁶³⁹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 539.

⁶⁴⁰ Almond: Dayton (1999) S. 448.

⁶⁴¹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 539.

⁶⁴² Petritsch: Bosnien (2001) S. 47/48.

⁶⁴³ Calic: Krieg (1996) S. 244.

⁶⁴⁴ Petritsch: Bosnien (2001) S. 47.

Delegationsteilnehmer zu überstimmen.⁶⁴⁵ Am 8. September einigen sich die Verhandlungsteams in Genf auf die Grundprinzipien einer künftigen Friedensordnung.⁶⁴⁶ Bei einer zweiten Verhandlungsrunde am 26./27. September in New York wird eine Einigung über die künftige institutionelle Ausgestaltung Bosnien und Herzegowinas erreicht.⁶⁴⁷ Die „Landkarte“, also die genauen Grenzen zwischen den beiden Entitäten, die geschaffen werden sollen, bleibt hingegen noch offen.⁶⁴⁸ Neben dem Bemühen, eine Einigung zwischen den Konfliktparteien zu erreichen, müssen auch „äußere“ Interessen berücksichtigt werden. So soll auf Wunsch der europäischen Staaten das Amt eines so genannten Hohen Repräsentanten, mit möglichst weit reichenden Befugnissen, geschaffen werden. Deutschland fordert eine forcierte Flüchtlingsrückkehr. Außerdem wird die Aufstellung einer internationalen Friedenstruppe unter Führung der NATO, die die Implementierung eines künftigen Vertrages überwachen soll (*Implementation Force*, IFOR), beschlossen. Die USA sind bereit bis zu einem Drittel der gesamten Truppe zu stellen (ca. 20.000 Mann).⁶⁴⁹ Zusätzlich fordern die USA eine möglichst klare Aufgabenstellung für die IFOR. Sie weigern sich deshalb auch, dass die IFOR zivile Aufgaben, wie zum Beispiel die Verhaftung von Kriegsverbrechern, übernimmt.⁶⁵⁰ Bei Beratungen Anfang Oktober in Williamsburg/Virginia beschließen die NATO- Verteidigungsminister, dass die IFOR auch für Nicht- NATO- Mitglieder offen sein soll, so zum Beispiel für Russland oder islamische Staaten.⁶⁵¹

Am 5. Oktober kann Clinton den Erfolg der diplomatischen Bemühungen Holbrookes verkünden. Am 10. Oktober soll eine Waffenruhe in Kraft treten und ab dem 25. Oktober soll es Friedensgespräche in Washington geben.⁶⁵²

III.5.4 Die Verhandlungen von Dayton

Die Verhandlungen beginnen schließlich erst am 1. November 1995 am Militärstützpunkt Wright-Patterson in Dayton, Ohio. An den Verhandlungen nehmen die Delegationen der bosnischen, der kroatischen und der serbischen Regierung unter der Führung ihrer jeweiligen Präsidenten, sowie Delegationen der Staaten der Kontaktgruppe und der EU-Vermittler Carl Bildt teil. Trotz der formalen Gleichberechtigung der Delegationen

⁶⁴⁵ Jäger: Bosniaken (2001) S. 539.

⁶⁴⁶ Petritsch: Bosnien (2001) S. 48.

⁶⁴⁷ Krech: Bosnien-Herzegowina (1997) S. 139.

⁶⁴⁸ Petritsch: Bosnien (2001) S. 49.

⁶⁴⁹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 541.

⁶⁵⁰ Petritsch: Bosnien (2001) S. 49/50.

⁶⁵¹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 541.

⁶⁵² Ebd. S. 541.

der Kontaktgruppe sind es die USA, die die Verhandlungen leiten und führen.⁶⁵³ Henriette Riegler beschreibt das Verhältnis zwischen den Delegationen folgendermaßen:

*„Zwischen den Verhandlungsteams gab es eine ganz klare Hierarchie, die die reale Machtverteilung reflektierte: pro forma waren die EU-Teams Carl Bildt unterstellt und rangierten Bildt, der russische und der amerikanische Delegationsleiter auf gleicher Ebene. De facto aber bestimmte der amerikanische Vertreter, Senator Richard Holbrooke die Agenda und damit den Ablauf der Verhandlungen.“*⁶⁵⁴

Die Vertretung der bosnischen Serben übernimmt, wie bereits Ende August beschlossen, der serbische Präsident Milošević. Auf ihn kann über die Wirtschaftssanktionen Druck ausgeübt werden.⁶⁵⁵ Die bosnischen Serben sind de facto von den Verhandlungen ausgeschlossen.⁶⁵⁶

Die Delegationsleiter mussten über absolute Vollmachten verfügen.⁶⁵⁷ Damit soll eine Wiederholung der Vorgänge von 1993, als das Parlament der bosnischen Serben eine Unterschrift unter den Vance-Owen-Plan zurücknahm, verhindert werden.⁶⁵⁸ Ähnlich wie den bosnischen Serben ergeht es auch den bosnischen Kroaten. Deren Vertretung übernimmt Tudman.⁶⁵⁹ Es soll so lange verhandelt werden bis eine Einigung erzielt wird. Der Kontakt zur Presse wird untersagt.⁶⁶⁰

Die Ausgangspositionen sind denkbar schwierig. Für die bosnische Regierung ist die Anerkennung der Republika Srpska bereits eine „bittere Pille“. Sie fordert deshalb auch eine starke Zentralregierung, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Übergabe aller Gebiete mit ehemals bosniakischer Bevölkerungsmehrheit sowie die Kontrolle über Brčko.⁶⁶¹ Sowohl die serbische als auch die kroatische Delegation hingegen drängen auf eine schwache Zentralregierung und außerdem soll die Rückkehr der Flüchtlinge keine Priorität genießen. Auch die Föderation ist von kroatischer Seite nicht unumstritten. Teile der bosnischen Kroaten wollen eine eigene kroatische Entität in Bosnien-Herzegowina bilden.⁶⁶²

Am 10. November kommt es zu einer Einigung zwischen Izetbegović und Tudman über die Zukunft Bosnien-Herzegowinas. Die beiden Präsidenten einigen sich auf die Auflösung, der „Kroatischen Republik Herceg-Bosna“. Außerdem werden Regelungen über die Verwaltung der Stadt Mostar, die Schauplatz schwerer Kämpfe zwischen Kroaten und

⁶⁵³ Witte: Rolle (2000) S. 163.

⁶⁵⁴ Riegler: Dayton (1999) S. 15.

⁶⁵⁵ Petritsch: Bosnien (2001) S. 52.

⁶⁵⁶ Riegler: Dayton (1999) S. 15.

⁶⁵⁷ Petritsch: Bosnien (2001) S. 50.

⁶⁵⁸ Almond: Dayton (1999). S. 449.

⁶⁵⁹ Petritsch: Bosnien (2001) S. 52.

⁶⁶⁰ Ebd. S. 50.

⁶⁶¹ Ebd. S. 51.

⁶⁶² Ebd. S. 51/52.

Bosniaken war, getroffen.⁶⁶³ Der zweite große Durchbruch gelingt nur zwei Tage später in den Verhandlungen zwischen der kroatischen Delegation und Vertretern der kroatischen Serben über Ostslawonien. Nach einer zweijährigen UN-Verwaltung soll das Gebiet wieder an Kroatien fallen. Diese beiden Vorverhandlungen ebnen den Weg für den Friedensvertrag.⁶⁶⁴

Die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen stellen die Grenzen der beiden Entitäten in Bosnien dar. Am Ende werden dem „Allgemeinen Rahmenübereinkommen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina“ 102 Landkarten beigelegt. Einige Probleme werden auch auf die Zeit nach den Vertragsverhandlungen verschoben, so z. B. die Frage des Status der Stadt Brčko und des Posavina-Korridors. Dieses Problem soll eine internationale Schiedskommission in den folgenden Jahren klären.⁶⁶⁵ Am 21. November wird schließlich der Vertrag unterzeichnet. Er umfasst 165 Schreibmaschinenseiten und besteht aus einer allgemeinen Erklärung, 15 Zusatzvereinbarungen und abschließenden Vereinbarungen.⁶⁶⁶ Die feierliche Unterzeichnung findet am 14. Dezember 1995 in Paris statt.⁶⁶⁷

Mit dem Vertrag von Dayton wird ein Krieg beendet der ca. 200.000 Menschenleben (fast 5% der Gesamtbevölkerung Bosniens) gekostet hat. 1/3 aller Häuser und Wohnungen sind zerstört. 2,2 Millionen Menschen (ca. 50% der Gesamtbevölkerung) sind vertrieben worden oder auf der Flucht.⁶⁶⁸

Die Gründe für den Erfolg der Initiative im Sommer 1995 sind vielfältig. Neben den oben genannten Gründen, wie dem militärischen Erfolg der kroatischen und bosniakischen Armee und dem Präsidentenwechsel in Frankreich sowie der damit verbundenen Stationierung der RRF in Bosnien, liegt der Schlüssel für den Erfolg wohl in der Entschlossenheit der USA.⁶⁶⁹ Die USA sind in der Lage auf alle Verhandlungspartner Druck auszuüben und sie so zu einer gemeinsamen Friedenslösung zu zwingen. Serbien ist durch die Wirtschaftssanktionen unter Druck, Kroatien auf Grund der Unterstützung der USA militärisch stark und somit vom weiteren Wohlfühlen der US-Regierung abhängig. Für die bosnische Regierung gilt dieses Argument noch viel stärker.

Die Entschlossenheit der Clinton-Administration, diesen Krieg zu beenden liegt zu einem guten Teil in der Innenpolitik der USA begründet. Im Laufe des Jahres 1995 kristallisiert es sich immer stärker heraus, dass es, falls es zu keinen gravierenden

⁶⁶³ Witte: Rolle (2000). S. 164.

⁶⁶⁴ Almond: Dayton (1999). S. 449.

⁶⁶⁵ Witte: Rolle (2000). S. 166/67.

⁶⁶⁶ Jäger: Bosniaken (2001) S. 542.

⁶⁶⁷ Witte: Rolle (2000). S. 167.

⁶⁶⁸ Petritsch: Bosnien (2001) S. 50.

⁶⁶⁹ Jäger: Bosniaken (2001) S. 539.

Veränderungen kommt, zu einem Abzug der UNPROFOR aus Bosnien kommen wird. Für diesen Fall haben die USA bis zu 25.000 Mann zur Sicherung des Abzuges zugesagt. Der Rückzug würde ca. fünf Monate dauern und somit wahrscheinlich bis ins Jahr 1996 andauern. 1996 finden in den USA Präsidentschaftswahlen statt. In einem Wahljahr US-Truppen ins Ausland zu schicken um einen Rückzug der internationalen Gemeinschaft zu decken ist nicht besonders prestigeträchtig. Die Alternative, keine US-Soldaten für die Sicherung des Abzugs der UNPROFOR zur Verfügung zu stellen, würde die gesamte NATO in Frage stellen. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist ein möglichst rascher Friedensschluss.

III.5.5 Zusammenfassung

Nach dem 4-monatigen Waffenstillstand brechen die Kämpfe verstärkt wieder aus. Sowohl in Kroatien, wo die kroatische Armee Westslawonien erobert als auch in Bosnien, wo die bosnische Armee eine Offensive startet. Die Versuche der internationalen Gemeinschaft die Schutzzonen durch Luftangriffe zu verteidigen, enden mit Geiselnahmen von UNPROFOR- Soldaten durch die bosnischen Serben. Der US- Kongress droht mit der einseitigen Aufhebung des Waffenembargos. Würde dies geschehen, wäre ein Abzug der Blauhelm- Mission nicht mehr zu verhindern. Für diesen Fall haben die USA aber bereits Truppen zur Unterstützung zugesagt. Ein Nicht-Einhalten dieser Zusage würde die gesamte NATO in Gefahr bringen, das Entsenden eine schwere Belastung im bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf darstellen. Auch die Beziehungen zu den muslimischen Staaten sind durch die Vorgänge in Bosnien schwer belastet. Der einzige Ausweg besteht in der Lösung des Konfliktes. Bereits im Mai startet Robert Frasure eine erste Vermittlungsmission. Sie zeichnet sich durch die direkten Verhandlungen mit Milošević aus. Es wird nicht mehr mit den bosnischen Serben verhandelt, sondern mit dem serbischen Präsidenten. Seine Aufgabe ist es dann die Ergebnisse der Verhandlungen bei der Führung der bosnischen Serben durchzusetzen. Die Verhandlungen laufen recht erfolgreich scheitern aber schließlich doch.

Der zweite Versuch, den Konflikt zu lösen, wird im August gestartet. Diesmal haben sich die Vorzeichen etwas verändert. Die kroatische und die bosnische Armee sind bei ihren Offensiven sehr erfolgreich und erobern die Krajina und Westslawonien, sowie auch einige Gebiete in Bosnien. Die NATO ist mittlerweile zu einem energischeren Vorgehen bereit. Neben den Verhandlungen von Richard Holbrooke startet die NATO am 30. August Luftangriffe gegen die bosnischen Serben. Mit einer Unterbrechung Anfang September dauern diese Bombardements bis 15. September an und unterstützen – gewollt oder nicht –

die Offensiven der kroatischen und bosnischen Armee. Die Verhandlungen machen Fortschritte. Bereits im September können erste Ergebnisse erzielt werden. Im November kommt es dann zu den Verhandlungen in Dayton. In 3-wöchigen Verhandlungen wird ein „Rahmenübereinkommen“ erarbeitet, das das Ende des Krieges in Bosnien darstellt.

IV Schlussbemerkungen

Seit dem Bruch Stalins mit Tito interessieren sich die USA stärker für Jugoslawien. Das Ziel ihrer Politik ist der Erhalt eines von Moskau unabhängigen kommunistischen Staates. Diese Bedeutung behält Jugoslawien bis in die 1980er Jahre, dann kommt es aber – auch durch die Entspannung zwischen Ost und West – zu einer Abkühlung der Beziehungen. Jugoslawien verliert für die US-Politik an Wert. Es besitzt nicht mehr die Bedeutung die es während des Kalten Krieges hat. Gleichzeitig mehren sich die wirtschaftlichen und institutionellen Probleme in Jugoslawien.

In der ersten Phase unterstützen die USA die Regierung unter Ante Marković und sein wirtschaftliches Reformprogramm. So glaubt die US-Regierung, die Einheit Jugoslawiens erhalten zu können. Gleichzeitig fordert sie auch eine Demokratisierung. Diese wird aber nur in den Teilrepubliken durchgesetzt und stärkt die zentrifugalen Kräfte in Jugoslawien. Der Versuch des US-Außenministers James Baker in letzter Minute ein Auseinanderbrechen Jugoslawiens zu verhindern, zeigt die Fehleinschätzung der US-Regierung.

Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens ziehen sich die USA diplomatisch zurück und überlassen den europäischen Verbündeten die Verhandlungen. Erst als die Differenzen über das weitere Vorgehen immer deutlicher werden, melden sich die USA wieder zurück. Der Versuch, im Frühjahr 1992 wieder stärkeres Gewicht in den Verhandlungen zu erhalten, bleibt aber eine kurze Episode. Der Präsidentschaftswahlkampf bereitet einem stärkeren Engagement ein Ende. Auch wenn Bill Clinton den Konflikt in Jugoslawien nutzt um Präsident Bush anzugreifen, so ist 1992 mit keinem stärkeren Engagement der USA mehr zu rechnen.

Nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Clinton wird von den Ankündigungen, den Konflikt in Jugoslawien betreffend, aber nichts umgesetzt. Clinton setzt die Politik von Bush im Wesentlichen fort. Die Entsendung von Bodentruppen in das Kriegsgebiet kommt nicht in Frage. Als Entschuldigung für die eigene Untätigkeit verweisen die USA auf die europäischen Verbündeten und die UN, die die Initiativen der USA blockieren. Sie würden eine stärkere Rolle der USA verhindern. Damit zieht sich die neue US- Regierung abermals aus den Verhandlungen zurück. Verbal unterstützt sie jedoch die Position der bosnischen Muslime, die immer auf die Unterstützung der USA hoffen.

Erst im Winter 1993/94 kehren die USA mit einer diplomatischen Initiative wieder zurück. Gemeinsam mit Deutschland vermitteln sie das Washingtoner Abkommen und beenden so den Krieg zwischen Kroaten und Muslimen, auch wenn das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen bis zum Ende des Krieges belastet bleibt. Durch Unterstützung in den

Bereichen der Ausbildung und Ausrüstung der Armeen der beiden Staaten versuchen die USA ein militärisches Gleichgewicht zu schaffen. So gelingt es die Position der bosnischen Muslime zu stärken. Kroatien entwickelt sich zum wichtigsten Verbündeten der USA am Balkan.

Mit der Etablierung der Bosnien-Kontaktgruppe werden die UN und die EU schrittweise entmachtet. Die Großmächte, vor allem die USA mit Russland, übernehmen die Verhandlungen. Die USA nutzen außerdem die NATO, um eine militärische Drohkulisse gegenüber den bosnischen Serben aufzubauen, und es kommt in dieser Phase des Konflikts zu ersten Luftangriffen. Auch wenn die ersten Vermittlungsbemühungen scheitern (Kontaktgruppenplan) bleiben die USA aktiv. Innenpolitischer Druck und die Sorge um die Zukunft der NATO zwingen die USA eine Lösung für den Konflikt in Bosnien zu finden. Im Sommer und Herbst 1995 gelingt es den USA schließlich eine Friedenslösung für Bosnien zu erreichen. Dabei werden sowohl militärische, als auch diplomatische Mittel eingesetzt um auf alle Konfliktparteien Druck auszuüben damit diese einem Abkommen zustimmen.

Die Gründe für das massive Engagement der USA im Sommer 1995 liegen nur bedingt in der Situation am Kriegsschauplatz selbst begründet. Vielmehr sind die Gründe für die USA am Balkan eine aktive Rolle einzunehmen meist höheren Zielen geschuldet. Bereits während des Kalten Krieges unterstützen sie Jugoslawien wirtschaftlich und militärisch um so die Unabhängigkeit Belgrads von Moskau zu gewährleisten und anderen kommunistischen Staaten einen Anreiz zu geben, ebenfalls mit Moskau zu brechen und einen eigenen Weg zu verfolgen. Mitte der 1980er Jahre verliert diese Motivation mehr und mehr an Bedeutung. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzt sich der Bedeutungsverlust Jugoslawiens für die USA weiter fort. Durch das Eintreten für die Einheit Jugoslawiens versucht die Bush-Administration einen Präzedenzfall für einen Zerfall der Sowjetunion zu verhindern. Nach dem Beginn des Krieges wird die Suche nach einer Verhandlungslösung den europäischen Verbündeten überlassen. Erst als deren Scheitern offensichtlich wird, erhöht sich die Relevanz des Konfliktes für die USA. Durch die Entwicklungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien stehen die gesamte NATO und damit die Rolle der USA in Europa auf dem Spiel. Erst jetzt beginnen sich die USA wieder stärker in die Verhandlungen einzubinden.

Die Gefahr für die NATO wird ab dem Machtwechsel in Frankreich größer. Dieser führt zu einer anderen französischen Politik gegenüber den bosnischen Serben. Nach den Geiselnahmen von UNPROFOR - Soldaten wird der Abzug der Blauhelme immer wahrscheinlicher. Das erste Signal in diese Richtung besteht in der Aufstellung der *Rapid Reaction Force*. Dies setzt Clinton unter Druck. Zusätzlich setzt der Kongress Initiativen die

auf eine unilaterale Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina hinauslaufen. Würde es dazu kommen, wäre der Abzug der UNPROFOR aus Bosnien wohl nicht mehr aufzuhalten. Da Clinton für den Abzug die Unterstützung der USA zugesagt hat, müssten dann bis zu 25.000 US - Soldaten nach Bosnien entsandt werden. Der einzige Weg die Entsendung zu verhindern besteht in einer raschen Friedenslösung. Eine Friedenslösung könnte als außenpolitischer Erfolg gefeiert werden und das wäre wichtig, da 1996 Präsidentschafts- und Kongresswahlen anstehen.⁶⁷⁰

Den USA gelingt es auf alle Konfliktparteien Druck auszuüben. So brauchen Kroatien und Bosnien die Unterstützung der USA um ihre Ziele durchsetzen zu können. Deshalb sind die Regierungen dieser beiden Staaten auch bereit Zugeständnisse zu machen. Die bosnischen Serben, auf die eine Einflussnahme kaum möglich ist, werden als Verhandlungspartner ausgeschaltet, indem man Milošević als Verhandler für die serbische Seite gewinnen kann. Er lässt sich mit der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien locken. Mit der erfolgreichen Mission Holbrookes und den Verhandlungen von Dayton haben die USA bewiesen, dass sie als Ordnungsmacht in Europa nötig sind.⁶⁷¹

⁶⁷⁰ Susan Woodward: The US Perspective: Transition postponed. In: Chaillot Papers 32. Paris, 1998. S. 44-54, hier S. 44.

⁶⁷¹ Woodward: Perspective (1998) S. 45.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----------------|--|
| ABiH | Armija Republike Bosne i Hercegovine (Armee der Republik Bosnien-Herzegowina) |
| ARCH-Foundation | Art Restauration for Cultural Heritage Foundation |
| BDKJ | Bund der Kommunisten Jugoslawiens / Savez komunista Jugoslavije (SKJ) |
| „Demos“ | Demokratske Opozicijske Stranke (Demokratische Oppositionelle Parteien): Wahlbündnis der Reformparteien Sloweniens bei der Wahl 1990 |
| HDZ | Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) |
| HOS | Hrvatske obrambene snage (kroatische Verteidigungsliga) (ab 1992 → HVO) |
| HVO | Hrvatsko vijeće obrane (Kroatischer Verteidigungsrat) |
| IFOR | Implementation Force |
| RS | Republika Srpska |
| RSK | Republika Srpska Krajina (Serbische Republik Krajina) |
| SDS | Srpska Demokratska Stranka (Serbische Demokratische Partei) |
| SPS | Socijalistička Partija Srbije (Sozialistische Partei Serbiens) |
| UNPA | UN-Protected Area |
| UNPROFOR | United Nations Protection Force |

Gedruckte Quellen

1. National Intelligence Estimate: „Yugoslavia Transformed“; vom 1.10.1990; von: <http://www.foia.cia.gov/>, zuletzt am 15.4.2008
2. National Security Decision Directive 133 (NSC-NSDD-133) on Yugoslavia (March 19, 1984), von: <http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-133.htm>, zuletzt am 31.3.2008.
3. Resolution 713 (1991) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
4. Resolution 724 (1991) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
5. Resolution 780 (1992) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
6. Resolution 787 (1992) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
7. Resolution 816 (1993) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
8. Resolution 819 (1993) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
9. Resolution 824 (1993) des UN-Sicherheitsrates (<http://www.un.org/documents/>)
10. Resolution des Repräsentantenhauses H.CON.RES.358: A concurrent resolution condemning the repression of ethnic Albanians by the Government of the Socialist Federated Republic of Yugoslavia, von: <http://thomas.loc.gov/>, zuletzt am 17.4.2008.
11. Resolution des Senats: S.CON.RES.150: A concurrent resolution expressing concern over the conditions of ethnic Albanians living in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, von: <http://thomas.loc.gov/>, zuletzt am 17.4.2008.
12. Resolution des Senats: S.RES.330: An original resolution relating to authorization of multinational action in Bosnia-Hercegovina under Article 42 of the United Nations Charter., von: <http://thomas.loc.gov/>, zuletzt am 8.5.2008.

Literatur

1. **Almond, Mark.** Dayton und die Neugestaltung Bosnien-Herzegowinas. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. Wiesbaden 1999, S. 446-54.
2. **Annan, Kofi A.** Report of the Secretary-General pursuant to General-Assembly Resolution 53/35 (1998); von: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/348/76/IMG/N9934876.pdf?OpenElement>; vom 27.9.2008.
3. **Atkins, Glenn Alan.** United States Policy in former Yugoslavia. The Clinton Transition. In: The South Slav Journal. Heft 3-4/1996, S. 84-93.
4. **Banac, Ivo.** The national question in Yugoslavia. 2. Aufl. New York 1992.
5. **Banac, Ivo.** With Stalin against Tito. Ithaca 1988.
6. **Banac, Ivo.** Jugoslawien 1918-1941. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden 2007, S. 153-169
7. **Bebler, Anton.** Jugoslawiens Zukunftsperspektiven. In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 40/1991, S. 1-10
8. **Bieber, Florian.** Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević. (Wiener Osteuropa Studien 18.) Wien 2005.
9. **Bildt, Carl.** Peace Journey. London 1998.
10. **Binder, David.** Thoughts on United States Policy Towards Yugoslavia. In: The South Slav Journal. Heft 3-4/1995, S. 1-3.
11. **Calic, Marie-Janine.** Die „serbische Frage“ in der internationalen Politik. In: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen. Jg. 45 (1994)/2, S. 146-155.
12. **Calic, Marie-Janine.** Jugoslawienpolitik am Wendepunkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B37/93, 10. 9. 1993, S. 11-20.
13. **Calic, Marie-Janine.** Krieg und Frieden in Bosnien Herzegowina. Frankfurt a. Main 1996.
14. **Calic, Marie-Janine u. a. (Hg.)** The issues raised by Bosnia and the transatlantic debate. In: Chaillot Papers 32/1998, S. 1-60.
15. **Campbell, John C.** Tito's Seperate Road. New York 1967.
16. **Ceh, Nick (Hg.)** U.S. diplomatic records on relations with Yugoslavia during the early Cold War, 1948 – 1957. Boulder 2002.
17. **Churchill, Winston.** The Second World War. Vol. VI: Triumph and Tragedy. London 2000.
18. **Cohen, Lenard J.** Broken Bonds. 2. Aufl. Boulder 1995.
19. **Cohen, Lenard J.** Serpent in the Bosom. Boulder 2001.
20. **Čučić, Ljubomir.** Implications of the War in Former Yugoslavia on the US – EU Relations. In: Politička misao. Croatian Political Science Review (5/1998), S. 136-150.
21. **Cviic, Christopher.** Das Ende Jugoslawiens. In: Der Krieg auf dem Balkan. Hrsg. v. Angelika Volle und Wolfgang Wagner. Bonn 1994, S. 37-43.

22. **Daalder, Ivo H.** Getting to Dayton. The Making of America's Bosnia Policy, Washington 2000.
23. **Danchev, Alex und Halverson, Thomas (Hg.).** International Perspectives on the Yugoslav Conflict. Basingstoke 1996.
24. **Danner, Mark.** America and the Bosnian Genocide. In: New York Times Review on Books, vom 4.12.1997, S. 55-65.
25. **Danner, Mark.** Clinton, the UN and the Bosnian Disaster. In: New York Times Review on Books, vom 18.12.1997, S. 65-81.
26. **Danner, Mark.** The killing fields of Bosnia. In: New York Times Review on Books, vom 24.9.1998, S. 63-77.
27. **Dedijer, Vladimir.** Stalins verlorene Schlacht. Wien u. a. 1970.
28. **Drashtak, Raphael.** Endspiel 1995. Wien 2005.
29. **Džaja, Srećko M.** Die politische Realität des Jugoslawismus. München 2002.
30. **Eiff, Hansjörg.** Zur Entwicklung im früheren Jugoslawien. In Südosteuropa-Mitteilungen 2/1993, S. 132-38.
31. **Eisermann, Daniel.** Der lange Weg nach Dayton. Baden-Baden 2000.
32. **Final Report** of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992), von: <http://www.his.com/~twarrick/commxyu1.htm>; zuletzt am 29.3.2008.
33. **Fitchett, Joseph.** Senate Report Urges Air Strikes on Serbs. In: International Herald Tribune, vom 27. April 1993, von: <http://www.iht.com/articles/1993/04/27/hawk.php>, zuletzt am 24.5.2008.
34. **Funke, Hajo und Rhotert, Alexander.** Unter unseren Augen. Berlin 1999.
35. **Genscher, Hans Dietrich.** Erinnerungen. Berlin 1995.
36. **Gesellschaft für bedrohte Völker – BiH.** Suche nach Gerechtigkeit. Eine Dokumentation (2000), von: <http://gfbv.ba/index.php?id=143>, vom 13.2.2008
37. **Glenny, Misha.** The Balkans 1804-1999. London 2000.
38. **Glenny, Misha.** Yugoslavia: The Great Fall. In: New York Times Review on Books, vom 23.3.1995, S. 56-65.
39. **Gompert, David.** How to defeat Serbia. In: Foreign Affairs 73/4 (1994), S. 30-47.
40. **Gow, James.** Strategie und Kriegsziele. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden 2007, S. 362-376.
41. **Gow, James.** Triumph of the Lack of Will. London 1997.
42. **Große-Jütte, Annemarie und Jütte, Rüdiger.** Jugoslawien und die USA 1968-1978. In: Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Hrsg. v. Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl und Wolfgang Höpken. Bd. 1: Außenpolitik. München und Wien 1983, S. 59-98.
43. **Grothusen, Klaus-Detlev.** Weltpolitische Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa. In Südosteuropa-Mitteilungen 4/1991, S. 286-98.
44. **Grothusen, Klaus-Detlev, Haberl, Othmar Nikola und Höpken, Wolfgang (Hg.)** Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Bd. 1: Außenpolitik. München und Wien 1983.

45. **Haberl, Othmar Nikola.** Jugoslawien und die Sowjetunion seit 1968. In: Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Hrsg. v. Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl und Wolfgang Höpken. Bd. 1: Außenpolitik. München und Wien 1983, S. 1-58.
46. **Haberl, Othmar Nikola.** Religion, Nationalismus und Bürgerkrieg in Bosnien – Zu ausgewählten Aspekten der jugoslawischen Krise. In Südosteuropa-Mitteilungen 3/1993, S. 224-32.
47. **Halverson, Thomas.** American Perspectives. In: International Perspectives on the Yugoslav Conflict. Hrsg. v. Alex Danchev und Thomas Halverson. Basingstoke 1996, S. 1-28.
48. **Haselsteiner, Horst.** Die Politik der europäischen Großmächte. In: Der Balkan. Friedenzone oder Pulverfaß? Hrsg. v. Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt a. Main 1998, S. 79-90.
49. **Hayden, Robert M.** Recounting the Dead. The Rediscovery and Redefinition of Wartime Massacres in Late- and Post-Communist Yugoslavia. In: Memory, history and opposition. Hrsg. v. Rubie S. Watson. Santa Fe 1994, S. 167-84.
50. **Heuberger, Valeria.** Krieg auf dem Balkan: Brennpunkt Bosnien-Herzegowina. In: Der Balkan. Friedenzone oder Pulverfaß? Hrsg. v. Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt a. Main 1998, S. 99-106.
51. **Heuberger, Valeria, Suppan, Arnold und Vyslonzil, Elisabeth (Hg.)** Der Balkan. Friedenzone oder Pulverfaß? (Wiener Osteuropa Studien Bd. 7). Frankfurt a. Main 1998.
52. **Heuser, Beatrice.** Western ‚Containment‘ policies in the Cold War. The Yugoslavia Case, 1948-1953. London und New York 1989.
53. **Heydrich, Wolfgang (Hg.)** Sicherheitspolitik Deutschlands. Baden-Baden 1992.
54. **Holbrooke, Richard.** Meine Mission. München und Zürich 1998.
55. **Hukanović, Rezak.** The Tenth Circle of Hell: A Memoir of Life in the Death Camps of Bosnia. New York 1996.
56. **Ivanišević, Alojz.** Das Pulverfaß Bosnien – Zum historischen Hintergrund der gegenwärtigen Tragödie. In Südosteuropa-Mitteilungen 3/1993, S. 212-23.
57. **Ivanišević, Alojz.** Kroatiens langer Weg nach Europa. In: Der Balkan. Hrsg. v. Heuberger, Valeria, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt a. Main 1998, S. 139-182.
58. **Ivanov, Andrei.** Zweideutige Prioritäten: US-amerikanische Außenpolitik und der Krieg auf dem Balkan (bis Sommer 1993). In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 43/ 1994, S. 126-150
59. **Jäger, Friedrich.** Bosniaken, Kroaten, Serben. Ein Leitfaden ihrer Geschichte. Frankfurt a. Main 2001.
60. **Kaplan, Lawrence S.** NATO Divided, NATO United. Westport und London 2004.
61. **Karner, Stefan und Schöpfer, Gerald (Hg.)** Als Mitteleuropa zerbricht. Graz 1990.
62. **Kaser, Karl.** Das ethnische “engineering”. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. Wiesbaden 1999, S. 408-422.

63. **Killen, Linda.** Testing the Peripheries. US-Yugoslav economic relations in the Interwar Period. Boulder 1994.
64. **Krech, Hans.** Der Bürgerkrieg in Somalia (1988-1996). Berlin 1996.
65. **Krech, Hans.** Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997). Berlin 1997.
66. **Koslowski, Gerd.** Die NATO und der Krieg in Bosnien Herzegowina. Vierow 1995.
67. **Lampe, John R.** Yugoslavia as History. Twice there was a country. Cambridge 1996.
68. **Lederer, Ivo J.** Yugoslavia at the Paris Peace Conference. New Haven und London 1963.
69. **Leutloff-Grandits, Carolin.** Kroatiens Serben zehn Jahre nach Kriegsende – Zwischen nationaler Erinnerungspolitik, halbherzigen Rückkehrprogrammen und tristem Alltagsleben. In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 53/2005, S. 405-30.
70. **Macdonald, Hugh.** Lessons of the Yugoslav war succession. In: The South Slav Journal. Heft 3-4/1996, S. 3-34.
71. **MacMillan, Margaret.** Paris 1919. Six months that changed the World. New York, 2002.
72. **Magaš, Branka.** The Destruction of Yugoslavia. 3. Aufl. London und New York 1993.
73. **Malcolm, Noel.** Kosovo. A short history. London u. a. 1998
74. **Mappes-Niediek, Norbert.** „Ethnische Säuberung?“ Der Exodus der Serben aus Kroatien vom 4. bis 8. August 1995. In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 44/1995, S. 585-92.
75. **Meier, Viktor.** Wie Jugoslawien verspielt wurde. München 1995.
76. **Melčić, Dunja (Hg.)** Der Jugoslawien-Krieg. Wiesbaden 1999.
77. **Melčić, Dunja (Hg.)** Der Jugoslawien-Krieg. 2. Aufl. Wiesbaden 2007.
78. **Miedlig, Hans-Michael.** Wer sind die Muslime in Bosnien-Herzegowina? In Südosteuropa-Mitteilungen 4/1994, S. 279-93.
79. **Mitchell, David.** Making foreign policy. Aldershot 2005
80. **Mønnesland, Svein.** Land ohne Wiederkehr. Ex-Jugoslawien: Die Wurzeln des Krieges. Klagenfurt/Celovec 1997.
81. **Müller, Stephan, Angeli, Paul und Richter, Andreas.** „Ethnische Säuberungen“ in Bosnien-Herzegowina. Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Zvornik in Nordostbosnien. In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 44/1995, S. 290-309.
82. **Owen, David.** Balkan-Odyssee. München und Wien 1996.
83. **Pape, Matthias.** Humanitäre Intervention. Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen. Baden-Baden 1997.
84. **Paulsen, Thomas.** Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-94. Baden-Baden 1995.
85. **Pavković, Aleksandar.** The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism and War in the Balkans. 2. Aufl. Basingstoke u. a. 2000.

86. **Petković, Ranko.** Neue Prioritäten in der jugoslawischen Außenpolitik. In Südosteuropa-Mitteilungen 1/1990, S. 6-13.
87. **Petritsch, Wolfgang.** Bosnien und die Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance? Klagenfurt u. a. 2001.
88. **Pirjevec, Jože.** Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. In: Als Mitteleuropa zerbricht. Hrsg. v. Stefan Karner und Gerald Schöpfer. Graz 1990, S. 43-66.
89. **Pirjevec, Jože.** Italian Policy toward the Slovenes from 1915 to 1994. In: Slovene Studies 15/1-2 (1993), S. 63-73.
90. **Pribičević, Branko.** Relations with the Superpowers. In: Beyond Yugoslavia. Hrsg. v. Sabrina P. Ramet und Ljubiša S. Adamovich. Boulder u. a. 1995, S. 331-349.
91. **Prunk, Janko.** Die Gründung des jugoslawischen Staates. In: Als Mitteleuropa zerbricht. Hrsg. v. Stefan Karner und Gerald Schöpfer. Graz 1990, S. 27-42.
92. **Ramet, Sabrina P.** Balkan Babel. 4. Aufl. Boulder 2002.
93. **Ramet, Sabrina P. und Adamovich, Ljubiša S. (Hrsg.).** Beyond Yugoslavia. Politics, Economics, and Culture in a Shattered Community. Boulder u. a. 1995.
94. **Rathfelder, Erich.** Der Krieg an seinen Schauplätzen. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hg. v. Dunja Melčić. 2. Aufl. Wiesbaden 2007, S. 344-361.
95. **Reuter, Jens.** Interessenlage und Kriegsziele der Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien. Gibt es Ansatzpunkte für einen Kompromiß? In: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Jg. 45/1996, S. 1-10.
96. **Riegler, Henriette.** Einmal Dayton und zurück. Perspektiven einer Nachkriegsordnung im ehemaligen Jugoslawien. Wien 1999.
97. **Rusinow, Dennison.** The Yugoslav Experiment 1948-1974. Berkeley und Los Angeles 1977.
98. **Rütten, Ursula.** Stationen politischer Gegenkultur in Slowenien. In Südosteuropa-Mitteilungen 2/1992, S. 160-69.
99. **Schönfeld, Roland.** Auf dem Weg nach Dayton. In Südosteuropa-Mitteilungen 2/1996, S. 95-118.
100. **Schönfeld, Roland.** Balkankrieg und internationale Gemeinschaft. In Südosteuropa-Mitteilungen 4/1994, S. 257-78.
101. **Silber, Laura und Little, Allan.** Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe. Graz 1995.
102. **Simić, Predrag.** Bürgerkrieg in Jugoslawien: Vom lokalen Konflikt zur europäischen Krise. In: Südosteuropa-Mitteilungen 1/1993, S. 35-49.
103. **Stanković, Slobodan.** Moscow Denies Churchill's "Deal" with Stalin Over Yugoslavia in 1944. Von: <http://files.osa.ceu.hu/holdings/300/8/3/text/86-2-28.shtml>
104. **Sundhaussen, Holm.** Geschichte Jugoslawiens 1918-1980. Stuttgart u. a. 1982.
105. **Sundhaussen, Holm.** Geschichte Serbiens. Wien u. a. 2007.
106. **Troy, Jodok.** Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Wien 2007.

107. **Urquhart, Brian.** Looking for the Sheriff. In: New York Times Review on Books, vom 16.7.1998, S. 48-53.
108. **Vetschera, Heinz und Smutek-Riemer, Andrea.** Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung in Jugoslawien. In: Sicherheitspolitik Deutschlands. Hrsg. v. Wolfgang Heydrich. Baden-Baden 1992, S. 287-330.
109. **Volle, Angelika und Wagner, Wolfgang (Hrsg.).** Der Krieg auf dem Balkan. Bonn 1994.
110. **Watson, Rubie S. (Hg.)** Memory, history and opposition. Santa Fe 1994.
111. **Weißbacher, Rudy.** Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration. Wien 2005.
112. **Weithmann, Michael W. (Hrsg.)** Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. München 1993.
113. **Weithmann, Michael W.** Der Balkan zwischen Ost und West. In: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. Hrsg. v. Michael W. Weithmann. München 1993, S.7-43.
114. **Wiebes, Cees.** Intelligence and the War in Bosnia, 1992-1995. Münster u. a. 2003.
115. **Witte, Eric A.** Die Rolle der Vereinigten Staaten im Jugoslawien-Konflikt und der außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland (1990-96). In: Osteuropa-Institut München Mitteilungen Nr. 32 (März 2000).
116. **Woodward, Susan L.** Balkan Tragedy. Washington D. C. 1995.
117. **Woodward, Susan L.** The US Perspective: Transition postponed. In: Chaillot Papers 32/1998, S. 44-54.

Abstract

Die vorliegende Arbeit stellt die Rolle der USA während des Zerfalls Jugoslawiens dar. Jugoslawien entwickelt sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem wichtigen Verbündeten der USA, doch mit der Entspannung zwischen Ost und West verliert es immer mehr von seiner privilegierten Stellung. Als dann innere Spannungen das Land Auseinanderbrechen lassen, ziehen sich die USA aus den Vermittlungsbemühungen zurück. Die Jahre ab Mitte der 1980er Jahre und 1995 gliedern sich in fünf Phasen.

Die erste ist durch die Entspannung zwischen Ost und West und der Gefahr des Zerfalls der UdSSR geprägt. Menschenrechtsfragen und Demokratisierung stellen für die USA wichtige Aspekte der Außenpolitik dar. Das dominante Ereignis der zweiten Phase ist der Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Die USA können sich zu keiner klaren Linie zur Konfliktlösung im ehemaligen Jugoslawien durchringen. Auch im ersten Jahr der Clinton Präsidentschaft (Phase III) ändert sich daran nicht viel. Erst mit dem Jahreswechsel 1993/94 (Phase IV) beginnt die Clinton-Administration wieder stärker auf das Geschehen in der südosteuropäischen Krisenregion Einfluss zu nehmen. Das Washingtoner Abkommen und die Bildung der Kontaktgruppe sind erste Erfolge dieser Bemühungen.

Ab dem Frühjahr 1995 beginnt die letzte Phase. Sie bringt große diplomatische Bemühungen gepaart mit militärischem Druck auf die Führung der bosnischen Serben und führt in der Folge zu den Verhandlungen von Dayton und damit zum Friedensschluss im Herbst 1995.

Lebenslauf

Name: Martin Schmidt

Geburtsdatum: 30. Oktober 1979 in Vöcklabruck/Oberösterreich

Ausbildung:

1986 – 1990 Volksschule der Franziskanerinnen Attnang – Puchheim

1990 – 1992 Bundesgymnasium Vöcklabruck

1992 – 1998 Bundesrealgymnasium Schloss Wagrain Vöcklabruck

seit WS 1998 Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften